SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND-6Frankfurt/M.
Wilhelm Hauff -Str.5

BUNDESVORSTAND

Tel.o611/ 77 6o 68

Postscheck Ffm 31607
Dresdner Bank 282427

SDS
INFO 718

Frankfurt, den 02.2.1969

Im INFO werden nach wie Flugblätter als Dokumentation der Arbeit der Gruppen an den UNI's abgedruckt. Das hat während des letzten Semesters bei der Arbeit der Gruppen oft initiierende Wirkung gehabt. Diese Information muss aber eine oberflächlichliche bleiben,da das im INFO [illegible] Material nur die agitatorischen Bemühungen der Gruppen dokumentiert, den Prozess der Diskussionen und Vorbereitungen,der zu diesen agitationsmodellen führt,nicht mit beschreibt. Auch die Rolle die die einzelnen Gruppen in den konkreten Auseinandersetzungen an den Universitäten spielen, wie sie sich bsplw. absetzen gegen abwiegelnde sozialdemokratische Gruppen, wie sie in den Auseinadersetzungen mit den raditionalisten argumentieren etc., all das geht aus den Flugblättern nicht hervor. Die Funktion des INFO so etwas wie eine gemeinsame Reflektion über strategische Grundlinien einzuleiten,kann nur erfüllt werden ,wenn es gelingt die Dokumentationen mit Gruppenberichten, Selbstanalysen der Gruppen arbeit(bsplw.Berliner Paper INFO 4) zu verbinden. Es wäre daher sinn voll , wenn die Semesterferien auch dazu benutzt würden,um in Diskussionen solche Beitr ge zu verfertigen. Der BV wird im nächsten INFO einen ausführlichen Bericht seiner Gruppen reisen veröffentlichen. Im ü brigen frustriert sich der BV sehr gern für den "VERBAND" , er wird die Gruppenberichte wirklich abziehen und kommentieren!

ARBEITSKONFERENZ des SDS vom 8.-15.April 1969

(ort wird noch bestimmt- wahrscheinlich Frankfurt!)

Während des letzten Semesters hat sich die Kommunikation zwischen den Gruppen auch über eine verstärkte Reisetätigkeit der Genossen verbessert.Eine grössere Flexibilität hat hier oft zu effektiveren Aktionen und in Ansätzen auch zu gemeinsamer überregionaler Politik geführt. Das besondere Kennzeichen dieser Zusammenarbeit war es, dass hier nicht mehr auf jener abstracten Ebene SDS kommuniziert wurde, sondern entsprechend der Dezentralisierung der Arbeit der Gruppen in bestimmte Fachbereiche(Basisgruppen;Germanisten; Kinderläden etc.)

zusammengearbeitet wurde. (Heidelberg;Hamburgetc.)
In diesem Zusammenhang haben auch die im Semester durchgeführten Bundesseminare organisationsstiftende Funktion gehabt. Dieser Ansatz zu Diskussionen muss durch die Organisation von Diskussionen entsprechend der Arbeitsbereiche,in denen die Genossen arbeiten ausgebaut werden.Die sich verstärkende Repression der Bürokratien gegenüber der Studentenbewegung, die Vereinheitlichungsversuche zur Zerschlagung mittels bundesweitem Ordnungsrecht für die Universitäten verbessert unsere Chancen zur Entfaltung gemeinsamer Aktionen und zur Überwindung rein lokal bezogener Politik an der Hochschule.
Die Arbeitskonferenz vom 8. -15. April soll versuchen in einer grösseren Zahl von Seminaren Thesen zu der Arbeit des SDS in den verschiedenen Bereichen zu erarbeiten,
Den Abschluss dieser Arbeitskonferenz soll eine kurze DK bilden.

BV

Es wäre gut,wenn sich die Gruppen an der Vorbereitung der AK beteiligen würden.

INHALTSANGABE INFO 7/8

Zum nk-Seminar: Frankfurt Seite 3-5
Heidelberg 5a-d
Verlagswesen u.Buchläden 6/7/8
GruppenberichtKöln 9 -11
Sozialistische Kunststudenten München Seite 11
Marburg:Flugblatt für Bevölkerung zuJus.Kampagne 12 - 13
Darmstadt: Gefängnis go -in 14 - 15
Mannheim: Auszug Gruppeninfo 16- 17
Frankfurt:Germanisten zur Vorbereitung der AK 18 - 19
Heidelberg:SAALA -Zur Guerillabewegung inPalästina 2o - 25
Heidelberg: Zum Stadthallenprozess 26 - 27
Frankfurt:Dokumentation zurVerhaftung der 76 Soziologen 28 - 34
Kinderläden 34 - 35
Berlin: Dokumentation zum Kampf gegen Relegation
INFI: Kampagne -Zerschlagt die Entwicklungshilfe
Afrika Gruppe 36 - 45
Republikanische Hilfe: nachrichten 46 - 47
Verhalten bei Demonstrationen 48 - 53
Hamburg: Dokumentation zum Generalstreik an der UNI 54 - 64
Berlin: Aus dem FU -Spiegel
Was lehrt uns der Streik? W.Lefevre

ZUM [illegible] SEMINAR "ÜBER DIE NEUE NK"

Die Vorstellungen die über eine Neubestimmung der Neuen Kritik bestehen sind unablösbar von einer Bestimmung des Begriffs der politischen Öffentlichkeit in der sozialistischen Bewegung. Bis zum Beginn der antiautoritären Hochsdhulrevolte war das Verständnis einer diskutierenden 'SDS'-Öffentlichkeit gebunden an bestimmte - wenn auch falsche - organisatorische und strategische Überlegungen. Theoretische Neubestimmung von Perspektiven war verknüpft mit Verbandsstrukturen, die die vorhandene Praxis als Teil bzw Vorstufe zu einer sozialistischen Gesamtpolitik begriffen und die Differenz zwischen den theoretischen Bestimmungen und der politischen Realität verdrängten. Hinzu kam, daß sich strategische Diskussion auf einem Abstraktionsniveau abspielte, die es nur einem bestimmten durch die Schule bürgerlich-wissenschaftlicher Ausbildung gegangenen Genossen ermöglichte sich überhaupt zu artikulieren. Dies lag nicht zuletzt daran, daß Erfahrungen allgemeiner Art in diesen - von traditioneller sozialistischer Theorie geprägten - strategischen Rahmen nicht eingehen konnten. Das anschaulichste Beispiel für diese Art von repräsentativer Diskussion waren die Referate von Krahl und Dutschke auf der 22. o. DK. Beide versuchten den Rahmen für eine strategische Diskussion aus einer politischen Analyse des "integralen Etatismus" abzuleiten. Die Differenz zwischen einer Hochschulpraxis und den theoretischen Ansprüchen wurde wegmanipuliert, in dem ein abstrakter Rahmen über Teile dieser Praxis gestülpt wurde, der weder praktische Bedeutung noch perspektivische Relevanz gewinnen konnte

Der akademische Vollzug von öffentlicher Diskussion produzierte eine Ungleichzeitigkeit in doppelter Hinsicht; zum einen im Verhältnis der produzierten Theorien zu der tatsächlichen Praxis, die selbst nach verallgemeinerbarer Diskussion und begrifflicher Klärung drängte und zum anderen im Verhältnis der Theorie produzenten zu denen, die die Theorie als Leser der NK rezipierten und zugleich die praktische Politik an der Hochschule machten - und diese Theorie notwendig innerhalb ihres Erfahrungszusammenhangs als tendenziell überflüssig oder zu abstrakt zu begreifen mußten. Diese objektive Schwierigkeit, die hier nicht allein der alten Redaktion angelastet werden kann, produzierte zwei Lösungsversuche: zum einen die Rezipierung und Applizierung der theoretischen Analysen auf die in diesen Theorien nicht aufgehenden Praxiszusammenhänge - und zum anderen eine totale Verdrängung jeglicher - auch nur aufarbeitender theoretischer Arbeit. Hinzu kam, daß ein vorgängiges theoretisches Ge[illegible] seit jeher schon durch die Verschiedenheit der Bildungsgeschichten verschiedener Gruppen und Genossen vorhanden, dadurch verstärkt wurde - und auf diese Weise noch nicht einmal theoretische Diskussionen im Sinne einer kollektiven Schulung geführt weden konnten. Dies hing wiederum mit der Verschiedenartigkeit der Praxis an den Hochschulen zusammen, die je nach Fortschritt und Erfahrung eine Differenz zur theoretischen Arbeit selbst produzierte.

Entsprechend diesem Verständnis einer allgemeinverbandlichen Diskussion wurde im SDS selbst die Fiktion gestärkt, einen Gesamtverband darzustellen, der theoretisch und praktisch eine Einheit bildete. Diese Fiktion erfüllte nach außen hin - gegenüber den anderen x sozialistischen Gruppierungen - die Funktion, einen intakten Gesamtverband [illegible], ja einen sozialistischen "Quasi-Parteiersatz" zu suggerieren, der bruchlos Theorie und Praxis in festen organisatorischen Formen vereinigt. Damit wurden die traditionellen Vorstellungen von Politik und Organisation, wie sie in den bürgerlichen Parteien vorherrschen, auf anderer Ebene reproduziert. Nach innen hatte diese Fiktion disziplinierende Bedeutung, insofern das ganze Ritual etwa der DK's aufrechterhalten werden konnte; die Individuen verfassten Referate, die Gruppendelegierten Resolutionen, der Schein eines repräsentativen politischen und theoretischen Erfahrungshorizontes blieb gesichert. War dies bis zur Anfangsphase der Berliner

noch möglich, ja sogar notwendig, um überhaupt politische Diskussion mit persönlichen Folgen führen zu können, so erhielt die hierarchisc he repräsentative Organisation von SDS - Öffentlichkeit nach innen im Verlaufe der Entwicklung der westdeutschen Hochschulrevolte die Funktion einer Verdrängung und Unterdrückung von politischen Differenzen und qualitativen Unterschieden in der politischen Praxis. Unter dem Deckmantel der "gesamtverbandlichen Diskussion" schritt die Dissoziation, Isolierung der einzelnen Gruppen untereinander und die Disparatheit der jeweiligen taktischen Diskussionen immer weiter voran.

Auf den DK's in Ffm und Hannover68 entfalteten diese Differenzen zum ersten Mal Sprengkraft. Gemessen an dem Anspruch einer funktionierenden produktiven SDS-Öffentlichkeit fiel die Disparatheit der verschieden artigen Beiträge, die auf jeweils verschiedenartige und voneinander isolierte Praxiszusammenhänge reflektirt waren, doppelt auf. Formalisierte Organisationsschemata (Hamburger) auf der einen Seite, neue Theorien über den Verwertungszusammenhang der Produktivkraft Wissenschaft (Münster), antiautoritäre Diskussionsverweigerung und apathische Diskussionsverläufe zeitigten zum ersten Male eine Vorstellung davon, in welchem Mißverhältnis der Anspruch, einen Gesamtverband mit einer einheitlichen Strategie darzustellen, mit der tatsächlichen Lage innerhalb und zwischen den einzelnen Gruppen im Verband bestand. Dies jedoch auf mangelnde theoretische Schulung zurückzuführen, wie es Heidelberger Genossen auf dem Seminar zu tun pflegten, hieße das Problem zu rationalisieren. Wir meinen vielmehr, daß die manglende theoretische Ausbildung eine objektive Schwierigkeit war, die nicht durch einmaligen Willensakt oder durch sekbstauferlegte Disziplinierung allein zu beseitigen war. Hauptursache der beiden chaotischen DKs scheint uns darin gelegen zu haben, daß keinerlei gemeinsame strategische Diskussionsgrundlage vorhanden war, die es hätte erlauben können, Kriterien für die Bestimmung einer Politik im Rahmen eines "Gesamtverbandes" wieder zu entwickeln. Die dezentralisierte Öffentlichkeit, die im Verlaufe der letzten beiden Jahre im Verband sich hergestellt hat, jetzt aber wieder aufheben zu wollen in eine zentrale Diskussion hieße den Verlauf und die Struktur der Hochschulrevolte zu verkennen.

Weder theoretische Schulung allein, noch auch eine formale Stärkung der Zentrale könnte die Funktion der Herstellung einer Gesamtöffentlichkeit allein erfüllen.

Vielmehr scheint uns vorerst der einzige konkrete Ansatzpunkt für eine Diskussion, die über den Rahmen regionaler Politik hinaus von Bedeutung ist, in bestimmten längerfristigen strategischen Momenten zu liegen, die sich aus dem Verhältnis von Aktion und Organisation in der letzten Zeit ergeben haben,

Die alte NK kann sinnvoll nur kritisiert werden, im Zusammenhang mit einer Kritik des Verbandes SDS, wie er noch bestand und aufgefaßt wurde vor der letzten DK in Frankfut, und im Zusammenhang einer vergangenen Phase antiautoritärer Bewegung, etwa der des Kampfes gegen die Notstandsgesetze. Die beiden letzten DKs haben die notwendige Zerschlagung traditioneller sozialdemokratischer Organisationsstrukturen des SDS eingeleitet. Bis dahin war der Verband äußerlich, das heißt in der Hierarchie von BV zu Gruppen, eine kleine Partei, jugendverbandlicher Ableger einer großen, Abtrünniger der SPD. In diese Form waren im Laufe der Zeit politische und theoretische Ansprüche hineingepreßt und je nach Notwendigkeit integriert worden: die Verbandsform selbst wurde durch solche Ansprüche nicht gesprengt. So hatte Schauer zur Sammlung aller linken Kräfte geblasen, aber nur linke Altgenossen mobilisiert. So blieb auch der Kanon traditioneller sozialistischer Literatur unbefragt stehen, als Block, an dem sich die theoretisch potenten abarbeiteten. Die vom Block der unversehrten Theorie abgespaltenen Gedankensplitter lieferten allenfalls abstrakte Legitimationen für diejenigen Individuen, die sich in der nk produzierten Sie stimulierten nicht die organisatorische und politische Praxis des Verbandes, geschweige denn die der Mitglieder! Unterhalb oder neben diesen Verbansstrukturen vollzog sichaber schon andeutungsweise eim neuer Prozeß von Identifätsfindung der Protestbewegung. Der alte Verband hatte unbefragt die Trennung zwischen politischer Aktivität und

Studium, von öffentlicher Verbandsarbeit und Privatleben hingenommen und institutionalisiert. Er hatte mit dem Ausschluß der KI keine politische inhaltliche Diskussion verbunden und auch dann keine initiiert, als sich der desolate und repressive Zustand der unterhalb der politischen Arbeit entstehenden Subkulturen offen zeigte. Die Organisation war unfähig, auf solche Bedprfnisse der Mitglieder in irgendeiner Weise zu reagieren. Das Entstehen emanzipatorischer Bed rfnisse, das heißt nach einer politischen Arbeit, die auch die abhetrennte private Existenz miteinzubeziehen ermöglicht, steht in engem Zusammenhang mit den wachsenden Informationen ü- über revolutionäre Praxis in Ländern der dritten Welt. Zunächst relativ naturwüchsig ermöglichte der moralische Protest gegen den Krieg in Vietnam und die Identifikation mit den Heroen des Guerilla-Kampfes einen Totalitätsbegriff von politischem Kampf, der die lähmende und apathisierende Trennung zwischen Arbeit und Freizeit aufheben konnte. Die Identifikation mit Ho und Che wurde eine kollektive antiautoritäre Waffe gegen die totale Integration der Institutionen und gegen den alten Verband SDS selber.

Nur auf diesem Hintergrund einer kolle tiven neuen Identität ist die massenhafte Mobilisierung gegen Springer und gegen die Notstandsgesetze zu verstehen. Während dieser Phase konstituierte sich die Bewegung nur in einer Kette von solidarischen Aktionen, aber der Defaitismus nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze zeigt ganz deutlich, daß das nur antiautoritäre Bewu tsein in einer Zeit der Demobil sierung und über die Aktionen hinaus keine neue organisatorische Qualität konstituiert, daß es die Individuen zu keinem kontinuierlichen politischen Kampf befähigt. (Antiautoritäre Bedürfnisse sind in diesem Sinne vorpolitisch). Erst insofern, als dieses nur antiautoritäre vorpolitische Bedürfnis sich umsetzte in die politische Organisation von Basisgruppen und in ein Konzept von Selbstorganisation an der Hochschule mündete, gewann es momente von or anisatorischer st bilität, und erst in diesem moment können neue theoretische bedürfnisse artikulierbar weden.

von llen diesen prozessen hat die nk nichts wahrgenommen. insofern sie gebunden war n ein ver ltetes konzept von organisation, mußte siedas entstehen von basisgruppen und den anti-autoritären protest der kleinen gruppe gegen die großen, der genossinen gegen die genossen als nicht erwähnenswerte nichtigkeiten spurlos an sich vorüber gehen lass n.

wenn wir jetzt erkennen können, daß die protestbewegungen, die in ihrem kern noch immer studentenbewegung ist, einen differenzierungsprozeß in de trenhung von aktion und organisation erfährt, brauchen wir ein org n, das die aus dieser organisatorischen realität erwachsenden schwierigkeiten auf einer verallgemeinernden ebene artikulieren kann. unserer meinung nach muß auch ein solches organ von denjenigen gemacht werden, die den aktiven kampf an der hochschule führen, sie muß lesbar sein auch für alle basisgruppen außerhalb des sds.

wir waren gezwungen, den kritikzusammenhang zwischen altem verband und alter nk noch einmal so breit ausführen, weil sich auf dem nk-seminar keine inhaltliche politische diskussion ergeben konnte, die berliner hatten keinerlei konzept, die heidelberger kaschierten ihre ratlosigkeit, indem sie die politische auseinandersetzung auf die ebene der machtpolitik reduzierten, die sich in dem einen satz zusammenfassen läßt: die dämonische frankfurter grupee will die nk an sich reißen; so war die einzige sorge der heidelberger, wie sie uns zwingen könnten, uns mittels einer rigiden verpflichtungserklärung einer fiktiven kontrolle zu unterwerfen.

Die folgende Liste soll den Arbeitskreisen, Basisgruppen etc., die Broschüren, Bücher und sonstiges Arbeitsmaterial herausgeben, zur möglichst grossen Verbreitung ihrer Publikationen dienen. Die Liste ist zum einen unvollständig und wir bitten dringend um Ergänzungen. Zum anderen ist sie vielleicht zu vollständig - Einzelversand würde zu viel Arbeitsaufwand bedeuten, sodaß nur Buchhandlungen reinsollen, die zumindest jeweils 10 Exemplare abnehmen. Falls vorhanden, teilt uns auch Adressen von Genossen mit, die in ihrer Gruppe den Verkauf organisiert haben. Es wäre sinnvoll, in jeder größeren Stadt einen -und nur einen- Laden zu haben, der den Vertrieb und auch die Auslieferung an Buchhandlungen in der umliegenden Region übernimmt. - Generell ist es wohl zweckmäßig, Publikationen nur per Nachnahme zu verschicken oder zumindest einen Teil des Geldes gleich per Nachnahme einzuziehen.

Voltaire Verlagsauslieferung, Boye Kuhlmann, 1 Berlin 62, Crellestr. 21
Buchh Karin Röhrbein, 1 Bln 15, Ludwigkirchstr. 4
Das pol. Buch, Karin Dehnbostel, 1 Bln 15, Lietzenburgerstr. 99
Das europ. Buch, 1 Bln 15, Olivaerplatz 16
Bücherstube im RC, 1 Bln 15, Wielandstr. 27
E.G.Reichel, Bücherstube/Mod.Ant., 1 Bln 65, Afrikanische Str. 146 d
Buchh Brockmeyer, 463 Bochum-Querenburg, Lennershofstr. 70
L. Röhrscheid GmbH, 53 Bonn, Am Hof 28
A. Graff Buchh, 33 Braunschweig, Neue Str. 23
Buchh Weber, 4 Düsseldorf, Grabenstr. 11
Politladen im RC, G.Schnepel, 652 Erlangen, Hindenburgstr. 17
Libresso am Opernplatz, 6 Frankfurt, Opernplatz 10
Montanus Buchhandlungen Zentraleinkauf, 6 Ffm 1, Bleichstr. 68
Bund Verlag, 6 Ffm, Wilhelm Leuschner Str. 69-77
Peter Naacher Buchh, 6 Ffm, Bockenheimer Warte
Ricker'sche UnivBuchh, 63 Giessen, Ludwigsplatz 12
Buchh Robert Peppmüller, 34 Göttingen, Barfüßerstr. 11
Spartakus GmbH, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 86
Brücken Verlag GmbH, 2 HH 1, City-Hof, Johanniswall 3
Buchh Ingeborg Becker, 3 Hannover, Alte Celler Heerstr. 32
Jörg Burghard, 69 Heidelberg, Schiffsgasse 3
Buchh H. Vaternahm, 35 Kassel, Treppenstr. 10
Wolfgang Schmidt, Bücherbörse, 23 Kiel 1, Bergstrasse
J. Beissenhirtz, Buchh Mühlau. 23 Kiel, Holtenauer Str. 116
UnivBuchh Dr. J.C.Witsch, 5 Köln 1, Postfach 187
Bücherstube am See, 775 Konstanz, Kreuzlinger Str. 11
Peter Behaghel Buchh, 68 Mannheim, Plankenhof
Elwert'sche UnivBuchh, 355 Marburg, Reitgasse 7-9
Akad Buchh Otto Rasch, 355 Marburg, Bahnhofstr. 5
Libresso Buchh, Brücken Verlag GmbH, 8 München 13, Türkenstr. 66
Akad Buchh, 8 München 22, Veterinärstr. 1
Regensbergsche Buchh, 44 Münster, Alter Steinweg 1
Walter Henke Ausl, 4591 Nieholte
Cuba Libre, Nürnberg, Unschlittplatz 8
Tabula Taschenbuchladen, 29 Oldenburg, Staustr. 13
Akad Buchh, 66 Saarbrücken 3, Kaiserstr. 2a
Buchh H.J.Heisler, 7 Stuttgart 1, Heusteigstr. 48
Buchh W. Niedlich, 7 Stgt 1, Schmale Str. 14
Buchh Gastl, 74 Tübingen, Postfach 1620
Osiandersche Buchh, 74 Tübingen, Wilhelmstr. 12
Otto Harrassowitz Buchh, 62 Wiesbaden, Postfach 349
Pinkus & Co Buchh, CH-Zürich, Froschaugasse 7
Buchh Last/Herrmann, Stubenring 20, A-1010 Wien

Dass eine Menge Akad. bzw. UnivBuchh darunter sind zeigt nur, daß die Genossen den Buchverkauf noch nicht organisiert haben und anderen die Agitations- und Verdienstmöglichkeiten überlassen.

GRÜNDET EIGENE BUCHLÄDEN!!

Die nk hat eine neue Redaktion - ein arbeitendes Kollektiv hat die nk

-5a

Die Lektüre der " 4 Thesen zur politisch-organisatorischen Bewältigung des nk - Problems" im SDS Info 6 hinterließ den Eindruck einer Schlamperei mit Schülerzeitungsallüren. Der ließ sich nicht allein schon deshalb unterdrücken, weil die Thesen von einem "arbeitenden Kollektiv" erstellt worden waren.

Die nk - Diskussion ist so alt, daß auch Knapp, Behnken, Grunenberg unter Wiederholumgszwang gerieten. Wogegen nichts einzuwenden wäre, hätten sie aus den bisherigen politischen Fehlern die richtigen Lehren gezogen . Das BV-Papier konnte um so weniger zur Bewältigung des nk- Problems beitragen, als es das Bundesseminar antizipatorisch als organisationsfeindlichen Charakters vorbereitete. (Hier muß allerdings eingefügt werden, daß in Frankfurt gleichwohl noch sehr viel Organisation geredet wird; u.z. in "arbeitenden Gruppen", deren "Verhältnis zur traditionellen Theorie" grundsätzlich so "problematisch" ist, daß die jeweilige Bedeutung eines Begriffs wie Organisation von anderen Kollektiven arbeitend angeschlossenen nur mühsam zu ertasten ist.)

Wenn es in Info heißt, die "praktischen Probleme der arbeitenden Gruppen" hätten ins Zentrum der nk zu rücken und die "privaten" Ergüsse "wissenschaftlich durchreflektierter" Genossen zu verdrängen, so ist man geneigt das richtige Allgemeine vor der schachsinnigen Tendenz zu übersehen : die Autoren wie auch die spätere neue Redaktion verfälschen solch allgemeine Binsenwahrheit dahingehend, daß die Produkte "arbeitender Kollektive" wie diese selbst per se politisch, die von Individuen per se se privat und unpolitisch seien. Später dient der Fetisch der arbeitenden Gruppen gar noch dazu, daß die einzelnen Mitglieder ihr individuelles Nichts-Tun verbergen können. Individuen können nicht mehr kontrolliert werden, nicht einmal mehr gefragt da es in arbeitenden Gruppen keine Personen mehr gibt. Konsequenz z.B. : eine solche Gruppe will eine Aufgabe im Verband, hier die Redaktion der nk übernehmen. Befragt nach ihren Mitgliedern, auf daß deren politischer Standort diskutiert werden kann daraufhin, ob er geeignet ist mit Verbandsaufgaben belastet zu werden, fassungsloses Kopfschütteln und Stammeln des Sinnes: wie kann man uns nach Personen fragen, wowir doch ein Kollektiv sind ? Aus der selbstverständlichen Voraussetzung der gesamten nk - Diskussion, daß sie zentrales Diskussionsorgan des SDS werden muß, daß sie das nur kann, wenn sie von denen getragen wird, die auch die derzeitige Politik tragen und nicht von die Bewegung journalistisch begleitenden Individuen, daß eine länger fristige Organisationsform der Studentenbewegung die Basis-ad-hoc u.a. Gruppen sind, daß die nk also gerade angesichts der Notwendigkeit der Dezentralisierung unserer Arbeit zum zentralen Diskussionsorgan der arbeitenden Gruppen werden muß - aus diesen Voraussetzungen werden nun plötzlich die idiotischsten Ableitungen gezogen, deren verhehrendste dieist, daß eine bestimmte Organisationsform, Bedingung für die Durfhführung einer richtigen Politik,mit dieser Politik identisch gesetzt wird, der art, daß einzelne Individuen politisch richtig handeln, wenn sie sich in Kollektiven organisieren, daß das dann aber auch schon Gewähr für die richtige Politik des Kollektivs ist. Und das angesichts eines Theorieverständnisses, das auf die Praxis der Kollektive gekommen ist, ununterbrochen falsche Alternativen anhäuft -bis kurz vor die Verwandlung des Theorie-Praxis-Verhältnisses in ein auseinanderzuschraubendes Camping-Besteck !

das nur noch zu apologetischen Sentenzen über die "arbeitenden - Gruppen und Kollektive" fähig ist. All dies beweist nichts eindringlicher als die unaufschiebbare Notwendigkeit einer t h e o r e t i s c h e n Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis - großer Teile der hochschulpolitisch arbeitenden primär antiautoritären Studentenbewegung (neuester kritischer Terminus : jugendliche Opposition)
Die Tendenz zum theoriclosen Studentenverband, der mit Beinamen sozialistisch heißt und zu seinem Zerfall in arbeitende Moleküle ist zumindest bei denen unverkennbar, denen inzwischen jede theoretische Äußerung zur Apologie ihrer selbst gerät und die nicht zufällig identisch sind mit denen, die jede Kritik an nur oder primär antiautoritärem Verhalten mit hysterischen bis wohl überlegten "Verrat !"- (an der Studentenbewegung) und "Traditionalist !"- Rufenabzuwehren pflegen.

Die neue Redaktion hüpft in die vorbereitete Lücke und feixt - 56

Der (in seinen ursprünglichen Wortlaut abhandengekommene) Beschluß der 23. o.DK in Hannover zum Publikationswesen des Verbandes: 1. Die DK überträgt dem Seminar die Entscheidungsbefugnis zur verbindlichen Bestimmung der Funktion der nk für den Verband und der Zudammensetzung der Redaktion.
2. Darüberhinaus soll das Seminar die Organisation des Publikationswesens am Rande des Verbandes (Verlage) einleiten.
3. Die Gruppen haben auf dem Seminar Stimmrecht im Verhältnis ihrer Stimmen auf der DK (letzten).

So fuhren denn vier Heidelberger Genossen nach Ffm der naiven Meinung, dort an einer Verbandstagung teilzunehmnen, auf der Entscheidungen getroffen werden sollen. Sie sollten sich irren. Was dort einleitend von den Genossen Antonia Grunenberg und Monika Steffen über die Funktion der nk im Verband gesagt wurde, läßt sich auf folgende Kernthesen reduzieren :
1. Mit dem Eintritt der Studentenbewegung in die Phase dezentralisierter Arbeit kleiner Gruppen werden mit den neuen Bedürfnissen dieser Gruppen neue Verbindlichkeiten für ein SDS - Organ gesetzt. 2. Angesichts des Bruchs zwischen praktischer Arbeit und theoretischen Artikeln muß nach dem jeweiligen praktischen Legitimationsrahmen gefragt werden als nach dem Rahmen, "innerhalb dem Theorie für uns heute überhaupt bissel interessant ist" (Grunenberg). 3. Die Kommunikationsfunktion der nk muß daher vor der Frage diskutiert werden : welche Funktion hat die nk in Bezug auf Aktionen in Hochschule, Kampagnen etc. ?

Vor solcher Selbstbefreiung von Theorie über einen "praktischen Legitimationsrahmen" - selbst kaum noch in-Frage-stellbar - hinaus konnte die Feststellung nicht gut auf Verständnis stoßen, daß in einem Verbandsorgan auf jeden Fall Entwicklungen wie die zum Pariser Mai und zu den Intervention in der CSSR und die Entwicklung seither analytisch aufgearbeitet werden müßten. Derlei theoretische Ergüsse lassen sich vor einem arbeitenden SDS - Germanisten praktisch nicht mehr legitimieren.

Wenn die Bedürfnisse, die in die Diskussionen im Verband - z.B. um die nk - eingehen sollen, nicht mehr eindeutig politische sind und identisch mit den Notwendigkeiten der Verbandspolitik, die mit Theorie bissel mehr zu tun haben, als es auf diesem Seminar den Anschein hatte, wenn eine Debatte um das Verbandsorgan - explizit- primär eine Strategie Diskussion zu sein hat und nicht im Rahmen einer Organisationsdebatte geführt werden soll, dann droht die Nennung "antiautoritärer Selbständigkeit" (Grunenberg) zur Beschwörung ihrer Unkritisierbarkeit zu werden, dann wird die Mahnung, "den antiautoritären Zugang zur Studentenbewegung" (Knapp) nicht zu übersehen, zur Mahnung, von antiautoritären Gang um den Preis jeder Kritik nicht mehr abzusehen, dann kann die Tendenz

einer Strategie, der es um die Konsilidierung der Studentenbewegung geht (Knapp, Grunenberg, Steffen), zur Beschränkung auf die Hochschule und die Beschränkung des SDS auf einen wieder reinen Studentenverband nicht mehr von der Hand praktiziert werden. Dann muß in der Tat die Frage gestellt werden, ob in all dem Gerede von den arbeitenden Gruppen nicht eine Praxis bemäntelt wird die die Studentenbewegung primär der Befriedigung privater Bedürfnisse nutzbar zu machen neigt.

Für die Berechtigung derartiger Befürchtungen lieferte die neue Redaktion einen hervorragenden beleg.

Nachdem es eingangs geheißen hatte, die einzigen Gruppen, die bereits in funktionierenden Kleingruppen arbeiten, seien Berlein und Frankfurt, folglich müßten auch dieser Gruppen Kollektive die Redaktion der nk übernehmen, fanden sich auch Frankfurter und Berliner Genossen, die sich ein paar Gedanken über die Funktion der nk gemacht hatten. Nachdem es weiter enormer Anstrengungen bedurfte, deren Namen zu erfahren - auf Personen kommt es ja nicht mehr an, wer Kollektive nach Namen fragt, macht sich verdächtig, erkennungsdienstliche Behandlung im Schilde zu führen - blieb eine Frankfurter arbeitende Gruppe, die ihre Arbeit zeitweise und versuchsweise ("wenn's nicht klappt, dann klappt's nicht", D.Claussen) in die nk - Redaktion verlegen wollte. Sie stellten sich vor als Genossen, deren Interesse an der nk während der Auseinandersetzungen am Spartakusinstitut geweckt wurde, deren Bedürfnis es war, ihre Erfahrungen im Verband zu vermassen. Sie erklärten nun ihr Bedürfnis und ihre Bereitschaft, die Redaktion für zwei Monate, d.h. bis zur DK, und für zwei Nummern (was praktisch ausgeschlossen ist) zu übernehmen. Es gebe zwar in der Frankfurter Gruppe keine Widerstände gegen ihr Vorhaben, gleichwohl müsse es noch mit der Gruppe diskutiert werden.

Nachdem bis dahin vielerlei Erfahrungen zu machen waren mit Genossen, die Erfahrungen nurmehr in der praktischen Arbeit machen und alles, was sie über ihre praktischen Erfahrungen dann daherreden, Theorie nennen, die sich praktisch legitimieren kann, mußten diese Genossen nun auch noch daraufhingewiesen werden, daß sie sich auf einem Seminar befanden, das eine Institution des Verbandes darstellt.

Die Genossen Becker und Schmierer stellten fest, daß zunächst einmal dieses Semonar und nicht die Frankfurter Gruppe der Ort sei, an dem Aufgaben des Verbandes und für den Verband verbindlich übernommen werden, daß weiter eine Zeitspanne von zwei Monaten, die jede Kontrolle ausschließt, tatsächlich eher den privaten Bedürfnissen des sich anbietenden Kollektivs als den Notwendigkeiten des Verbandes entspreche. Privat wird hier nicht in eingeengtem Sinne benutzt, sondern schließt die Tendenz ein, die Bedürfnisse einer kleinen Gruppe vor die des Verbandes, die Interessen des Zirkels vor die der Organisation zu stellen, eine Tendenz, die dadurch für nicht existent erklärt wird, daß man zu Erreichendes für bereits erreicht ausgibt, die zu verwirklichende Identität der Politik des Verbandes mit der Politik dezentralisierter Arbeitsgruppen zum Faktum per declarationem macht. So wird jede Kritik an Tendenzen, die Dezentralisierung zur Zersplitterung und zur Entpolitisierung geraten zu lassen, schlicht verunmöglicht. Wagt solche Kritik sich dennoch ans Licht arbeitender Kollektive, so wird ihr flugs nachgewiesen, daßmsie abstrakt sei und theoretisch bis hart an die Grenze von traditionalistisch.

Zum Glück war die neue Redaktion (A.Grunenbrg, M.Steffen, D.Claussen Bühning) leibhaftig da und hat - beinahe lehr stückhaft - konkrete und konkret zu analysierende Politik gemacht.

In dieser Situation, da das Zirkelwesen fröhliche Urständ zu feiern sich anschickte, formulierten die Heidelberger Genossen einen Antrag, den sie zur Abstimmung stellten. Mit ihm sollten der Redaktion bestimmte Aufgaben übertragen werden, deren Inangriffnahmuns für den Verband wichtig schien. Es waren :

1. endlich eime kontroverse Diskussion zwischen den unterschiedlichenTheorie-bildungen in den einzelnen Gruppen zu initiieren,
2.die Durchlässigkeit für Basis- ad hoc- u.a. Gruppen zu garantieren,
3.zur Auflösung des Regiomalismus beizutragen. -5d
Die Redaktion soll unbefristet vorbehaltlich eines DK-Beschlusses gewählt werden.

Wie wichtig gerade Pt.1 ist, bewiesen Knapp vom BV und die neue Redaktion sofort. Knapp formulierte die umwerfende Frage: "Und jetzt? Was soll ich'n damit machen? Soll ich das abstimmen lassen?" Wenn man sich der Tatsache bewußt ist, daß die Redaktionskandidaten unter keinen Umständen bereit waren, Aufgaben im Verband verbindlich als Aufgaben für den Verband zu übernehmen, daß Knapp sich dessen im voraus bewußt war, das arbeitende Kollektiv dennoch unterstützte, wird seine hilflos reagierende Geste verständlich. Die Hilflosigkeit dann jedoch derart rationalisieren, daß man Abstimmungen (wohl abgesehen von Akklamationen in teach - ins und vor Aktionen) grundsätzlich für formal erklärt, heißt sowohl Naivität als auch Opportunismus exhibitionistisch dick aufzutragen.
Einige Genossen scheinen so harmoniebedürftig zu sein, daß sie politische und theoretische Differenzen schon durch die Abschaffung der Abstimmung unsichtbar machen wollen. Auf der Abstimmung bestehen, heißt psychisch krank sein, unter Fraktionsneurose leiden. Sie würden die Forderung nach namentlicher Abstimmung am Ende für die totale Inquisition halten. Die Harmoniebedürftigkeit schlägt sich natürlich auch auf den Diskussionstil nieder, und zwar in übelster opportunistischer Manier. Der Aufweis von Gefahren und Tendenzen wird identisch mit dem hinterhältigen Einschmuggeln von Unterstellungen. So wird aus dem Hinweis, eine Aufgabe nur für 2 Monate und nur freiwillig übernehmen, hieße eben, daß nichts geschieht - was nach diesem Seminar eine allzu begründete Gefahr ist - , aus diesem Hinweis wird flugs die Unterstellung der Faulheit gemacht. Funktionsträgern, der Redaktion des Verbandsorgans nk Aufgaben verbindlich delegieren zu wollen heißt "Ehren- und Verantwortungserklärungen abverlangen" (ein Berliner Antiautoritarier). Die Genossin M. Steffen meinte dann, einbesonders schweren Vorwurf zu machen, als sie uns bescheinigte, "alles auf die Machtfrage zu reduzieren". Was für ein familiärer Klüngel ist aus Teilen des SDS geworden, wenn die Diskussion im Verband erst dann"politisch" ist, wenn es ihr gelingt, kontroverse Punkte wegzudiskutieren, wenn es als Vorwurf gewertet werden kann, wenn eine Gruppe im Verband ihre Politik durchzusetzten versucht!
Dieser antiautoritäre Sumpf muß entwässert werden!
Schließlich wird trotz allem abgestimmt. Die Mehrheit unterstützt den Antrag. Reaktion Knapp: "Und jetzt"" Schmierer: "Jetzt fangen die Genossen morgen an zu arbeiten." Gequältes Auflachen des arbeitenden Kollektivs, Genosse Bühning weist uns per Fingerzeig noch einmal auf unsere psychischen Defekte hin.
Zweifelsohne wäre ein solcher Antrag entschieden wirkungsvoller gewesen, hätte es Genossen gegeben, die Verbandsaufgaben verbindlich zu übernehmen bereit gewesen werden. Ohne eigenen personellen Vorschlag blieb der Abstimmungssieg eine Niederlage, da Opportunisten nicht durch einen Antrag zu Sozialisten gemacht werden können.

PS: Den Genossen Knapp, Behnken, Grunenberg sei geraten, mindestens einen besseren Positivisten in ihr Kollektiv aufzunehmen, daß derlei empiristischer Mist wie in ihrer These (S. 2, SDS-info 6) vermieden werden kann. - Den Genossen ins Gedächtnis: Wer über Erfahrungen in der praktischen Arbeit verfügt, muß die Theorie studieren und gewissenhaft Bücher lesen; erst dann wird es möglich sein, daß seine Erfahrungen einen systematischen, synthetischen Charakter annehmen und auf das Niveau der Theorie gehoben werden, erst dann wird er seine Teilerfahrungen nicht fälschlicherweise für allgemeingültige Wahrheiten halten und keine Fehler empiristischer Art begehen. (Mao)

Für die Heidelberger Gruppe Jürgen Sendler

POLITLADEN
852 ERLANGEN
HINDENBURGSTR.17

an nk

Liebe Genossen!
Ihr schicktet uns eine Mahnung betreffend die gelieferten und noch nicht bezahlten nk 48/49 und 50.
Dazu möchte ich Euch zunächst auf den Streit Rowohlt/Spartakus hinweisen. Weiterhin befinden wir uns noch immer in Anfangsschwierigkeiten, so daß wir gerne noch eine sagen wir 6wöchige Verlängerung des Zahlungszieles möchten. Außerdem habe ich noch 60 NK nicht verkauft und möchte sie gern zurückschicken.
Äußert Euch bitte mal dazu.

Sozilistische Grüße, venceremos

10.2.69 (Schnepel)

Offner Brief an die Genossen Pfannenmüller und Schnepel im Politladen Erlangen zu grundsätzlichen Fragen, den Vertrieb linker Publikationen betreffend

Frankfurt, den 12.2.69

Liebe Genossen!
Selbstverständlich könnt Ihr die nicht mehr absetzbaren NKs zurückschick en, falls sie noch kenntlich sind. Ich darf Euch aber daran erinnern, daß Ihr uns zunächst als "Arschlöscher" bezeichnet habt, weil Ihr sie nicht schne schnell genug bekommen habt. Wir heben Euch direkt, d.h. nicht über unsere Auslieferung in München, beliefert, damit Ihr unsere Bücher und die NK schneller bekommt, sie zum Genossenpreis bekommt und auch weiterbeliefert werdet, wenndie letzten Rechnungen noch nicht bezahlt sind. Auf den Gedanken, daß uns dieses Verfahren zusätzliche stumpfsinnige Arbeit macht, seid Ihr offenbar noch nicht gekommen.
Der Anlaß für die öffentliche Antwort auf Euren Brief ist aber die Unverschämtheit mit der Ihr uns durch den Vergleich mit Rowohlt erpressen wollt. wollt.
Zunächst haben wir nicht - wie Rowohlt an Spartakus - weitere Lieferungen an Euch gestoppt. Eure Schulden bei uns aus 1968 betragen DM 610,50. Wir haben Euch in diesem Jahr schon wieder für ca. DM 140,00 beliefert, ohne bisher jemals Geld von Euch gesehen zu haben.
Wichtiger ist aber, daß hinter der Gleichsetzung Rowohlt/Neue kritik ein sehr autoritäres Verhältnis nicht nur zu uns, sondern zu allen Genossen sichtbar wird, die irgendwelche greifbaren Produkte liefern. Rowohlt ist ein bürgerlicher Verlag, der von uns nicht kontolliert werden kann und in dessen Verwertungsapparat jede Arbeit - auch die von Genossen - zur Ware wird. In gewisser Weise trifft das auf die Produktion der SDS-Verlage auch zu, nämlich soweit sie gezwungen sind, sich selbst zu reproduzieren und Deshalb ihre Produkte im Äquivalenttausch anbieten. Das Tauschprinzip können wir in der gegenwärtigen historischen Situation, wenn überhaupt, dann nur tendenziell durchbrechen. Soweit ich informiert bin, nehmt Ihr auch immer sofort Geld, wennIhr ein Buch verkauft.
Wenn wir es schaffen wollen, die Zwänge abzubauen, denen auch die voll unter der Kontrolle des SDS stehenden Verlage unterliegen und damit gleich gleichzeitig die Kontollmöglichkeiten zu verbessern und einen Teil der entfremdeten Arbeit von Genossen zu beseitigen, dann müssen wir einen halbwegs halbwegs funktionierenden eigenen Vertriebsapparat aufbauen.
Ansätze dazu haben wir auf dem Bundesseminar über das Publikationsweswn diskutiert. Ansätze dazu sind auch die schon bestehenden wenigen linken Buchhandlungen. Sie unterscheiden sich von den SDS-Gruppen als Verteilerstellen in zweierlei Hinsicht: 1) Die GenossenK kennen einen festen Ort, an dem sie das notwendige Informations- und Arbeitsmaterial beziehen können. 2) Die Verlage können annehmen, daß ihre Produkte nicht unter irgendeinem Bett vergammeln und daß ihre Rechnungen bezahlt werden. (Es gibt auch zwei oder drei SDS-Gruppen, die so organisiert sind, daß sie ebenfalls beide Funktionen erfüllen können)

Köln: Bericht der Gruppe — 9 —

Vorbemerkung: Uns war es in der kurzen Zeit nicht möglich, umfangreich und ausführlich die Entwicklung der "Antiautoritären" im Kölner SDS darzustellen. Zudem glauben wir, daß eine solche längere Schilderung den Rahmen des Info sprengen würde. Auf Anforderung können wir einzelne Punkte der Analyse in einem späteren Info näher ausführen.

(1) Im Anschluß an die NS-Gesetzgebungskampagne wird der Kampf zwischen KPDisten und Antiautoritären aufgenommen. Die Antiautoritären werden durch neue Mitglieder aus dem Notstandskampf verstärkt.
Merkmale der beiden Gruppen: KPDisten: Durch Fernsteuerung (Strategie nicht an den lokalen Gegebenheiten orientiert sondern angeschlossen an die zentrale KPD-Strategie) keinerlei Versuche, strategische und theoretische Ansätze in die Gruppe hinein zu vermitteln und zu diskutieren.
Antiautoritäre: Kurzfristige, aus der Politik der "Stargruppen" abgeleitete Strategie; geringe theoretische Kenntnisse; Praxis auf kurzfristige Erfolge abgestellt.

(2) Auf den MVs entwickeln sich aufreibende Franktionspolitische Auseinandersetzungen; das Fehlen einer ausformulierten Theorie macht sich bemerkbar. Die KP-Schädigungen zeigen sich; die Gruppe entwickelt eine zentristische Position.

(3) Durch Gründung einer DKP-Hochschulgruppe wird es möglich, den Zentrismus zu überwinden. Die DKPisten ziehen sich aus der Gruppenpolitik zurück, einige KP-geschädigte Genossen ebenfalls.

(4) Den Antiautoritären gelingt es im folgenden nicht, in der Auseinandersetzung mit der Ordinarienuniversität eine Basis an der Hochschule zu schaffen.

(5) Im Kampf gegen eine reaktionäre Hausordnung und für Öffentlichkeit von Fakultätssitzungen kann durch eine militante Politik (Rektoratsbesetzung, vgl. Info 1 und 2) eine Mobilisierung der Gruppe an der Universität erreicht werden. Trotz des Basisgruppenkonzepts gelingt es aber nicht, einen relevanten Teil der Studenten zu politisieren und in den einzelnen Fachbereichen zu organisieren. Sprengungen von Fakultätssitzungen führen zu einer weiteren De-eskalation, da die Aktionen nicht mehr erfolgreich vermittelt werden können und die Studenten die Gewaltdiskussion nicht mitvollziehen.

(6) Der Mangel an Theorie, agitatorischen Fähigkeiten und die daraus resultierenden Frustrationen führen dazu, daß eine Mehrzahl von Genossen sich teils privatisiert, teils versucht, durch theoretisches Studium neue Ansatzpunkte für eine revolutionäre Praxis zu finden.

(7) Das übrig gebliebene Häuflein von Genossen versucht, in einer Kampagne gegen die Gleichschaltungsversuche (Hochschulgesetz, Relegationen, Vorbeugehaft, Stipendienentzug etc.) eine neue Mobilisierung zu erreichen mit dem Ziel, Studenten in Fachgruppen organisatorisch zu erfassen und eine revolutionäre Instituts- und Studienpraxis zu entwickeln. Die Mobilisierung läuft über Informationsteach-ins (z.B. "braune Hochschule", "politische Justiz", etc.) . Dabei konzentrieren sich die Aktionen vornehmlich auf die Juristische Fakultät (Besetzung des Kriminologischen Instituts; Institutsdirektor alter Nazi; die vorhandenen Produktionsmittel sollen zur Kritik der politischen Justiz, d.h. zur Vorbereitung eines Demonstrantenprozesse zur Verfügung stehen). Die Besetzung stößt in der Studentenschaft auf Ablehnung; die Polizei räumt am selben Abend die Besatzer aus.

(8) Da die Mobilisierung der Studenten in der Gruppe wesentlich nur unter taktischen und nicht strategischen Gesichtspunkten diskutiert worden ist, treten bei den AKTIONEN und Teach-ins die alten Schwierigkeiten wieder auf. Die jungen Genossen werden - obwohl sie an der taktischen Vorbereitung intensiv beteiligt sind - durch ihre Unfähigkeit, sich zu artikulieren und selbständig zu handeln, frustriert.

Die über die ganze Uni verstreute Konfliktsituation und die überlastete zentralistische Organisation führen zu einer Verzettelung unserer Kräfte und zu nur schwachen qualitativen Fortschritten.
(9) Teilweise Politisierung der Arbeit bei gleichzeitiger Vermeidung von Frustrationen durch militante Straßendemonstrationen im Anschluß an ein Teach-in über Vorbeugehaft und zunehmende Faschisierung der Bundesrepublik mit Beate Klarsfeld.

Zusammenfassung:
Die machanische Übernahme der Berliner und Frankfurter Strategie hat bisher die Herausbildung einer an den Kölner Verhältnissen orientierten Strategie verhindert. In Köln haben bisher noch keine Theoriebrocken, geschweige denn eine Theorie, die Massen ergriffen. Positives Merkmal: In Köln ist revolutionäre Theorie und Praxis noch nicht zum Psychodrama für Genossen degeneriert. Die Sprachstile zeichnen sich nicht durch einen enormen Realitätsverlust aus wie bei einigen anderen Gruppen zu verzeichnen ist. Es wird der Versuch gemacht, vom Modell kurzlebiger Erfolge wegzukommen und langfristige Projekte, aus denen heraus u.E. erst eine Offensivstrategie entstehen kann, in Angriff zu nehemn.
Das heißt konkret: in der Erkenntnis, daß die Misere, die aus der Ungleichzeitigkeit von sozialistischer Theorie und Praxis in den einzelnen Gruppen entsteht, nicht durch Aktionismus überwunden werden kann, versuchen wir, die im Entstehen begriffenen Basisgruppen zu erweitern und zu konsolidieren, um in den Semseterferien durch die Akkumulation von Theorie und druch die Planung von Konzeptem für Seminare, Vorlesungen und Gegenseminare eine offensive Strategie für das SS zu entwickeln, die von einer möglichst breiten Basis getragen werden kann.

SDS Köln: Dokumentation

Flugblatt: Teach-in über den aktiven Streik

Die studentische Opposition ist zum Styatsfeind Nr. 1 geworden. Der Kampf gegen die technokratisch-repressive Hochschulreform, die Zersrtzung der Bürgerkriegs-Bundeswehr, die Agitation in Betrieben, die Entlarvung von Presse und Justiz bedrohen Legitimations- und Machtgrundlagen des Notstandsstaates.
Die radikale Minorität des herrschenden Bündnisses von Kapital und Bürokratie treibt jetzt die endgültige Formierung entschossen voran. In vollem Gange sind: die Zentralisierung der Geheimdienste; Vorbereitung der Vorbeugehaft; Verschärfung der politischen Justiz und die bundesweite Gleichschaltung der Universitäten. So sah das Durchgreifen in den letzten bieden Wochen aus:
- Unisono Hetze gegenlinke Studenten und Professoren
- Polizeiterror, U-Haft und Gefängnis für Dutzende von Studentenvertretern und Asta-Chefs in Heidelberg, Hamburg, Berlin und Frankfurt.
- erste Relegationen, Stipendien- und Stellenentzug.

Kühn läßt keinen Zweifel: er wird während der Ferien also bis zum SS vollendete Tatsachen schaffen,
- Hochschulgesetz Ende der Autonomie
- Disziplinarordnung, nach der Relegationen für das ganze Bundesgebiet gleten sollen (bei Strafen ab 6 Monaten, z. B. für Springer-Demonstrationen oder Rektoratsbesetzungen, wo die Staat sanwaltschaft wegen Aufruhrs ermittelt)
- gezielter Geld- und Stipendienentzug.

Die Professoren, unsere Bekenner, sind weder fähig noch willens, die Autonomie der Hochschule und die Freiheit politischer Meinung und Willensäußerung zu verteidigen. Sie werden die Hochschulgesetze akzeptieren, weil ihre Privilegien gegenüber den Studenten darin weitgehend gewahrt bleiben. Sie haben nichts gelernt. Sie werden erenut zu Werkzeugen er Gleichschaltung. Bis zur Verabschiedung der Gesetze halten sie sich, insbesondere Rektor, Senat und Dekane, mit Schikanen und Verschleppungstaktik über Wasser:
- Der Brief des SDS an fast 250 Professoren, der das Bündnis angabot zum gemeinsamen Vorgehen wegen Vorbeugehaft etc. enthielt und der sich auf

dem Teach-in vom 22. 1. etwa 1200 Studenten zu eigen machten, wurde fast völlig ignoriert (7 Antworten).
- Rektor und Senat denken nicht daran, die seit Monaten in vielen Teach-ins geforderte Verfassunfsänderung in Sachen Öffentlichkeit und Parität überhaupt zu diskutieren, geschweige denn zu beschließen. Die sitzungen des Kleinen und Großen Senates werden so lange verschoben, bis das HS-Gesetz die Demokratisierung endgültig verhindert.
- Die Fak.sitzungen spiegeln die Arroganz der Privilegierten: sie weichen durch Geheimsitzungen/ Manipulation und bewußte Lügen der Kontrolle ihrer Mauscheleien aus (s. bes. Börner und Marburg Manifestler Angermann)
- Immer unverschämter werden die Schikanen von seiten der rektorgelenkten Hausverwaltung: Stellwände verschwinden, Räume werden verweigert, Plakate werden permanent abgerissen. Inzwischen untersteht sogar die Polizei der Kontrolle des 14. K. (näheres bei dem Teach-in); Oberfaschist Ramas ist im er noch Ehrensenator!!

Kommilitonen! Es bleibt keine Zeit mehr. Organisiert den Widerstand gegen die unheilige Allianz der Feudalordinarien und Formierungstechnikraten! Sie spekulieren aus leere Unis in den Ferien und Eure angeblich mangelnde Solidarität. Daher
- demokratisiert Eure Institute radikal, bevor sie die Regierung radikal gleichschaltet.
- Kommt massenhaft auf das Teach-in am Do. zur Vorbereitung des GENERAL-STREIKS IM SS gegen das Hochschulgesetz und Relegationen. An dieser Uni sind über hundert Studenten davon bedroht.

München:

In München gibt es drei wesentliche Gruppen, die für eine revolutionäre Strategie an Bedeutung gewinnen können:
Die HOCHSCHULGRUPPE SOZIALISTISCHER KUNSTSTDENTEN mit ihrem Schwerpunkt auf dem Hochschulbereich bildender Kunst. Durch diese Beschränkung gerät s sie leicht in die Isolation - öfter, als dies im Wissenschaftsbereich möglich ist. Zumal auch in der Isolierung ihrer Selbsttätigkeit als bildende Künstler - oder als Revolutionäre. Die HSK initiierte ein "kritisches Atelier", in dem sich alle Interessierten einschreiben können (Nicht-immatrikulierte, Durchgefallene und auch solche mit bereits abgeschlossenem Studium.)
Kontaktadresse: Hanno Rink, Rita Mühlbauer8019 Moosach, Hauptstr. 4

Eine zweite Gruppe, die als Basisgruppe aus der HSK entstand, ist die Projektgruppe Kulturrevolution im Berufsverband bildender Künstler (BBK). Sie bestimmt ihre Praxis aus der existentiellen Frustration der Künstler: durch jene, welche noch Lust aus dem Kulturbetrieb ziehen - Ästeten, Kinetiker, Op-, Pop- und sonstige Artisten, Intellektuellen oder Zynikern, denen bereits das Scheitern des Versuches Kunst als Antithese zur bestehenden Gesellschaft Ausgangspunkt für ihre Tätigkeit oder Untätigkeit (auf dem bereits vermittelten, traditionellen Leistungszwang in der bildenden Kunst bezogen) ist.
Kontaktadresse:Will Wieprsek, 8 München 71, Fritz-Baerstr. 15

Die dritte Gruppe K.E.K.S. (Kunst, Erziehung, Kybernetik, Soziologie) beginnt ihre Arbeit mit einer durchgreifenden Neugestaltung der Ausbildung von Lehramtskandidaten. Unter besonderer Berücksichtigung der theoretischen Arveit , so daß diese gleichwertig neben der prkatischen steht. Diese Gruppe (vorwiegend Kunsterzieher)hat erst jetzt mit der Arbeit begon en.
Kontaktadresse: Alex Diel, 8 München 80, Pariser Str. 18

lung zum autoritären Obrigkeitsstaat leistet, der uns aus der deutschen Geschichte hinlänglich bekannt ist, wird als Krimineller behandelt.
Die Öffentlichkeit wird durch geschickte Methoden der Herrschenden daran gehindert, zu begreifen, daß die Gesetze nicht den Schutz aller Bürger bezwecken, sondern nur den politisch und wirtschaftlich Herrschenden Mittel in die Hand geben, um politische Gegener, die diese Herrschaft einer kleinen Minderheit über die größten, abhängigen Teile der Bevölkerung, angreifen, auszuschalten!

Sollten sie einmal erkennen, daß es notwendig ist, Widerstand zu leisten, gegen diese kleinen herrschenden Gruppen, die über ihre Interessen und Bedürfnisse um ihres eigenen Vorteiles willen hinweggehen, dann sollten sie bereits heute wissen, was sie dann zu erwarten haben.
Entlassung, Disziplinarstrafen, Förderungsunwürdigkeit, Überwachung durch den Verfassungschutz, ständige Verfolgung durch die politische Polizei, Vorbeuge- und Untersuchungshaft und nicht zuletzt ein Platz auf der Anklagebank im Gerichtssaal un eine Freiheits- oder Geldstrafe.

Statt politischer Auseinandersetzung- Mobilisierung der Staatsgewalt!

Wehren Sie sich mit uns gegen diese Entwicklung!

Presseerklärung des SDS-Bundesvorstandes zur Hausdurchsuchung am 10.02.69

Die Demonstrationen und Aktionen der vergangenen Woche haben gezeigt, daß die Opposition der Studenten, Schüler und jungen Arbeiter weder im Hochschulbereich noch in den übrigen gesellschaftlichen Bereichen unterdrückt werden kann.
Die Untersuchung der Büroräume des SDS-BV und der republikanischen Hilfe, der Einbruch in die Büroräume des Verlags Neue Kritik ohne Durchsuchungsbefehl, der Versuch, den Vorstandsmitgliedern Wolff und Knapp den Zutritt zu den Büros zu verweigern, das hilflose und unsichere Herumsuchen von zehn Beamten unter dem Vorwand der Sicherstellung von Plakaten, auf denen zivile politische Polizisten zur Identifizierung abgebildet sind, zeigt die ganze Hilflosigkeit und das Unverständnis der Herrschenden gegenüber der Studentenbewegung.

Seit kurzer Zeit tauchen in allen Seminaren, Vorlesungen und Vollversammlungen zivile politische Polizisten auf. Sie leiten die Denunziation von Studenten ein, die in der Störung der Arbeit der Universität versuchen, auf die politischen Zusammenhänge der technokratischen Formierung der Universitäten aufmerksam zu machen.
Die Studenten werden die Versuche, diese Polizisten auch mit Plakaten zu identifizieren und aus der Universität zu vertreiben, mit Sicherheit fortsetzen. Wer meint, daß das Vorgehen der Polizei und der Justiz gegen den SDS die Studentenbewegung spaltet oder gar zerschlägt, hat noch immer nicht begriffen, daß die Hochschulrevolte heute von einer immer größeren Zahl von Studenten in den Seminare getragen und organisiert wird.
Wer den SDS zerschlagen will, stärkt die radikale Studentenbewegung, der stabilisiert den Protest und hilft mit, den aktiven Widerstand gegen den kapitalistischen, autoritären Staat auch langfristig wirksam zu organisieren.

IM INFO 7 fol.1: AUSFÜHRLICHE BEGRÜNDUNG FÜR STREIKPOSTEN IN MARBURG!!

die gleichzeitige und abwechselnde anwendung der legalen und illegalen waffen ist auch darum notwendig, weil die enthüllung der rechtsordnung, des brutalen machtapparates für kapitalistische unterdrückung, die voraussetzung für das unbefangen revolutihäre verhalten zu recht und staat, erst hierdurch möglich wird.(georg lukács . geschichte und klassenbewußtsein)

die darmstädter gruppe versucht seit einigen wochen, einen regelmäßigen kontakt zum genossen proll im darmstädter gerichtsgefängnis zu halten. dem bis zum abschluß des revisionsverfahrens zu untersuchungshaft-bedingungen einsitzenden genossen steht nicht nur das recht zu, einmal wöchentlich besuch zu empfangen, sondern sich auch von ihm benötigte gebrauchsgegenstände (bücher, lebensmittel, zigaretten etc. mitbringen zu lassen. besuchserlaubnis erteilt die 4. strafkammer des frankfurter landgerichts. die schwierigkeiten, auf die wir bei dem versuch stießen, diese möglichkeiten wahrzunehmen, führten am nachmittag des 11.2 zu einem spontanen go-in in die strafanstalt, in der am vormittag drei genossen mit gültigem besuchsschein mit der begründung zurückgewiesen worden waren, es sei schon ein besucher dagewesen, "der besuch habe sich erledigt". um 14.3ouhr standen 2o genossen vorm gefängnistor, d runter acht mit besuchserlaubnis. die gefängnisleitung wurde durch einen beamten um begründung der ablehnung weiterer besuche gebeten. anstaltsdirektor dormehl entschuldigte sich mit einer konferenz, verweigerte jegliche stellungnahme und forderte stattdessen polizei an. wir ihformierten die presse, auch die besatzung des streifenwagenw sowie deren vorgesetzter, der etwas später erschien, ersuchten vergeblich, uns bei der durchsetzung unserer rechte zu unterstützen. nach rund einer stunde wurde klas, daß es sinnlos war, weiter vor dem tor herumzustehen. wir kündigten der polizei an, daß wir uns bei nächster gelegenheit einlaß verschaffen würden; der streifenwagen setzte seine fahrt fort; zusammen mit einem kurz darauf einfahrenden pkw gingen wir durch das tor. unbehindert standen wir wenig später vor dormehl (wahlspruch, gerahmt: nur der verdient sich freiheit wie das leben, der täglich sie erobern muß). begrüßung: "hier ist die tür, sie sehen, daß ich in einer besprechung bin." nur besucher mit erlaubnis hätten das recht sich hier aufzuhalten. drei journalisten machten ein legitimes interesse der öffentlichkeit an information geltend. dormehls reaktion' bitte kommen sie in mein zimmer, aber nur sachliche diskussionen. "sonst mache ich von meinem hausrecht gebrauch". die genossen ohne besuchserlaubnis verließen daraufhin das gefängnis. dormehl begann einen monolog und wollte die sache "ethisch" betrachtet wissen; er sprach von "seinen patienten" und verglich das gefängnis mit einem krankenhaus."sie zwingen uns durch ihr verhalten, proll umzulegen." auf unsere ansätze zu sachlicher diskussion über ermessensspielraum, verwaltungsakte, verhältnis justiz/exekutiveetc. ging er nicht ein. ständige telephonate, ins nebenzimmer verlegt, machten ohnehin jede diskussion unmöglich, schließlich forderte dormehl unsere ausweise. begründung: jeder besucher habe mit seiner besuchserlaubnis seinen ausweis vorzulegen.

also durften wir proll besuchen? nein. warum denn ausweise? "meine herren der hausfriedensbruch ist durch" (offenbar resultat der vorangegangenen telephonate). wir gingen. als wir den hof betraten, fuhren drei vw-busse mit polizei ein. gleichzeitig kommandierte dormehl am fenster: "das tor bleibt zu!" die feststellung unserer personalien - in der gefängnis kirch und im beisein des sich mühsam rechtfertigenden dormehl - endete in einem freundlichen gespräch mit der polizei. während der aktion hatten die gefängnisinsassen ständigen kontakt mit den draußen wartenden genossen. zurufe aus den zellen: macht doch endlich was!" - "stürmt die bastille!" -"das gefängnis den gefangenen!"

+++

bemerkenswert die koalition mit der polizei; begünstigt wurde sie vor allem durch die grundsätzliche restriktion; wir wollen nichts unternehmen, was die existenzbedingungen des genossen proll weiter verschlechtern würde (insbesondere keinen besuchsentzug provozieren). weiter: in den augen der polizeibeamten hatte sich der anstaltsleiter ins unrecht gesetzt, wir agitierten die polizei in allen phasen ihres einsatzes, indem wir die beamten auf die berufsspezifische differenz von wirklichkeit und möglcihkeit hinwiesen, ihre diskriminierung durch das herrschende system herausstellten etwa in dem sinne: auch überläßt das autoritäre regime die dreckarbeit. fraternisierende dialoge wurden von beiden seiten mit emphase geführt. erheblich zurückhaltender verhielten sich die uniformierten gefängnisbeamten, doch scheinen sie unsere mit gerichtsstempel gezierten papiere und das disziplinierte auftreten besonders verunsichert zu haben. anders reagierten die justizangestellten im vorzimmer von dormehl sowie die teilnehmer einer besprechung bei demselben. die ungewohnte regelverletzung machte sie fast ohne ausnahme aggressiv. indem wir ihnen teils mit großer teils mit ausgesuchter höflichkeit begegneten, ist es uns im laufe der auseinandersetzung gelungen, diese gruppe weitgehend zu neutralisieren. der in einen ernsten identitätskonflikt gestürtzte dormehl mußte uns deshalb ohne emotionale rückendeckung entgegentreten. sichtbar dem physischen und psychischen zusammenbruch nahe, unfähig zu einer konsistenden aussage, hilflos auf zeitgewinn taktierend, zedierte er endlich die entscheidung an die telephonisch kontrahierenden dienstvorgesetzten, dieser mann wurde durch unsere aktion total demoralisiert, denn unsere bloße anwesenheit relativierte seine autorität von minute zu minute, schwer abzuschätzen ist unser eindruck auf die insassen der haftanstalt, zum haus- und küchendienst eingeteilte häftlinge äußerten augenzwinkernd ihr einverständnis, für gen. proll endlich dürfte die aktion, ungeachtet der expliziten drohung von repressalien, einen gewinn an prestige bringen, die gefängnisbürokratie mußte zur kenntnis nehmen, daß wir hier in darmstadt immerhin in der lage sind, partielle öffentlichkeit herzustellen für das, was hinter den gefängismauern vor sich geht, sowie mindestens temporär durch solidarisierende aktionen die kriminalisierung zu unterlaufen.

Die Genossen in Mannheim haben einen Gruppen-Info begonnen herauszugeben, um die Kommunikation der Genossen untereinander zu gewährleisten. Es scheint uns dies eine gute Möglichkeit zu sein, verstreute Genossen oder dezentralisierte Projektbereiche (wie z.B. die Kinderläden in Westberlin) durch Information und Diskussion miteinander zu vermitteln.

Der Folgende Bericht ist ein Auszug aus dem Mannheimer Info "Rote Kommentare": PSYCHO-TEACH -IN

Am Mittwoch, d.15.1., fand ein teach-in statt, das uns möglicherweise zwingt, neue Methoden für unsere psycho- politische Befreiungsstrategie an der Hochschule anzuwenden. Das Thema lautete: "Psychische Schwierigkeiten der Studenten und Möglichkeiten der Selbstbefreiung." Einer reinen Beschreibung des psychischen Elends folgte die Untersuchung der gesellschaftlichen und universitären Ursachen. (Die Produktionsverhältnisse wurden noch ausgeklammert.)Wenn schon der starke Beifall überraschte, der auf scharf formulierte Behauptungen folgte, so ließen sich die Ergebnisse des verteilten Fragebogens selbst mit den Kühnsten Erwartungen nicht mehr vereinbaren. (Von 169 Verteilten Frageböge n wurden 117 ausgefüllt.) :

1. Nur 3 der Befragten (abgesehen von 4 mißverständlichen Antworten) sprachen sich frei von Angst, Arbeitsschwierigkeiten und sexuellen Problemen. 55 bekannten sich offen zu ihren sexuellen Problemen (Man bedenke die große Unaufrichtigkeit bei solchen Fragen!), 69 zu Angst und 92 zu Arbeitsschwierigkeiten.
2. 106 (von 117) halten das psychische Elend in unserer Gesellschaft für groß.
3. Nur 30 befürworten -zum größten Teil mit Einschränkungen- den Kapitalismus - 77 lehnen ihn ab. 27 davon sind bereit, mit Gewalt gegen ihn zu kämpfen (davon nur 7 im sds !).
4. 112)!) sind der Ansicht, daß die aufgezeigten gesellschaftlichen Zusammenhänge richtig sind.
5. 115 halten eine Fortführung solcher Veranstaltungen für wünschenswert.

(Nebenbei: Ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen Befürwortern des Kapitalismus und Befürwortern harter Strafen für Sexualverbrecher und Kindesmörder.)

Natürlich werden wir solche Veranstaltungen fortführen. Wir wissen nun, daß die sozialistische Bewegung in unserer Universität ein Potential hat, (wenn auch ein vorläufig ein emotional engagiertes), mit dem wir nie gerechnet hätten. Die Überraschung, daß sich 77 gegen den Kapitalismus aussprachen, läßt sich durch keinen Hinweis auf ihre Repräsentativität der Stichprobe (was sicher zutrifft) oder Manipulation hinwegdiskutieren.
Warum konnte dieses Potential bisher noch nicht aktiviert werden?
Die wahrscheinlichste Antwort lautet darauf: Weil es sich noch nicht theoretisch artikulieren konnte; weil das Informationsbedürfnis nicht befriedigt wurde; weil das rationale Element in der Bewußtseinsbildung unterbewertet wurde; weil es bisher kaum gelungen ist, in Aktionen eine fundierte Theorie zu vermitteln, und dies verstandenem Theorie wieder in politische Praxis zu übersetzen.
Wenn die Theorie jetzt zur politischen Praxis werden soll, dann muß die Theoriebildung dort ansetzen, wo die Adressaten unmittelbar betroffen sind, d.h. in der Universität, am psychischen Elend der Studenten. Dieses Elend muß permanent seiner Vereinzelung entrissen werden, muß immer wieder in seinem alltäglichen, brutalen konkretion dargestellt werden, ohne Banalisierungen und Verschleierungen. Dann wird auch der letzte begreifen, daß es sich nicht um eine Erfindung der linken Studenten handelt.

Fast alle sind den ersten theoretischen Schritt unserer Befreiungsstrategie mitgegangen: 102 sind nämlich der Ansicht, daß die aufgezeigten gesellschaftlichen Zusammenhänge richtig sind, daß unser psychisches Elend also weitgehend eine Folge ist von autoritären Strukturen, und repressiven, irrationalen Normsystemen.
Der 2. theoretische Schritt, der gegangen werden muß, ist klar:
Es muß gezeigt werden, inwiefern diese Krankheitserzeugenden gesellschaftlichen Bedingungen unseres Elends gleivhzeitig Bedingungen und Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind. Die Universität hat sich als unfähig erwiesen, diese theoretische Arbeit zu leisten. Wir werden es jetzt selbst tun. Dazu braudhen wir die wissenschaftlichen Produktionsmittel der Universität (Büchereien, Räume, Vervielfältigungsgeräte und später auch Gelder). Hier erweist sich die Trennung unserer Befreiungsstrategie in einen theoretischen und in einen praktischen Teil als künstlich: Denn um den theoretischen Teil ausführen zu können (=Forschungsarbeit) müssen wir uns in gemeinsamer politischer Aktion die universtären Produktionsmittel - vielleicht zunächst exemplarisch im psychologischen Institut - aneignen. Einigen mag dieser Schritt zu radikal erscheinen. Wir geben ihnen aber zu bedenken: angesichts der anfangs erwähnten Zahlen, angesichts der zunehmenden Brutalisierung und ~~Xxxxx~~ psychischen Verelendung unserer Gesellschaft ist der herkömmliche Universitätsbetrieb eine glatta Unverschämtheit. Die Professoren kümmern sich einen Scheißdreck um das Elend um sie herum, Obwohl sie die wissenschaftlichen Möglichkeiten dazu hätten. Wenn wir der Ordinarienuniversität nicht endlich ihre wissenschaftlichen Produktionsmittel entreißen, dann werden wir mitschuldig am psychi chen Massenelend und an der Faschisierung unserer Gesellshaft, mi mitschuldig auch an der Beibehaltung unserer eigenen Neurosen, die durch Unterwerfung und Anpassung nur kaschiert und konserviebt werden.

"AUFMERKEN AUFMERKEN"

VDS - VDS - VDS - VDS

MV 3-5. MÄRZ

Studentenhaus KÖLN

BÜROKRATISCHE INSTITUTIONEN SIND DAZU DA
solange sie existieren, von uns AUSPOWERT
zu werden!! LABT EUCH von ASTA
oder PARLAMENT delegieren!!!

Der Streik der Frankfurter Germanisten vor Weihnachten, der sich gegen die drohende Reglementierung des AfE-Studiums richtete, bekam seinen politischen Sinn erst in dem Moment, wo er den Widerstand gegen technokratische Hochschulreform als Widerstand gegen die Ordinarienuniversität, die Agent aben dieser Reform ist, realisierte und zugleich zum ersten Mal im Konzept der Selbstorganisation (aktiver Streik) Möglichkeiten praktischen Widerstands entwarf. Dennoch: unsere Streikseminare, die nicht alle aus der politischen Situation stringent sich herleiten ließen und in die viele unobjektivierte Privatinteressen noch eingingen, gelang es nicht, die akademische Fächerbornierung schlüssig zu durchbrechen: das Technokratieseminar etwa verstand es nicht, die Konsequenzen der technokratischen Hochschulreform stringent gerade auch für die Kulturwissenschaften nachzuweisen; die Organisations- und Arbeitsformen der Seminare, die die Emanzipation der Teilnehmer und die Aneignung von Agitationsfähigkeiten gerade verhinderten, wurden nie thematisch; die Kooperation mit den anderen Kulturwissenschaften wurde nicht realisiert; es gelang nicht, zu einer sinnvollen Arbeitsteilung, die das Herausbilden von autoritären Strukturen unmöglich macht, zu kommen.

Diese Schwächen unserer Arbeit, die notwendig aus dem reformistischen Ansatz des Streiks und mithin aus dem Mangel an strategischer Konzeption resultierten, bewirkten nach Weihnachten die Desorganisation unserer Arbeit: es gelang uns wohl,- gegen die einsetzenden Repressionsmaßnahmen der Seminarleitung - weiterhin auf Vollversammlungen den Streikbeschluß durchzubringen, nicht aber, ihn zu realisieren (daß der Streikbeschluß de facto immer an die Basisgruppe delegiert wurde, ist Indiz dafür, daß die Basisgruppe sich den Kommilitonen gegenüber als in-group verhielt). In dieser Situation war es den Ordinarien möglich, uns den drittelparitätischen Satzungsentwurf für den Institutsrat, der praktisch vor dem Abschluß stand, wortlos um die Ohren zu schlagen.

Welche Konsequenzen muß das für unsere Arbeit haben?

- Mit den einsetzenden staatlichen und universitären maßnahmen ist es notwendig, daß unsere Basisgruppenarbeit sich expliziter als bislang als politische Widerstandspraxis versteht; das heißt: wir können nicht mehr auf ein - quasi naturwüchsiges - Verbreitern unserer 'Massenbasis' spekulieren, müssen vielmehr - zum ersten Mal - eine weitreichende Strategie entwerfen, die unseren gesellschaftlich schwachen Status in ihr Konzept einbezieht, die uns damit zugleich aber auch neue, konzisere Fähigkeiten der Agitation und der politischen Praxis verschafft und die unsere Arbeit - gerade auch in außeruniversitärer Kooperation - so konsolidiert, daß sie nicht mehr zerschlagen werden kann und ein Rückfall der Basisgruppenmitglieder auf einen unpolitischen Privatstatus unmöglich wird.
- Das heißt auch, daß wir nun gezwungen sind, unsere Arbeit endlich als Teil einer gesamtuniversitären und - gesellschaftlichen Widerstandspraxis zu verstehen; das Basisgruppenkonzept, das nach der abstrakt außeruniversitären Politisierung als immer noch abstrakte weil fachidiotische inneruniversitäre entstanden war, muß also endlich auf seinen Begriff gebracht werden: dezentralisierte Kaderorganisation, die dennoch einen sinnvollen Verbund von Arbeit und mithin Aufhebung der Arbeitsteilung der bürgerlichen Wissenschaften leistet.

Wir werden deswegen - zusammen mit den anderen kulturwissenschaftlichen Fächern - Schülerprojektgruppen bilden, die in Verbindung mit unserem Seminar "Hochschulstudium und Schulpraxis" die Repressionszusammenhänge, in denen die Schüler stehen (Familie, Schule, Kulturindustrie), als Moment gesamtgesellschaftlicher Repression analysieren werden -

ohne in abstrakt theoretischer Analyse von der Situation der Schüler zu abstrahieren; die Projektgruppen, die in Verbindung mit den Arbeitskollektiven der Schüler stehen oder mit ihnen identisch sind, sollen Movens der dezentralisierten Konsolidierung der Schülerbewegung sein und den Schülern neue Möglichkeiten der Aktion geben.

Zur weiteren strategischen Diskussion, die auch eine Analyse des Basisgruppenkonzepts als politischer Organisationsform zu leisten hätte, werden wir in der letzten Woche der Semesterferien ein Basisgruppenseminar im Frankfurt veranstalten. Folgende Themen schlagen wir vor:

- politische und wissenschaftliche Strategien im Deutschen Seminar (Institutssatzung/ Doppelherrschaft/ Besetzung/ theoretische Partisanen/ praktische Prüfungskritik/ kollektive Arbeit; Hintergrundideologie bürgerlicher Wissenschaft/ Germanistik als "Ideologie"/ materialistische Literaturwissenschaft/ Kulturwissenschaften in der technokratischen Gesellschaft)
- sozialistische Organisationen ausgebildeter Germanisten (Schule und Germanistik/ Sozialistischer Lehrerbund)
- Basisgruppenarbeit an den Schulen (Kooperation mit Schülern, Schülerprojektgruppen)
- Intensivierung der Kommunikation der Basisgruppen untereinander/ Organisation von regelmäßigem Papieraustausch/ Politische Legitimation des Basisgruppenkonzepts als Teil einer Widerstandsstrategie.

Zur Vorbereitung werden wir (möglicherweise als Sondernummer des SDS-info) eine Dokumentation herstellen, die Berichte und Analysen der Arbeit der einzelnen Basisgruppen enthalten soll. Schickt uns Berichte, Arbeitspapers, Themenvorschläge etc. (Adresse: Peter Mosler, 6 Ffm, Perthstr. 1-3, Zi.404).

SCHAFFT DIE GERMANISTIK AB !

-20-

Flugblatt

zum Teach-in: 11.2.1969
20 Uhr, Hörsaal 13,
UNIVERSITÄT HEIDELBERG

SDS Heidelberg
SAALA (Sozialistisches Afrika, Asien und Lateinamerika), Heidelberg

PLATTFORM DER VOLKSBEFREIUNGSFRONT FÜR PALÄSTINA

August 1968

Die neue Phase, in die die palästinensische Revolution übergegangen ist, zeigt deutlich, daß die arabischen Arbeiter- und Bauernmassen die Frustration überwunden und den Weg zu ihrer Selbstbefreiung und der Befreiung der "jüdischen" Arbeiter und Bauern vom Joch des zionistischen Imperialismus erkannt haben. Der Partisanenkampf gegen den Zionismus, die arabische National- und Kompradorenbourgeoisie ist nun der Grundsatz der arabischen Sozialisten. Dieser Kampf hat sich schon eine revolutionäre Theorie angeeignet, die die Kompromißbereitschaft sozialdemokratischer und reaktionärer Kreise in der arabischen Welt Einhalt gebieten kann. Eine friedliche Regelung im Sinne der UN-Resolution vom 22. 11. 67. bedeutet für die palästinensischen Partisanen und die arabischen Sozialisten nicht nur eine Niederlage, sondern auch Verrat an der sozialistischen Revolution und daher ein Zugeständnis an den US-Imperialismus, der Israel trotz seiner ablehnenden Haltung der UN-Resolution gegenüber Phantomflugzeuge anbietet.

Aus dem folgenden Grundsatz der PFPL geht deutlich hervor, welche Relevanz der geführte Guerillakrieg der Palästinenser für die Sozialisten in den spätkapitalistischen Staaten hat. Mit diesem Kampf vollzieht sich nicht nur in den besetzten Gebieten, sondern auch in den arabischen Ländern die Selbstorganisation und die Politisierung der Arbeiter und Bauern, der Aufbau einer revolutionären Gesellschaft und die Zerschlagung des zionistischen Staates und der reaktionären Herrschaftssysteme in den arabischen Ländern.

Es lebe der Sieg im Volkskrieg

Venceremos - Sanatasar

DIE KRISE DER GUERILLABEWEGUNG IN PALASTINA

Das Fehlen einer revolutionären Theorie.

Der palästinensische revolutionäre Kampf steht am Scheideweg. Entweder dient er der Revolution oder er weicht bewußt oder unbewußt ab zur Konterrevolution. Denn die objektiven Bedingungen für unser Problem und unseren revolutionären Kampf stellen uns vor eine historische Verantwortung gegenüber der Zukunft des palästinensischen Befreiungskampfes und vor die historische Wahl: der Revolution zu dienen oder zur Konterrevolution abzuweichen.

Die Aufgabe aller Revolutionäre ist es, die dringlichsten Probleme der Revolution zu studieren und eine Position einzunehmen, ohne von persönlichen Einflüssen befangen zu sein. Wenn wir unsere Ansicht über die Hauptprobleme unseres Kampfes hier betonen, so haben wir die Absicht, die Stellungnahme aller zu der entscheidenden Wahl - nämlich mit der Revolution oder mit der Konterrevolution zu gehen - herbeizuführen.

1. REGULÄRER KRIEG IST KRIEG DER BOURGEOISIE - DER REVOLUTIONÄRE KRIEG IST EIN VOLKSKRIEG

Die arabische Bourgeoisie gründete Berufsheere, die nicht dazu bereit waren, ihre Interessen und ihre garantierten Vorteile zu opfern. Der arabische Militarismus wuchs zu einem effektiven Apparat, den die nationale Bourgeoisie benutzte, um ihre Position zu festigen und die inneren Widersprüche sowie die nationale Bewegung zu unterdrücken.
Unter der Maske der nationalen Frage benutzte die Bourgeoisie die Heere, um ihre bürokratische Herrschaft über die Massen zu stärken und die Arbeiter und Bauern zu hindern, die politische Macht zu erlangen. Sie praktizierte eine große betrügerische und heuchlerische Politik in unseren Ländern. Sie forderte und fordert heute noch die Unterstützung der Werktätigen, ohne sie zu organisieren oder deren Ideologie zu verbreiten. Sobald eine Schicht der nationalen Bourgeoisie an die Macht gelangt - normalerweise durch Militärputsch und ohne die wirkliche Aktivität der Massen - so schnell kehrt diese Schicht zu ihrer ursprünglichen bürokratischen Klassenposition zurück. Sie errichtet ein Terrorsystem, das zwar erlaubt, über die Revolution zu sprechen, gleichzeitig aber jede revolutionäre Bewegung unterdrückt und jeden verhaftet, der versucht, den richtigen Weg der Revolution einzuschlagen. Im Palästinensischen Problem fand die arabische Bourgeoisie immer einen Vorwand, die Masse der Araber von ihren ursprünglichen Interessen und Problemen abzulenken. Der Sieg außerhalb der nationalen Grenzen - in Palästina - war immer ein Traum der nationalen Bourgeoisie, von dem sie immer sprach, um ihre Klasseninteressen und bürokratischen Positionen festigen zu können. Die nationale Bourgeoisie stützt sich auf die falsche Theorie eines traditionellen Krieges, um diesen Traum verwirklichen zu können.
Der Juni-Krieg 1967 hat die Falschheit dieser Theorie erwiesen. Denn die Führung der nationalen Bourgeoisie verursachte die völlige Niederlage. Die beste Strategie des Feindes ist, schnell zuzuschlagen. Der Feind kann nicht seine Streitkräfte ständig und auf lange Sicht mobilisieren, weil dies seine wirtschaftliche Krise verschärfen würde. Er genießt die völlige Unterstützung des amerikanischen Imperialismus, der ihn mit den modernsten Waffen beliefert. Er ist also in einer Situation, die verlangt, einen militärischen Blitzsieg zu erreichen. Mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus ist er technologisch überlegen und demnach in der Lage, einen Blitzkrieg zu praktizieren.
Die beste Strategie unseres armen Volkes ist auf lange Sicht der Volkskrieg. Unser Volk muß seine schwachen Seiten überwinden und

die schwachen Seiten des Feindes ausnutzen. Man muß die Kampffähigkeit des palästinensischen und arabischen Volkes mobilisieren, was einen ständigen ideologischen und politischen Lehrprozeß verlangt. Die Schwächung des Imperialismus und Zionismus im arabischen Raum verlangt den revolutionären Kampf als Methode der Konfrontation mit der Herrschaft des Imperialismus und des Zionismus.

2. DER GUERILLAKAMPF ALS DRUCKMITTEL DER BOURGEOISIE FÜR DIE "FRIEDLICHE REGELUNG"

Der Guerillakampf aber braucht im Hinblick auf die Erfordernisse des Volkskrieges auf lange Sicht die potentiellen Fähigkeiten der palästinensischen und arabischen Massen, um in der Lage zu sein, sich in eine bewaffnete Volksbewegung unzuwandeln, die eine klare Ideologie besitzt, welche es ihr ermöglicht, eine entscheidende historische Rolle in der revolutionären Bewegung zu spielen. Die direkte Betroffenheit des palästinensischen Volkes durch die imperialistische und zionistische Vorherrschaft im Nahen Osten brachte es in eine Vorrangstellung im Kampf gegen Zionismus und Neokolonialismus unter Führung der USA. Der palästinensische Kampf ist jedoch nur ein Teil des Ganzen - also ein Teil der gesamten arabischen revolutionären Bewegung und der nationalen Befreiungsbewegungen der Welt.
Die Wichtigkeit dieser Verbundenheit nimmt zu bei den ständigen Versuchen der arabischen Bourgeoisie und des Welt-Imperialismus mit den USA an der Spitze, eine "friedliche Regelung" zu erreichen. Denn alle Vorschläge, die eine politische Lösung des palästinensischen Problems ermöglichen sollen, fördern
- eine Lösung zugunsten des Imperialismus und Zionismus;
- Infragestellung der Fähigkeiten des Volkskampfes als Mittel der Befreiung;
- Erhaltung der Gebundenheit der arabischen Bourgeoisie an die imperialistischen Weltmärkte.

Was die Bourgeoisie befürchtet, ist von diesem Markt isoliert zu werden und die Rolle des Vermittlers zwischen dem Weltkapitalismus und dem einheimischen Markt zu verlieren. Daher machten die Erdöl-Länder den Boykott der westlichen Länder rückgängig und daher auch war MacNamara bereit, Kredite zu gewähren.
Wenn die arabische Bourgeoisie sich um eine "friedliche Regelung" des Nah-Ost-Problems bemüht, bemüht sie sich in Wirklichkeit um den dauernden Nutzen, den sie aus der Rolle des Vermittlers zwischen dem imperialistischen und dem inländischen Markt erzielt.
Die arabische Bourgeoisie sieht noch über die Guerilla-Tätigkeit hinweg - unterstützt sie sogar manchmal. Denn die Anwesenheit der Guerillas bildet immer noch ein Druckmittel für eine friedliche Regelung. Dadurch, daß sie keine klare Klassenzugehörigkeit und keinen klaren politischen Standort besitzen sowie durch ihre Verbundenheit mit der Bourgeoisie, sind diese immer noch unfähig, einen effektiven Widerstand gegen solche Versuche zu leisten. Die Auseinandersetzung der Guerillas mit denen, die eine friedliche Regelung befürworten, ist aber unvermeidlich. Daher und wegen eines möglichen begrenzten Krieges in diesem Raum müssen die Guerillas Schritte unternehmen, um ihre Aktionen in einen Volkskrieg mit klaren Zielen umzuwandeln.

3. KEINE REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG OHNE EINE REVOLUTIONÄRE THEORIE

Die schicksalhafte Herausforderung, der sich der revolutionäre Kampf im Nahen Osten gegenübergestellt sieht, erfordert von den revolutionären Kräften eine Untersuchung der Hintergründe der Schwächen in unserer Guerillabewegung, um in der Lage zu sein, dem Imperialismus und Zionismus mit einer bewaffneten Volksbewegung zu begegnen. Diese muß ein klares Ziel haben und über kämpferische Massen verfügen - was den Sieg garantiert.

Die zentrale Ursache für die Schwäche der Guerillas ist das Fehlen einer revolutionären Ideologie, die den politischen Horizont des palästinensischen Kämpfers erhellt und die in einem etappenweise aufgebauten politischen und militärischen Programm verkörpert werden muß. Ohne eine revolutionäre Ideologie bleibt der nationale Kampf ein Gefangener seiner praktischen und materiellen Erfordernisse. Die arabische Bourgeoisie ist bereit zu einer begrenzten Erfüllung dieser Erfordernisse des nationalen Kampfes, solange dieser innerhalb der von ihr vorgesehenen Grenzen bleibt. Ein klares Beispiel hierfür ist die materielle Hilfe, die Saudi-Arabien an "El-Fattah" leistet, während "El-Fattah" ihrerseits die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten erklärt. Das Ziel der Nichteinmischungspolitik ist, diese kleine materielle Hilfe von der arabischen Bourgeoisie zu garantieren. Da die meisten Guerilla-Bewegungen keine ideologischen Waffen haben, kann die Bourgeoisie in diesem Fall das Schicksal des Guerillakrieges bestimmen. Daher muß der Kampf des palästinensischen Volkes von den arabischen Werktätigen unterstützt werden, die gegen jede Herrschaftsform des Imperialismus, Zionismus und der Bourgeoisie kämpfen.
Das etappenweise aufgebaute Aktionsprogramm kann ohne revolutionäre Ideologie nicht durchgeführt werden. Diese revolutionäre Ideologie ist die marxistisch-leninistische Ideologie, die die Gesetze des Klassenkampfes, des historischen und dialektischen Materialismus enthält, der der eigentliche Garant für die Aktivität der Massen in allen Etappen des Kampfes darstellt. Denn der Marxismus-Leninismus dient den Interessen der Werktätigen und verbindet die Theorie mit der Praxis - dialektisch -, so daß kein Paradoxon entsteht. Im Gegenteil: Das Denken im Marxismus-Leninismus wird bestimmt durch das gesellschaftliche Sein und wirkt durch das Bewußtsein auf das Sein zurück.

4. DER BEFREIUNGSKRIEG IST EIN KLASSENKRIEG, DER VON EINER REVOLUTIONÄREN IDEOLOGIE GELENKT WIRD

Betrachten wir als Zentralproblem das Fehlen einer revolutionären Ideologie in Bezug auf die Zukunft des Guerillakrieges und auch unserer Bewegung, so müssen wir die Initiative ergreifen und elementare Züge darlegen, die ein Anteil an dem Prozeß der historischen Dialektik in der revolurionären Bewegung sein sollen. Wir dürfen uns nicht damit begnügen, die Probleme unseres revolutionären Kampfes zu übersehen, mit der Begründung, daß unser Kampf ein nationaler und nicht ein Klassenkampf ist. Denn der nationale Kampf stellt in seinem Ursprung eine Frage des Klassenkampfes dar. Der nationale Kampf ist ein Kampf um das Land, und diejenigen die darum kämpfen, sind die Bauern, die von ihrem Land vertrieben worden sind. Die Bourgeoisie ist auch immer bereit, sich an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen, in der Hoffnung, den inländischen Markt zu beherrschen. Wenn es der Bourgeoisie gelingt, die nationale Bewegung unter ihre Kontrolle zu bringen, führt sie die Bewegung zu Kompromissen mit dem Imperialismus und Zionismus unter der Maske der "friedlichen Regelung", die ihre Position stärkt. Dies bringt ihr einen relativen Wohlstand, wenn dieser auch nur einen kleinen Bruchteil des gesamten Reichtums ausmacht, den der Neokolonialismus mit verschiedenen Methoden aus unseren Ländern erbeutet.
Daher betont der Satz: "Der Befreiungskampf ist grundsätzlich ein Klassenkampf" die Notwendigkeit der führenden Rolle der Arbeiter- und Bauernklasse in der nationalen Revolution. Wenn die Arbeiter- und Bauernklasse diese führende Rolle nicht übernimmt, dann besteht die Gefahr, daß die nationale Revolution von ihrem ursprünglichen Ziel abweicht. Übernimmt die Kleinbourgeoisie die Führung, fällt die nationale Revolution den Klasseninteressen dieser Führung zum Opfer. Man begeht einen grundsätzlichen Fehler,

wenn man davon ausgeht, daß die zionistische Herausforderung den nationalen Zusammenschluß erfordere. Man versteht dann nämlich nicht die eigentliche Klassenstruktur des Zionismus.
Der Kampf gegen Israel ist vor allem ein Klassenkampf. Daher ist die unterdrückte Klasse, die einzige, die in der Lage ist, eine solche Konfrontation mit dem Zionismus auf sich zu nehmen.

5. HAUPTFELD UNSERES REVOLUTIONAREN KAMPFES IN PALASTINA

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Schwächung des Imperialismus und Zionismus in der ganzen Welt den Weg zum Sieg ermöglicht. Auch die Stärkung unserer revolutionären Kampffähigkeit hängt von der Verschärfung des revolutionären Kampfes der arabischen Massen gegen den Imperialismus und die internationale Bourgeoisie ab. Sie hängt auch ab von der Unterstützung, die wir von allen revolutionären Kräften in der Welt erhalten.
Die entscheidende Schlacht gegen den Zionismus aber muß auf palästinensischem Boden stattfinden. Der entscheidende Faktor zum Sieg ist die Höchstdauer unseres revolutionären Kampfes. Daher ist die Fähigkeit, unseren revolutionären Kampf innerhalb Palästinas zu verlegen, das entscheidende Hauptproblem. Der bewaffnete Volkskampf innerhalb Palästinas kann sich der einfachsten Waffen bedienen, um die Wirtschaft un die Kriegsmachinerie des zionistischen Feindes zu zerstören. Er kann sich sogar mit den Waffen des Feindes bewaffnen. Die Verlegung des Volkskampfes innerhalb Palästinas stützt sich mehr auf die Agitation und die Organisierung der Massen als auf die Grenzaktion über das Jordan-Tal der Guerillas, auch wenn das ebenfalls von Bedeutung für den Kampf innerhalb Palästinas ist.

6. DAS JORDAN-TAL: HANDICAP DER GUERILLA-AKTIONEN

Nachdem die Guerilla-Organisationen mit ihren Aktionen im besetzten Teil begonnen haben, wurde ihnen mit einer brutalen militärischen Repression der zionistischen Streitkräfte begegnet.
Da diese Organisationen keine revolutionäre Ideologie besitzen und demnach kein revolutionäres Programm, beugten sie sich der Forderung nach Selbsterhaltung und zogen sich in die Gebiete östlich des Jordan-Tales zurück. Die gesamten Aktionen wurden dadurch zu Grenzaktionen. Auch durch die Anwesenheit der Guerilla-Organisationen im jordanischen Teil kann die Bourgeoisie Jordaniens und deren Geheimdienste diese Organisationen zerschlagen, wenn sie nicht mehr als ein Druckmittel für die friedliche Regelung betrachtet werden.

7. DIE REVOLUTION IN BEIDEN TEILEN JORDANIENS

Wenn wir von der Verlegung des Guerillakrieges nach Palästina sprechen, dürfen wir den Kampf in Ost-Jordanien nicht vernachlässigen, denn das Land war mit Palästina stärker verbunden als mit den arabischen Ländern. Das Problem der Revolution in Palästina ist mit dem Problem der Revolution in Ost-Jordanien dialektisch verbunden. Eine Reihe von Komplotts der jordanischen Monarchie mit dem Imperialismus und Zionismus haben diese Verbundenheit bewiesen.
Die Grenzaktionen müssen weiter bestehen, um den Nachschub für die kämpfenden Revolutionäre innerhalb Palästinas zu garantieren.
Der Kampf in Ost-Jordanien aber muß seinen richtigen Weg nehmen, nämlich den des Klassenkampfes. Der palästinensische revolutionäre Kampf darf nicht - bewußt oder unbewußt - als Mittel der Unterstützung der jordanischen Monarchie unter der Maske der nationalen Einheit benutzt werden.

RESISTENTIA

Die Zeitschrift wird vom Palästina-Komitee der Vereinigung Arabischer Studenten herausgegeben. Die Feb.-1969-Ausgabe (No. 6) ist eine Sondernummer "4 Jahre Al-Fatah 1965-1969", enthält ein Kommunique der Al Fatah, Beschlüsse der Nationalkonferenz des Palästinensischen Studentenvereins, eine Analyse "Israel als imperialistischer rassistischer Staat" etc. Umfang 30 Seiten. DM 0.50. Die Zeitschrift macht den Versuch, die Politik der Al Fatah zu beschreiben unter dem Aspekt der Politik Israels und dem zweiten der notwendigen Veränderungen innerhalb der arabischen Staaten.

Die Redaktion machte das Angebot, die Thematik zu erweitern auf die Situation anderer unterentwickelt gehaltener Gebiete und Arbeiten der verschiedenen Projektgruppen aufzunehmen, die sich mit Lateinamerika, Kuba, Angola, Südafrika etc. befassen. Solange keine offizielle Adresse vorhanden ist kann die Korrespondenz über den BV laufen.

Die interessierten SDS-Projektgruppen sollten sich die Zeitschrift anschauen und ihre Möglichkeiten, daran mitzuarbeiten, diskutieren. Bestellungen (mind. 10 Ex.) an den BV, indem (mindestens) DM 5.- mit dem Vermerk 'Resistentia' auf eins der BV-Konten überwiesen werden.

AKTION BEFREITE GEBIETE

Ergänzung zur SDS-Info 5: Spenden aus Geldsammlungen für Angola auf das Konto "Aktion Befreite Gebiete", Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt Hauptwache, Konto 51052 mit dem Vermerk 'Angola'. Das Geld wird für den Transport von Medikamenten verwendet bzw. der MPLA zur Verfügung gestellt. Medikamente (Liste Info 5) vorerst -bis es besser organisiert ist- an den BV; soweit nicht schon etwas anderes vereinbart ist.

ENDE: Kuba als Guerillabewegung

Das Hauptproblem in Ostjordanien ist die Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei, die ein klares Aktionsprogramm besitzt, wonach sie die Massen organisieren kann, um ihre nationale und klassenkämpferische Rolle durchführen zu können. Die Verbundenheit des Kampfes in beiden Teilen muss durch Koordinationsorgane ermöglicht werden. Die Hauptaufgaben der Koordinationsorgane sind:
Nachschub nach innen- nach Palästina- zu garantieren-, Organisierung und Agitation - Bauern und Soldaten im Grenzgebiet.
Das ist der einzige Weg, auf dem "Amman" zum arabischen Hanoi werden kann, also ein Hinterland für die Kämpfenden Revolutionäre innerhalb Palästinas darstellt.

[illegible] VNCIERTHEIT DER JUSTIZ[illegible]TION IN HEIDELBERG- [illegible] FÜR DIE GRUPPEN.

[illegible] den beschluß der ersten strafkammer des landgerichts heidelberg:

Beschluß: die fortdauer der untersuchungshaft wird angeornet.
Gründe: ... aus der im termin vom 2o.12.1968 übergebenen resolutioh geht hervor, daß die angeklagten durch eine "kontollierende öffentlichkeit geschützt werden" sollen. auf die gewährleistung dieser kontrollierenden öffentlichkeit hatten sich die angeklagten auch bei ihrer mündlichen anhörung berufen. wie auch bereits das oberlandesgericht karlsruhe in seiner beschwerdeentscheidung vom 7.1.1969 (1 ws 6/69) ausgeführt hat, kann das nach dem bisherigen verhalten der zuhörer in anderen sogenannten studentenprozessen nur dahin verstanden werden, daß der von den angeklagten erwartete "schutz darin bestehen soll, die gerichtsverhandlung zu stören und das gericht unter druck zu setzen. die angeklagten richten ihr verhalten nach den auf den teach-ins gefaßten beschlüssen und nach den anordnungen der sogenannten aktionskomittees und sind nicht bereit, sich einem gesetzmäßigen verfahren zu stellen,. dies zeigt ihr fernbleiben im hauptverhandlungstermin vom 2o.12.68 sowie ihr erscheinen im demonstrationszug vom 8.1.69 und ihr anschließender aufenthalt im asta-gebäude, in dem sie sich durch die androhung von gewalt von der vollstrekkung des gerichtlichen haftbefehls schützen ließen...
das die "drite gewalt", die sich schon dem faschismus ohne viel aufhebens unterwarf, den herrschenden gefügig sein würde, überrraschte jicht umd die heidelberger gerichte stellen keine ausnahmen in hinblick darauf das, sich als politische justiz zu verhalten, der heidelberger justiz kommt sogar originalität zu, was die offenheit anbelangt, mit der sie als politische agiert, die fortdauer der untersuchungshaft gegn Braunbehrens, Mangold Mueller, Noth und Ripke wird damit begründet, daß sich diese auf die gewährleistung einer kontrollierenden öffentlichkeit berufen" hätten. diese wird von dem gericht nach dem"bisherigen verhalten der zuhörer in sogenannten studentenprozessen" schlecht als "störung" der gerichtsverhandlung verstanden, darüberhinaus würden wir uns"nach den auf teach-ins gefaßten beschlüssen und nach den anordnungen der sogenannten aktionskomitees" richten und deshalb sei unsere zusage, jeden termin zu akzeptieren [illegible] bloße beteuerung, die unter "dem eindruck der untersuchungshaft" zustande gekommen sei. dieser beschluß vom 15.1.69 bedeutet schließ den versuch, die studentische teach-indemokratie zu kriminalisieren. die "angeklagten" werden nich mehr als individuen mit sanktionen (u.haft) belegt, sondernals potentielle teilnehmer an teach-ins. freilich gelingt die [illegible]aktion der politischen justiz nicht, ohne den inhalt dessen, was betroffen werden soll, völlig zu pervertieren. teach-ins und aktionskomitees werden unter der hand der politischen justiz zu apparaten, die den einzelnen beherrschen und "anordnungen" treffen, beschrieben werden dadurch in wahrheit die herrschenden apparate von denen die justiz selber einer ist. nur indem die demokratisc hen diskussions- und handlungsformen der bewegung der jungen arbeiter, schüler und studenten, die sich durch "extreme" dauer und streuung der diskussion auszeichnen und lernprozesse der beteiligten entfalten, dem anverwandelt werden, was man selber ist, kann man sie diffamieren. die argumentation des gerichts ist in gleicher weise p r o j e k t i v wie die aussagen der zeugen des staatsanwalts, niemand, der die demonstration in der stadthalle,.oder auch eine andere bewußt miterlebt hat, wird sich darin wiedererkennen.

die ersten beiden verhandlungstage im stadthallen prozeß (3. und 4.2.7 waren durch eine offensive der fünf angeklagten genossen gekennzeichnet, die im rahmen politischer lebensläufe und der einlassungen zur sachedie aufgeblasenheit der anklage nachwiesen, und sie politisch erklärten. die anlage unserer verteidigung - ammann und strecker in der klassischen verteidigerrolle mit liberaler motivation und mahler - trugen zur verwirrung des gerichts bei. am nachmittag des vierten februar hob das gericht den haftbefehl auf, am vierten und fünften februar fielen die zeugen des staatsanwalts für den tatbestand des landfriedensbruchs und der rädelsführerschaft um. mahler gelang es, zwei zeugen zu der angabe zu bringen, die namen der "rädelsführer" seien ihnen bei der vernehmung durch die kripo gesagt worden. der später vernommene kripo-kommisar bieringer eröffnete, er habe auf weisung der staatsanwaltschaft nur gegen sds-angehörige ermittelt. zu seiner verhehmungsmethode befragt, erklärte er, die anzeige sei von oberbürgermeister zundel erstattet worden, und daher habe er die angezeigten tatbestände für wahr halten müssen. am dritten verhandlungstag wurde das gericht durch sachverständige der verteidigung zur anklagebank für das akademische auslandsamt (veranstalter der "gestörten" folklore-show") gemacht. in die äußerste defensive gedrängt, lehnte das gericht genossen Brückner &hannover) als sachverständigen zur rädelsführertheorie ab. die proteste aus dem publikum nahm es dann zum anlass einer hysterischen reaktion, die zugleich unseren politischen sieg andeutete: nicht nur die öffentlichkeit sondern auch die fünf angeklagten wurden für die dauer der gerichtsverfahrens ausgeschlossen. dasselbe gericht das die genossen vier wochen in untersuchungshaft hielt unter dem vorwand, sie zur teilnahme an der verhandlung zwingen zu müssen, mußte ihnen eben dies versagen. die prozeßimmanentearbeit ist damit erfolgreich abgeschlossen, die anklage weitgehend ruiniert, und jede verurteilung muß den linken studenten samt der restliberalen öffentlichkeit als das erscheinen was sie ist, terror der politischen justiz.

eine analyse des prozesses und des übergreifens der studentenbewegung auf den außeruniversitären bereich in heidelberg will die gruppe im märz publizieren

Weitere Verschärfung der Techniken der Klassenjustiz !!

Die Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Esslingen versucht Zeugen der Verteidigung auszuschalten bzw zu kriminalisieren. Gegen 2 SDS Genossen, die als Zeugen für einen Konstanzer Kommilitonen aussagen wollten, hat die Staatsanwaltschaft die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Aufruhrs eingeleitet (Osterdemonstrationen), wobei sie sich auf die schriftliche Zeugenaussagen der betroffenen Genossen stützt. Die ursprüngliche Praxis der Gerichte, daß Zeugen darauf hingewiesen wurden, daß sie sich selber belasten, um sie somit einzuschüchtern, ist dahingehend verschärft worden, daß sich die Genossen selber im Hauptverfahren neben dem eigentlich Beschuldigten auf der Anklagebank wiederfinden. Der usus, daß studentische Zeugen bisher selten vereidigt wurden, geschweige denn Mitdemonstranten, um deren Aussagen für die Urteilsfindung nicht berücksichtigen zu müssen, ist somit dahin eskaliert worden, die Aussage vollständig zu verhindern und somit für die Zukunft zu gewährleisten, daß die Polizeizeugen ihre ausgemauschalten Aussagen unwiedersprochen vorbringen können indem potentielle Zeugen abgeschreckt werden vor Gericht auszusagen.

F R A N K F U R T : Die reflektierte Revolte

In der Auseinandersetzung um die politische Funktion der Arbeitsgruppen war beschlossen worden, das Angebot der Soziologie-Ordinarien von Anfang Dezember unter der Bedingung anzunehmen, daß die Einräumung von Räumlichkeiten im Seminar an der Myliusstraße nicht von politischen Auflagen begleitet wurde. In zweitägigen Verhandlungen im Seminar wurde klar, daß es Habermas bei seiner Forderung, die Räume dürften nicht zur "Aktionsvorbereitung", sprich politischer Diskussion benutzt werden, nicht um eine Absicherung gegenüber der Universitätsbürokratie ging; er forderte allen Ernstes, der Verzicht auf politische Diskussion solle verinnerlicht werden. Als die Soziologen darauf nicht eingingen, schloß Habermas das Seminar. (Flugblatt 1 gibt die Begründung für den Beschluß zur modifizierten Neubesetzung des Seminars).
Die Soziologen gingen angesichts der verschlossenen Türen ins Institut für Sozialforschung, das im Dezember noch wegen seiner gefährdeten privatrechtlichen Konstitution ausgespart worden war.
Dort lief etwa zwei Stunden lang eine Diskussion mit Assistenten über die weitere Strategie; die Assistenten wurden einer nach dem anderen herausgerufen, dann kamen mit Adorno und Friedeburg als Vorreitern die Bullen. 76 wurden wegen Hausfriedensbruch festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt, Krahl blieb vorübergehend in U-Haft (Vorwand kein fester Wohnsitz).
Die Reaktion der Studenten vollzog sich hier zum ersten Mal nicht mehr auf einer abstrakt politischen Ebene, sondern wurde von den Basisgruppen an den Instituten organisiert (Flugblätter 2 - 6).
Bemerkenswert war in Frankfurt, daß der Versuch der Herrschenden scheiterte, die politisch bewußte Studentenschaft zu einer Eskalation in der Anwendung von Kampfmitteln in Aktionen zu zwingen, insbesondere nach einer Reihe militanter und dezentralisierter Aktionen bei und nach Demonstrationen. Die Spaltung der Studentenbewegung in randalierende Vandalen auf der einen und reformfreudigen Studiker auf der anderen Seite sollte erreicht werden; die Provokation schlug fehl, weil in den Diskussionen nicht nur über die unmittelbare Reaktion auf den Polizeiterror diskutiert wurde, sondern auch über die Möglichkeiten langfristiger Arbeit unter den verschärften Repressionen (Polizeieinsatz, technokratische Hochschulreform, Relegationen etc.) In dieser Diskussion ergab sich, daß neue Erfolgskriterien für Aktionen gefunden werden mußten, die die Zerschlagung durch die leichtfertige Provokation der Kriminalisierung verhindern, zum anderen aber offensiv und aktiv Widerstand artikulieren. In Frankfurt wurde an diesem Tag beschlossen, die Universität kollektiv zu bemalen; im Schutz der Menge konnten Unbekannte sanft, sehr sanft die Tür zum Büro des Justitiars öffnen und die Disziplinarakten verbrennen. Die azahlreichen Spitzel in der Menge standen genauso dumm da wie die paar hundert Bullen um die Universität, die sich schon auf eine offene Konfrontation gefreut hatten.
Flugblatt 7 schließlich ist der aufreizende Text, den der Genosse Krahl auf dem Stern-Foto mit erhobenem Zeigefinger in revolutionärer Arbeitsteilung der Genossin Bauer diktiert. Er sei hiermit der Öffentlichkeit des SDS übergeben. Flugblatt 8 schließlich ist ein erstes Ergebnis der Neuorganisation in Projektgruppen, wie sie aus der Selbstorganisation des Studiums in Arbeitsgruppen ermöglicht und in der Bildung von Aktionskadern einen ersten Ausdruck fand.

F R A N K F U R T : Flugblatt 1

FACHSCHAFT SOZIOLOGIE FACHSCHAFT SOZIOLOGIE FACHSCHAFT SOZIOLOGIE

Gegen das Verbot des Rektors, rein studentischen seblstorganisierten Arbeits- und Projektgruppen geeignete Räume zur Verfügung zu stellen, haben die Soziologen beschlossen - gemäß dem Angebot der Soziologieordinarien vom letzten Montag - sich die notwendigen Räume in der Myliusstraße zu nehmen.
Die Soziologen der phil Fak sind allerdings nicht bereit, sich den Bedingungen eines politischen Praxisverbotes, die die Ordinarien an ihr Angebot geknüpft hatten, zu unterwerfen. Die Soziologen hätten gleich nach Weihnachten erkennen müssen, daß die Maßnahmen der Bürokratie und die Kompromißvorschläge der Ordinarien der Verschleierung dienten, um Spaltung und Aktionslosigkeit hervorzurufen. Sie hätten sich die Räume gleich nach Weihnachten nehmen müssen.
Die Desorganisierung der Arbeitskreise der Selbstorganisation durch die Polizeibesetzung des Spartakus-Seminars, falsche Erwartungen in Bezug auf kurzfristige wissenschaftstheoretische Erfolge der Arbeitsgruppen und Ungleichzeitigkeit der Bedürfnisse der Arbeitsgruppenmitglieder sind drei Faktoren, die gegenwärtig die längerfristige Organisation des Streiks und damit die notwendige Basis des Widerstandes gegen die technokratische Hochschulreform gefährden.
Mit der Wiedererlangung eines festen Organisationszentrums im Spartakus-Seminar werden Möglichkeiten geschaffen, die notwendige Kontinuität der Arbeitsgruppenarbeit zu gewährleisten. Da die Arbeitsgruppen dazu tendieren, sich auf wissenschaftstheoretische Diskussion und rein hochschulbezogene Emanzipationsbedürfnisse zu beschränken, muß neben der Diskussion über das Selbstverständnis im Rahmen der Geschichte der Hochschulrevolte der Bezug zur außeruniversitären Politik wiederhergestellt werden: es ist unmöglich, angesichts der Vorgänge in Spanien allein über die Umorganisierung des Studiums zu sprechen.
27.1.69
Wir lassen uns durch den Rektor, den fiesen
den langfristigen Streik nicht vermiesen!

F L U G B L A T T 2

GENERALPROBE FÜR SCHUTZHAFT UND TECHNOKRATENKASERNE !!!!

Obwohl wir den bürokratischen Betireb im Seminar an der Myliusstr. nicht behinderten, haben Habermas & Co. das Seminar geschlossen, weil wir dort politisch diskutierten und unseren im aktiven Streik aufgenommenen Widerstand gegen technokratische Hochschulreform organisierten. Als die Soziologiestudenten am Freitag von dem geschlossenen Spartakus-Seminar in einen freien Raum des Instituts für Sozialforschung gegangen waren und dort mögliche Reaktionsweisen diskutierten, wurde das Institut von Polizei umstellt.
Um sich unbequeme Studenten vom Halse zu schaffen, lieferten die Ordinarien uns unter dem Vorwand, wir hätten Hausfriedensbruch begangen, an die Polizei aus. Habermas selbst konstruierte für die Polizei den fiktiven Zusammenhang zwischen "illegalen Aktionen" bei Demonstrationen und denjenigen Studenten, die sie loswerden wollten: Angeblich seien im Spartakus-Seminar "illegale Aktionen" vorbereitet worden.

So ist es allerdings nur konsequent, wenn die Ordinarien uns nicht zum Verlassen des Hauses aufgefordert haben, damit wir festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt werden konnten. Es gelang diesen professoralen Hilfspolizisten im kritischen Mäntelchen zwar, den Kommilitonen Hans-Jürgen Krahl, an dem nun exemplarisch Schutzhaft praktiziert wird, fürs nächste "politisch unschädlich" zu machen, wir garantieren ihnen aber, daß ihre Karriere in kritischer Theorie beendet ist, solange sie die Strafanträge nicht zurückziehen.
Das Zusammenspiel der kritischen Jammergestalten Habermas & Co. mit der Polizei ist nur ein Teil der konzertierten Aktion von Uniadministration und den Bürokratien des autoritären Staates zur Zerschlagung der Außerparlamentarischen Opposition. Die Technokratische Hochschulreform zur Gleichschaltung der Universität (z.B. Schutte-Erlaß an der AfE), die jede Möglichkeit, politischen Widerstand zu leisten, eliminieren soll, entspricht den Faschisierungstendenzen des autoritären Staates, der mit NS-Gesetzen, dem massiven Einsatz der Klassenjustiz und perfektioniertem Schutzhaft-Gesetz (das nachträglich bereits praktizierte Repressionen legalisieren soll) jede reale Opposition zerschlagen soll.
Am Samstag wurden nach einer genehmigten Demonstration 11 Schülerx i Cafe Kranzler festgenommen und bis Sonntagmittag festgehalten. Alle verdächtigen" Personen wurden in der Stadt und vor der Uni kontrolliert, weil man angeblich nach Demonstranten suchte.
AUCH HEUTE IST NOCH POLIZEI IN DER UNI !
Diesem Angriff können wir nur begegnen, indem wir die Universität, die unseren politischen widerstand kriminalisieren und zerschlagen will, mit allen uns gegebenen Mitteln ~~xkx~~ lahmlegen. Organisiert den Widerstand in politisch-praktischem Gegenstudium!
(heute 2o.oo Uhr Basisgruppenrat aus allen Fächern, Kolbheim)
Wenn bis Dienstag Krahl nicht frei ist, werden wir WANN, WO und WIE WIR WOLLEN, zurückschlagen! Diese Stadt wird mitsamt allen hessischen Bullen nicht zur Ruhe kommen.
SCHMEISST DIE BULLEN AUS DER UNI FREIHEIT FÜR KRAHL
di 17 Uhr teach-in Mensa

==========

Flugblatt 3 JURISTISCHE FACHSCHAFT

==========

Am Freitag sind 76 Kommilitonen in ihrem Institut verhaftet worden, weil sie dort eine politische Diskussion über die von ihnen selbst eingeleitete Reorganisation ihres Studium s führen wollten.
Für die Professoren, die Handlanger des sich immer mehr faschisierenden Staatsapparates, waren dies Vorbereitungen "gesetzeszwidriger Aktionen". Allen Beteiligten wird "Hausfriedensbruch" und "Nötigung" vorgeworfen. Alle wurden erkennungsdienstlich behandelt, um sie in Kürze bereits in Vorbeugehaft nehmen zu können. Gegen Hans-Jürgen Krahl wird diese jetzt schon in verschleierter Form praktiziert: Die U-Haft-Begründunglautet, daß bei ihm die Gefahr eines Wohnsitzwechsels bestünde, d.h. Ausübung eines Grundrechts (Art. 11 GG) ist Haftgrund.
Gegen die Abwehr der technokratischen Hochschulreform durch die politisch bewußten und aktiven Studenten greift der autoritäre Staat zu immer neuen "Rechts"maßnahmen. Relegation, Suspendierung des ASTA, Stipendienentzug, Verschärfung der Ordnungsstrafen vor Gericht etc.

An der Juristischen Fakultät haben die Professoren Lüderitz, Erler, Coing und Schiedermair Eingaben an das Kultusministerium gemacht, die für Disziplinarverfahren gegen die Studentenvertretung verwendet werden sollen. Assistent Stascheit soll evtl. entlassen werden, weil er den "Erler"-Einführungsarbeitskreis betreut.
Zivile Polizei bespitzelt auch in juristischen Vorlesungen unsere Kommilitonen

Zivile Polizei bespitzelt auch in juristischen Vorlesungen unsere Kommilitonen. Damit wird deutlich, daß Recht nicht mehr Schutz bedeutet, Verteilung und Ausgleich von Macht, sondern als reines Unterdrückungsinstrument gebraucht wird. Sinngemäß äußerte der Dekan Lüderitz, daß "Recht gleich Macht" ist. (Bendax: "Das Monopol der Gewalt befindet sich in Deutschland seit 500 Jahren beim Staate").
Carl Schmitt, der Cheftheoretiker des Faschismus, kommt wieder zur Geltung mit seiner zynischen Feststellung: "Legalität, das ist die vergiftete Waffe, die man dem politischen Gegner in den Rücken stößt: und Recht bedeutet die legale Prämie auf die faktische Innehabung von Macht".
Gegen eine Ausbildung, die solche Juristen produziert wie Lüderitz, Coing, Schiedermair etc., die Juristen ausbildet, die - wie schon einmal im Nationalsozialismus - willenloses Vollstreckerwerkzeug autoritärer Staatsapparate werden, gegen solche positivistische Ausbildung kämpfen WIR mit unserer inhaltlichen Studienreform.
Dazu finden ua. die Arbeitskreise statt: Autoritärer Staat und Staatsrecht, Soziologie der Kriminalität, Einführung in die Rechtswissenschaft.
Aber unser Kampf wird erfolglos sein, wenn wir nicht mit den Kommilitonen anderer Fakultäten über gemeinsame Kampfmaßnahmen beraten, mit denen wir die Repressionen von Staats- und Universitätsadministration abwenden können.
Kommt deshalb zum teach-in, heute Dienstag 4.2., 17 h Mensa.
Wir müssen dort diskutieren, wie Juristen die Justizkampagne vorantreiben können, wie wir von Kommilitonen anderer Fakultäten bei unserer inhaltlichen Studienreformarbeit unterstützt werden können (z. B. Soziologen und Philosophen), welche Erfahrungen andere Fachschaften mit bestimmten Kampfmaßnahmen gemacht haben.
z.B. mit dieser ganz konkreten:
"Schafft an der Juristischem Fakultät die Übungen ab".
Die Übungen haben keinerlei pädagogischen oder fachlichen Wert (von Professoren zugegeben). Sie zwingen uns blind, positivistisch Stoff zu reproduzieren. Sie rauben uns die wertvolle Zeit, eigene Arbeitskreise zu gründen.
Deshalb schlagen wir die Veröffentlichung von Hausarbeitsmusterlösungen vor.
Das Bemühen um die Umgestaltung unseres Studiums kann aber nicht zum Ziel führen, solange wir an einer "Polizeihochschule" studieren müssen. Eine Veränderung der Formen und der Inhalte können wir nicht herbeiführen, solange wir dabei von staatlichen und universitären Repressionen unmittelbar bedroht sind, solange die Verfolgung unserer Interessen kriminalisiert wird.
An der juristischen Fakultät wurde der massive Polizeieinsatz bisher nur angedroht -- bei den Soziologen wurde er schon vollzogen.
Darum müssen wir uns wehren, wenn auf univerisäter Ebene durch Disziplinarrecht, direkten Polizeieinsatz und Strafverfolgung der Angriff der Administration auf jede politische Begründung geführt wird - wenn im gesamtgesellschaftlichen Bereich die Disziplinierung und Zerschlagung jeder politischen Opposition gegen den bestehenden Herrschaftsapparat durch Notstandsgesetze und Vorbeugehaft herbeigeführt wird.
Deshalb: Kommt heute alle zum teach-in, 17 h Mensa.
Freiheit für Krahl
Gegen Disziplinarverfahren, gegen Notstandsverfassung und Vorbeugehaft, für die Selbstorganisation unseres Studiums

Flugblatt 4 BASISGRUPPE NATURWISSENSCHAFTEN

Am Freitagmorgen war das soziologische Seminar in der Myliusstraße ohne Begründung geschlossen worden. Als Studenten mittags im Institut für Sozialforschung im Plenum der Arbeitsgruppen über die Lage diskutierten, wurden die 76 Anwesenden ohne vorherige Warnung von der Polizei festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Später wurden alle bis auf den Kommilitonen H.J. Krahl, der in Untersuchungshaft genommen wurde, freigelassen.
Damit ist endlich das passiert, was Rüegg auf seinem Plakat angekündigt hat: Die Arbeitsgruppen wurden illegalisiert und von der Polizei zerschlagen. Die Professoren Friedeburg, Habermas und Adorno haben dafür die rechtliche Grundlage geschaffen.
Arbeitsgruppen haben sich für eine Neuordnung des Stiduiums im Sinne der Studenten als wirksamstes Mittel erwiesen. Das hat sich in der letzten Zeit auch in der naturwissenschaftlichen Fakultät ganz deutlich gezeigt. Deshalb müssen wir auf jeden Fall dafür sorgen, daß di Arbeitsgruppen nicht gefährdet werden. Das erreichen wir nur durch s o l i d a r i s c h e Kampfmaßnahmen gegen den Polizeiterror in der Universität. Diejenigen, die immer noch glauben, daß sie sich in ihre Laboratorien und Institute zurückziehen und den Dingen ihren Lauf lassen könnten, erweisen sich in dieser Situation als Komplicen der kleinen radikalen Minderheit von Kapitalisten, die auf jede Weise versucht, die Hochschulen ihren Interessen dienstbar zu machen. Euer Kampf gegen die Verschärfung der Leistungszwänge (Rahmenordnung) und die Reduzierung der Naturwissenschaften auf Technologie wird gefährdet durch diejenigen, die kritiklos die Wissenschaft an die Herrschenden verkaufen. Insbesondere sind Professoren wie Greiner (Theoretische Physik), der zwei Stunden vor der Festnahme der Soziologen in einer Vorlesung dem Fachidiotentum in den Naturwissenschaften das Wort redete, zu gefährlich, als daß man einfach hinnehmen könnte, wie sie die Wissenschaft kastrieren.
VERHINDERT DIE VORLESUNGEN DIESER LEUTE !! SIE MISSBRAUCHEN DIE FREIHEIT VON FORSCHUNG UND LEHRE !
Wenn Ihr Polizeispitzel in der Uni seht, dann macht sie unschädlich!
LEISTET WIDERSTAND GEGEN DIE AUSLIEFERUNG DER HOCHSCHULE AN DEN AUTORITÄREN STAAT !!!!
Dienstag 17 h Mensa Teach-in Informationszentrum im Asta

Flugblatt 5 WISO BASISGRUPPE

Entgegen der Aufforderung der WiSo-Studenten auf der letzten Vollversammlung haben Rüegg und Konsorten ihre kriminalisierenden Aufrufe nicht zurückgenommen, und sie hatten gute Gründe dafür:
Über "Vorlesungsstörungen" sind von Professoren und Dozenten Protokolle angefertigt worden, die als Unterlagen für Disziplinarmaßnahmen verwendet werden. Relegationen werden vorbereitet.
Am letzten Freitag wurde gegen die Selbstorganisation der Studenten in Arbeitsgruppen ein massiver Gegenschlag geführt. Diskussionen der Soziologen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in Verbindung mit praktisch-politischer Arbeit in den Räumen ihres Instituts wurden von Ordinarien der "kritischen" Soziologie als Vorbereitung illegaler Aktionen diffamiert und mit brutaler Polizeigewalt und einer Anklage auf Hausfriedensbruch beantwortet. Weiterführende Maßnahmen

der Polizei waren die vorübergehende Verhaftung und erkennungsdienstliche Behandlung aller Studenten. Hans-Jürgen Krahl wurde mit der fadenscheinigen Begründung der Verdunklungsgefahr in U-Haft genommen, was faktisch eine Vorwegnahme der Vorbeugehaft bedeutet, wie sie auch schon bei Heidelberger Kommilitonen praktiziert worden ist. In dieser Kollaboration wird die Funktion der Ordinarien als professorale Rollenträger des autoritären Staates offensichtlich. Die technokratische Hochschulreform, die der Staat als Exekutive des Großkapitals zur Entpolitisierung der Studenten betreibt, wird von einer Reihe von Maßnahmen begleitet, die die Bewegung der politisch bewußten Studenten zerschlagen soll, z.B. Stipendienentzug, Suspendierung des ASTA, Telefonüberwachung, polizeiliche Überwachung des Universitätsbetriebs, Relegation, Verschärfung der Ordnungsstrafen vor Gericht, Vorbeugehaft, Maßnahmen, die in ihrem administrativen, juristischen Charakter die politischen Absichten verschleiern. Sie sind Teil des gesamtgesellschaftlichen Formierungsprozesses, der im Unterschied zu Spanien der offenen faschistischen Gewaltanwendung nicht bedarf.
Dieser gefährlichen Tendenz kann nur durch den Widerstand der politisierten Studenten am Arbeitsplatz begegnet werden. Als erste Schritte der Selbstorganisation ~~xxxxxxxxxxxx~~ fordern wir:
Ausweitung der bestehenden und Neugründung von Arbeitsgruppen
Räumliche und technische Unterstützung der Arbeitsgruppen durch die Institute der Fakultät
Selbstbestimmung von Seminarveranstaltungen durch Studenten.
Bestehende Arbeitsgruppen: Marxistische Ökonomie, Politische Ökonomie der dritten Welt (Vietnam), Konsum-Gesellschaft, Wissenschaftstheorie, Hochschulpolitik (Alle Termine sind im ASTA zu erfahren).
Zur Beschließung direkter Aktionen fordern wir auf zur Teilnahme am Teach-in, Dienstag, 4.2.69, 17 Uhr Mensa.

Flugblatt 6 BASISGRUPPE AFE BASISGRUPPE AFE Flugblatt 6

P O L I Z E I T E R R O R

76 Studenten der J.W.Goethe-Universität, die zu einem Plenum zusammenkamen, sind vorübergehend festgenommen worden. Diskussionen über eine Neugestaltung des Studiums werden von Professoren, die Polizei zu Hilfe holen, verhindert. Wer in Veranstaltungen unangenehme Fragen stellt, kann als "Störer" verfolgt werden. (Schütte-Brief vom 15.1.).
Das bedeutet jetzt schon:
Polizeispitzel in den Veranstaltungen!
Polizei im Rektorat! Polizeistreifen um die Uni! Mannschaftswagen auch nachts um die Uni und bei den Studentenheimen! etc.
Aber nicht nur in der Universität versucht die Polizei, die Studenten einzuschüchtern. Man verfolgt sich auch dort, wo sie abends ihr Bier trinken und diskutieren. Am Donnerstag, dem 30.1.69 drangen Kripo und behelmte Polizei in den Club Voltaire. Politische Polizei hält sich in Studentenlokalen auf. Gruppen von Studenten werden in Streifenwagen verfolgt. Links aussehende Studenten wurden auf der Straße an die Wand gestellt und durchsucht. Wer seinen Ausweis vergessen hat, kann jederzeit festgenommen werden.
In der Schule lernen wir, daß Derartiges Kennzeichen eines totalitären Staates sei, denn diese Maßnahmen sind blanker Polizeiterror!
In dem Berief vom 15.1. an den Rektor fordert der Kultusminister, Repräsentatnt der fortschrittlichen Bildungspolitik Hessens, unmißverständlich zur Denunziation auf. Nicht nur der SDS, nicht nur die Soziologen sind betroffen, sondern alle Studenten dieser Universität werden bedroht.
Geht nicht in den Club Voltaire! Tragt keine Parkas und langen Haare!
Sprecht nicht mit euren Nachbarn; es könnte ein Denunziant sein!
Wehrt euch nicht gegen den Vietnamkrieg! Wehrt euch nicht gegen den

Geht nicht in den Club Voltaire! Tragt keine Parkas und langen Haare! Sprecht nicht mit eurem Nachbarn: es könnte ein Denunziant sein! Wehrt euch nicht gegen den Vietnamkrieg! Wehrt euch nicht gegen den Faschismus in Spanien, Griechenland, Persien! Strickt weiter Pullover, schließt die Augen, den Mund, die Ohren! Wollt Ihr, daß in der BRD Zustände herrschen wie in Spanien? Wollt Ihr einen Polizeistaat?

Wenn nicht, dann kämpft gegen die autoritäre Ordinarienuniversität! Sprengt den Rat! Schafft Öffentlichkeit für alle Gremien! Kommt massenhaft zum Teach-in am Dienstag, 17 Uhr Mensa!

Flugblatt 7 OHRFEIGT KIESINGER OHRFEIGT KIESINGER Flugblatt 7

HEUTE, am 3o. Januar ist der 36. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung.
HEUTE, am 3o. Januar, versammeln sich im Frankfurter Schauspielhaus um 2o Uhr die Spitzen von Politik und Wirtschaft: PG Kiesinger, vor 3o Jahren Propagandaexperte von Göbbels, heute erster deutscher Regierungschef, der nach Hitler mit dem Franco-Faschismus paktiert. Notstands-Benda, der die nationalsozialistische Tradition der Schutzhaft fortsetzt, SS-Mäzene Abs und Flick, heute großkapitalistische Finanziers der Notstandsgesetze gegen streikende Arbeiter.
HEUTE, am 3o. Januar, ist der 36. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung.
HEUTE, am 3o. Januar versammelt sich das bundesrepublikanische Establishment von Politik und Kapital zum Genuß von Mozarts Divertimento in B-Dur KV 287 im musikalischen Sportpalast Frankfurts.
HEUTE, da in Spanien Massen von Arbeitern und Studenten in die Gefängnisse geworfen und gefoltert werden, empfangen Brundert und seine Mannschaft die bundesrepublikanischen Verbündeten Franco-Spaniens aus der großen Koalition zum musischen Genuß.
Es ist eine unerträgliche Provokation, daß die Kiesinger, Benda & Co., die zum Pogrom gegen die revoltierenden Jungarbeiter, Schüler und Studenten aufhetzen, Versammlungsfreiheit in Frankfurt genießen sollen. Wir werden die bundesrepublikanischen Notstandsmasken gebührend empfangen.
OHRFEIGT KIESINGER!
Wir rufen auf zur Demonstration um 17.3o Uhr von der Kalr-Marx-Universität, vormals J.W.G.Uni zum Schauspielhaus.

B A T S C H !
OHRFEIGT KIESINGER TERRORISIERT DIE TERRORISTEN OHRFEIGT KIESINGER

Flugblatt 8: PROJEKTGRUPPE SOZIALISTISCHE KINDERKOLLEKTIVE

Obwohl die Zahl der Studierenden mit Kindern laufend zunimmt, bleiben die damit auftretenden Probleme noch immer der öffentlichen Diskussion entzogen. Wohnungsfrage, Unterbringung der Kinder, zusätzliche finanziele und zeitliche Belastung, müssen schlecht und recht von den vereinzelten Eltern selbst gelöst werden. Gerade zu einem Zeitpunkt, wo den Studierenden, durch ihre privilegierte Stellung an der Hochschule und durch die Sensibilisierung für autoritäre Strukturen in der antiautoritären Bewegung, die Einsicht in ihre erziehungsbedingten Deformationen ermöglicht wird, müssen sie ihre eigenen Kinder unter Bedin-

gungen erziehen, die notwendig autoritäre Strukturen reproduzieren. Die objektiven organisatorischen Zwänge (s.o.), die Isolierung der Frau in der Kleinfamilie, die Emanzipationsbestrebungen und Teilnahme am politischen Kampf verhindert und damit - besonders bei Studienabbruch - zu einer permanenten Frustration führt, haben ihre negativen Auswirkungen in der Erziehung. Die Aussichtslosigkeit, die Situation individuell zu verändern, macht das Kind, das unbewußt als Urheber derselben empfunden wird, zum Objekt der angestauten Aggressionen. Die daraus resultierenden Schuldgefühle der Eltern, ihre ambivalente und vom Kind als diffus empfundene Haltung ihm gegenüber, erzeugt Angst bei dem Kind und führt zu einer mangelhaften Identitätsbildung, die irrationale Sicherheitsbedürfnisse und Sehnsüchte schafft und es gesellschaftlich manipulierbar macht.
Der Ausweg aus der organisatorischen Misere: staatliche oder private Kindertagesstätten, ist keiner, da sie 1. oft zu teuer sind, 2. nur eine ungenügende Anzahl zur Verfügung steht (in Hessen 89.661 Kindergartenplätze für 428.919 Kinder) und diese, zum großen Teil überfüllt und personell unzureichend besetzt (z.T. 4o - 6o Kinder auf eine Erziehunsperson), nur ein Notersatz für die ebenfalls mangelhafte Familienfürsorge sind. Die Erziehung in den Kindergärten beschränkt sich häufig auf Überwachung und Drill, wobei die Bedürfnisse der Kinder weitgehend unberücksichtigt bleiben müssen.
Untersuchungen des Jugendamtes und des Gesundheitsamtes in Bielefeld haben ergeben, daß Schulanfänger, die einen Kindergarten besucht haben, häufiger unter nervösen Störungen leiden als Kinder, die direkt vom Elternhaus in die Schule kommen.
Wir werden nicht darauf warten, daß das System diese Probleme irgendwann auf seine Weise löst, d.h. die Technokratisierung der Produktion und der Ausbildung auf sämtliche Lebensbereiche überträgt, konkret: zu einer kollektiven Indoktriniserung der Kinder vom frühesten Alter an übergeht. Zu einem Zeitpunkt, wo die gesellschaftliche Repression ständig zunimmt, müssen wir Modelle von Gegeninstitutionen entwickeln, die die Vereinzelung der Individuen zumindest partiell aufheben und die Unveränderbarkeit des Bestehenden praktisch in Frage stellt.
Für die Kindererziehung heißt das: Selbsttätigkeit der Eltern!
In dieser Absicht haben Berliner Linke mit den sogenannten Kinderläden Praxismodelle enwickelt, die wir beispielhaft als Anstoß für unsere Aktivitäten nehmen: sie haben in Flugblattkampagnen auf den Kindergartennotstand aufmerksam gemacht, Arbeitskreise gebildet, in diex xxxxxxx laufend die praktische Erfahrung aus der Arbeit mit den Kindern eingebracht wurde, in denen sie neue Erziehungskriterien entwikkelten, sie haben leerstehende Räume, zumeist Läden, gemietet, Möbel und Spielzeug gesammelt und arbeitsteilig die Erziehungsaufxxxaufgaben in den Kinderläden übernommen.
Neben den "Vorteilen" dieser Kinderkollektive für die Eltern, die auf der Hand liegen, besteht hier die Möglichkeit, die Bedürfnisse der Kinder nicht nach denen der Eltern vorzustrukturieren, sondern ihnen im Kinderkollektiv freiere Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, was unter anderem erleichtert wird dadurch, daß die sexuellen Triebe auf Gleichaltrige gerichtet werden, und die Elternbindungen weniger zwanghaft und fixiert eingegangen werden.
ORGANISIERT UND ERARBEITET SELBSTTÄTIG DIE ANTIAUTORITÄRE ERZIEHUNG EURER KINDER !
Projektgruppe sozialistische Kinderkollektive

KINDERLADEN-INFO: BESTELLEN 0311 322764

B E R L I N : Demonstration am 15.2.69

Presseerklärung

Die Agenturen des internationalen Kapitals machen mobil. Sie verfügen: Terrorurteile und Folter in Persien und Griechenland, Ausnahmezustand in Spanien, Vorbeugehaft in der BRD und West-Berlin, an westdeutschen Universitäten herrschen spanische Zustände. Die Universitäten (Heidelberg, Frankfurt, west-Berlin, Hamburg) werden zu Polizeikasernen gemacht.
Arbeiter, Schüler und Studenten werden den Widerstand gemeinsam organisieren. Wir werden uns nicht länger vereinzelt in unseren Instituten, Schulen und Fabriken schlagen lassen. Wir werden gemeinsam am Samstag, dem 15.2.69, 14 Uhr (Treffpunkt Haupteingang TU) demonstrieren gegen Massenrelegationen, Vorbeugehaft und Polizeiterror an deutschen Universitäten und in Spanien, Griechenland und Persien.

1o.2.69 AStA-FU, AStA-TU, SDS, SHB

AStA-FU AStA-TU SDS SHB span., griech., türk. Gastarbeiter

D E M O N S T R A T I O N I

SCHLAGT DEN FASCHISTISCHEN POLIZEISTAAT, WO IHR IHN TREFFT !

Dienstag haben die Studenten in einem koordinierten Angriff die Bullen aus dem Henry-Ford-Bau gejagt. Ein Anfang ist gemacht. Dieser Erfolg aber darf uns nicht vergessen lassen, daß die Bullen auf dem Campus nur Figuren im Reformplanspiel des Senats sind, der seit der machtvollen Demonstration vom Mai 68 kein dringenderes Anliegen hatte, als die Studentenrebellion, die auf die Arbeiter und Lehrlinge überzugreifen drohte, auf Dahlem zu beschränken. Nach dem Willen des Senats sollte hier eine Spielwiese für Reformbasteleien entstehen; die Staatsgewalt wollte schon darauf achten, daß alles ihm Rahmen bleibt und sich nichts änderte. Hausordnung und die finanzielle Austrocknung des AStA sollten den harten Kern knacken, um das weiche Fruchtfleisch der arbeits- und reformwilligen Studenten in den Schoß der Ordinarienuniversität zurückfallen zu lassen. Der aktive Streik hat diese Hoffnungen des Senats zunichte gemacht. Doch selbst da, wo wir partiell erfolgreich gegen die spanischen Zustände an dieser Universität kämpfen, laufen wir Gefahr, im Institutschauvinismus zu verdämmern. Der Versuch, dem Druck des BDI zu willfahren und den Genossen Nirumand auszuweisen und die Verhängung des Ausnahmezustandes im Ursprungsland der spanischen Verhältnisse stellte für uns sinnfällig den Kontext der internationalen Strategie der Konterrevolution wieder her, in dem allein das, was uns hier widerfährt, angemessen gewürdigt und beantwortet werden kann.
Kleine Gruppen von Studenten, die einen ersten Ausfallversuch aus der belagerten FU in Richtung "Gründe Woche" machten, erfuhren, daß sich dort dieser Kontext materialisiert; sie erfuhren, daß der Berliner Poliezeisenat den faschistischen Polizeistaaten Griechenland, Persien und Spanien sich als ebenbürtig erweist: einzelne Kommilitonen und Gastarbeiter wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit und unter geflissentlichem Wegsehen der Presse krankenhausreif geschlagen. Der

Westberliner Senat hat wieder einmal die Gastfreundschaft als Vorwand genommen, die Repräsentanten faschistischer Militärdiktaturen zu ehren und zu schützen. Unter Verzicht auf formaledemokratische Gepflogenheiten hat der Westberliner Senat sich in die Strategie der internationalen Konterrevolution eingereiht. Während in Bonn noch die Vorbeugehaft beraten wird, läßt der Senat sie hier bereits praktizieren.

In einer massenhaften Demonstration von der TU zur "Grünen Woche", dem Stelldichein des Westberliner und anderer faschistischer Polizeistaaten werden wir dem Senat zu zeigen haben, daß wir uns weder in harten und weichen Kern auseinanderdividieren, noch auf die Universität zurückdrängen lassen. Nach dem Abschluß der Kundgebung vor den Messehallen werden wir massenhaft der "Grünen Woche" einen Besuch abstatten. Die spanischen, griechischen, türkischen Gastarbeiter rechnen auf unsere Solidarität. Wie der Rausschmiß der Bullen aus dem Henry-Ford-Bau gezeigt hat, können wir nur dann Erfolge verbuchen, wenn wir massenhaft auftreten.

D E M O N S T R A T I O N II

WO STEHEN WIR ?

Seit der Kampagne gegen die NS-Gesetzgebung begriffen die Studenten, daß der Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft nur erfolgreich geführt werden kann, wenn sie die Bastion der Bourgeoisie, die Universität und die bürgerliche Wissenschaft zu überwinden versuchten. Seit dieser Zeit versuchen die Studenten, in verschiedenen Fakultäten Instituten und Abteilungen mit wechselndem Erfolg eine revolutionäre Wissenschaft zu entwickeln und durchzusetzen. Ausgehend von den spezifischen Bereichen der Wissenschaft wurde und wird der Kampf partikular geführt; dort, wo der Kampf sich am erfolgreichsten entwickelte, führte er unweigerlich zum offenen Konflikt mit der herrschenden Wissenschaft und ihren Verwaltern; dort sieht sich die Studentenschaft zu allererst dem gesamten Herrschaftsapparat der Bourgeoisie konfrontiert: die bürgerliche Wissenschaft bringt sich durch ihren Polizeischutz auf den Begriff. Die massiven Polizeieinsätze der letzten Tage ist deutliches Anzeichen dafür, daß der Revolutionierungsprozeß der Wissenschaft an vielen entscheidenden Stellen gelingt und damit die Funktionstüchtigkeit der Universität im Sinne des Kapitals tendenziell aufhebt. Aber nicht nur den ordnungsgemäßen Betrieb von Forschung und Lehre sieht die Bourgeoisie bedroht: seit den Mai-Ereignissen in Frankreich weiß auch das westdeutsche Kapital, daß ein permanenter sozialer Unruheherd in der Gesellschaft die Gefahr in sich birgt, auf andere krisengefährdete Bereiche der Gesellschaft überzugreifen. Befördert auch die Unruhe an den Universitäten nicht unmittelbar den Klassenkampf der westdeutschen Arbeiter, so stellte die bloße Rebellion gegen das Herrschaftsgetriebe des Kapi alismus der Arbeiterklasse langfristig eine historische Erfahrung zur Verfügung: daß Unterdrückung nicht passiv hingenommen wird! So muß der Regierende Schütz bereits beim Anzeichen geringer Unzufriedenheit zur AEG-Turbine eilen und die Berliner antikommunistische Volksgemeinschaft beschwören!

DIE NATIONALE KONTERREVOLUTION MACHT MOBIL.

Nicht nur der Berliner Senat, auch die westdeutsche Regierung zeigt sich von Panik ergriffen:

1. Die Einsetzung des Koordinierungsausschusses von Bundesregierung und Länderregierungen, bestehend aus Kiesinger, Benda, Schmidt, Kühn, Filbinger, Neubauer, Huber und Konsorten soll der studentischen Widerstandsbewegung ein schnelles Ende bereiten.
2. Die Studentenprozesse genügen nicht: Der Entwurf der Vorbeugehaft soll die Effizienz der Justizmaschine erhöhen. Zu den Wilhelminischen Rechtsnormen müssen die faschistischen treten. Im Falle Krahl werden sie bereits praktiziert!
3. Der massive Einsatz der Polizeitruppen überall in Westdeutschland und West-Berlin zum Schutz der Ordinarienherrschaft, zum Schutz der technokratischen Reformbestrebungen zeigt, welche Absichten sich allzeit hinter den Reformvorschlägen verborgen hielten.
4. Pressionen gegen einzelne Studenten reichen nicht aus: zu den vereinzelten Relegationen tritt die Drohung der Massenrelegation als Mittel, den "harten Kern" zu liquidieren.

DIE INTERNATIONALE KONTERREVOLUTION IN DEN METROPOLEN FORMIERT SICH

Die Bourgeoisien von England, Frankreich, Spanien und der Bundesrepublik haben sich verabredet zur Niederschlagung ihrer jeweiligen studentischen Bewegung. Das Rezept ist überall das gleiche: mit technokratischer Hochschulreform soll der eine Teil der Studenten abgespeist werden (Plan Fouchet, Plan Dahrendorf), mit disziplinarischen und terroristischen Mitteln der andere - spanische Zustände überall. In Westdeutschland unterstützt die Springer-Presse die Aktion der Labour-Regierung gegen die Studenten der LSE, in England hetzten die Massenblätter gegen die französischen und westdeutschen Studenten. Koordiniert verläuft seit kurzer Zeit auch die Ausweisungstaktik der Polizeiapparate: Nirumand und Salvatore sollen aus der BRD abgeschoben werden, Rudi Dutschke wurde zeitweilig aus England ausgewiesen, Cohn-Bendit aus Frankreich, Genosse Peter Schneider aus Italien.

WOHIN GEHEN WIR ?

In dieser Situation erschien es zunächst sinnvoll, die internationale Konterrevolution bei ihrem Stelldichein im Bordell unterm Funkturm anzugreifen. Die Erfahrungen vieler Genossen, die am letzten Freitag und Sonntag gegen den griechischen, persischen, spanischen und türkischen Faschismus demonstrierten (Sprechchöre), haben aber bereits zur Genüge dargestellt, daß die Berliner Polizei durch brutale Mißhandlungen einzelner Studenten sich die Methoden dieser faschistischen Regime selbst zu eigen macht. In den Hallen können sich die Studenten nicht entfalten, außerhalb werden sie auf dem Weg zum LKW zusammengeschlagen, da weitere Aktionen gegen die Grüne Woche den Senat nur kurzfristig treffen, langfristig unsere Bewegung aber nicht stabilisieren, erweist sich folgende Strategie als notwendig:

1. in den verschiedenartigen Aktionen den gemeinsamen Hintergrund und das gemeinsame Ziel wiederzuerkennen
2. Kritik und Selbstkritik auf die Aktionen seit dem Sommersemester anzuwenden und die Perspektiven für die nächsten Monate aufzuzeigen
3. Der geschlossenen Front der Konterrevolutionäre eine ebenso geschlossene Front massenhafter Solidarität entgegenzustellen.

Wir müssen begreifen:

Unterschiedliche Angriffe der Konterrevolution machen unterschiedliche Gegenangriffe notwendig. Wenn der Feind meint, uns getrennt schlagen zu können, müssen wir ihm beweisen, daß wir eine geschlossene Front bilden können. Auch seinbar überholte Kampfformen können

wieder neue Qualität gewinnen. Eine Demonstration unserer Stärke ist zwingend notwendig.

MASSENHAFTE UND FRIEDLICHE SOLIDARITÄTSDEMONSTRATION AM SAMSTAG

D E M O N S T R A T I O N III

Anfang Januar brach der rollende Streik über die FU herein. Als Antwort auf die Hausordnung haben wir weite Bereiche dieser bürgerlichen Ideologiefabrik funktionsunfähig gemacht. Was haben wir damit erreicht? Was hat uns der Streik gelehrt? Entgegen den Erwartungen, unter denen wir den Streik begonnen haben, sind bisher weder Hausordnung noch Relegationen aufgehoben worden. Dies belehrt uns weniger über den Mißerfolg als über die Falschheit der Prämissen, unter denen wir den Streik begonnen haben. - Sollte der Streik zunächst in strenger Analogie zum Streik in der Produktionssphäre ein Verhandlungsangebot der Universitätsadministration auf den Tisch zwingen, sol verwandelte sich der Streik unter unseren Händen in ein politisches Kampfmittel gegen das Kapital und die ihm zugeordnete Staatsbürokratie. Hausordnung und Relegation sind nicht nur Zaubermittel, mit denen hilflos-tatterige Ordinarien ihre Pfründen absichern wollen: sie gehören zum Instrumentarium einer technokratischen Studienreform, die das Kapital durchpeitschen muß, um seine Überlebenschancen zu erhöhen. Seit das Kapital nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode von der extensiven zur intensiven Ausbeutung des Menschenpotentials übergehen mußte, war es notwendig darauf angewiesen, seine Universitäten auf zack zu bringen. Die technokratische Studienreform hat zwei Aufgaben zu erfüllen: 1. Den Ausstoß an fungiblen Typen zu maximieren, 2. jene Bereiche der Universität zu befrieden, in denen ein kritisches Potential die Lustorte der bürgerlichen Ideologie und luxurierenden Wissenschaft verdrängte und zu einem ständigen Unruheherd mit expansiver Tendenz werden ließ. Während des Streiks verwandelte sich unsere gerechte Empörung, zu der uns unsere bürgerliche Kinderstube besonders disponiert hat, in sozialistische Strategie. Dadurch, daß wir dem Senat demonstrieren, daß der Preis für die Hausordnung eine funktionsunfähige Universität ist, zeigen wir, daß der technokratische Formierungsprozeß gegen den Willen der Studenten nicht durchführbar ist. Es ist aber nicht genug, die Universität dem Kapital aus der Hand zu schlagen, wir müssen sie selbst in die Hand nehmen. Die heutige Vollversammlung soll dazu dienen, die organisatorischen und praktischen Erfahrungen des aktiven Streiks zu diskutieren und den Kampf für das Sommersemester vorzubereiten. Vor Weihnachten haben uns die Romanistik-Studenten exemplarisch gezeigt, daß das emanzipatorische Interesse, das sie in einem Methodenseminar artikulierten, die Ordinarien bereits veranlaßte, Terror zu schreien. An diese Erfahrungen anknüpfend, werden wir die Lehrveranstaltungen, die Ordinarienhirne ausgeheckt haben, im Sommersemester 69 massenhaft umfunktionalisieren, um in den universitären Lehr- und Lernveranstaltungen unseren sozialistischen Kampf vorzubereiten. Die Zusammenarbeit der aktiven Streikkader im Koordinierungsgremium des Streikrats wird uns instand setzen, auch in Zukunft einzelne Initiativen im Zusammenhang der Gesamtstrategie von ad-hoc- und Basisgruppen zu diskutieren und zu verwirklichen. Der Streik hat somit eine politische Dimension in unseren Kampf getragen, die wir zunächst noch garnicht begriffen hatten. Notstandsgesetze, Vorbeugehaft, die Ausweisung von Genossen aus den kapitali-

stischen Ländern Westeuropas, Ausnahemzustand in Spanien und Griechenland haben uns den notwendigen Kontext geliefert, der uns technokratische Studienreform als ein Element im Formierungsinstrumentarium des internationalen Kapitals verstehen läßt. Unsere zukünftige Strategie wird diesen Gegner zu berücksichtigen haben. Sie kann sich nicht mehr auf Figuren wie Harndt, Lieber, Baader, Kaiser, Schütz etc. und andere Handlanger des Kapitals beziehen. Zusammen mit türkischen, spanischen, persischen und griechischen Genossen bereiten wir für den kommenden Mittwoch in der FU und für den kommenden Freitag in der TU Diskussionveranstaltungen vor, in denen wir die Strategie der internationalen Konterrevolution und die der internationalen Opposition diskutieren und weiter treiben wollen. Um diese notwendige Diskussion nicht zu verkürzen und die Erfahrungen des letzten Semesters auf den Begriff zu bringen, wurde die Demonstration gegen spanische Zustände um acht Tage auf Sonnabend, den 15.2.69, 14 Uhr verschoben - ab Olivaier Platz vorbei an den Konsulaten faschistischer Militärdiktaturen zur Festung des spanischen BRD-Bundesgenossen.
Der Besuch der Charaktermaske des US-Imperialismus Nixon, die Kür eines neuen Bundes-Opas in der "Reichshauptstadt" werden weitere Etappen sein, an denen wir die Machenschaften des westdeutschen und internationalen Kapitals plausibel machen können und zu zeigen haben werden, daß wir während der Semesterferien keinen Rückzug hinter die Laufgitter unserer bürgerlichen Kinderstuben antreten.

Die beiden folgenden Flugblätter gehören zeitlich vor den Demonstrationskomplex. Irgendjemand, im Zweifelsfall der Schreiber dieses, hat da nicht aufgepaßt.

"Hohe spanische Polizei- und Abwehroffiziere besuchen auf Einladung ihrer amerikanischen Kollegen regelmäßig die Vereinigten Staaten"
New York Times

"Spanien hat bei ganz anderen Verhältnissen das Glück gehabt, einer ruhigen, demokratischen Entwicklung entgegengeführt zu werden."
Paul Lücke, Bundesinnenminister a.D.

3.21969

HEUTE 2ø.oo c.t. AUDI-MAX TU TEACH IN
SPANIEN GRIECHENLAND PERSIEN

Auf der grünen Polizeiwoche in West-Berlin: Bordell des Imperialismus

Kommilitoninnen und Kommilitonen!

In den letzten 14 Tagen haben wir am eigenen Leibe erfahren, daß der Berliner Senat seine Polizei-Armada vor den Konsulatsgebäuden und Ausstellungsständen faschistischer Militärdiktaturen ebenso paradieren und zuschlagen läßt wie vor dem Museum der bürgerlichen Wissenschaft in Dahlem. Mit seinen spanischen, griechischen, persischen u.a. Grünewochen-Gästen, mit der Ankündigung, unserem persischen Genossen Nirumand den weiteren Au enthalt in West-Berlin zu verweigern, hat der Senat seine FU-Truppenschau in den für uns alle anschaulichen internationalen Kontext gestellt. Während Neubauer und andere Innenminister-Kollegen sich mit Kiesinger noch über die Koordinierung bundesrepublikanischer Disziplinierungs- und Unterdrückungsmaßnahmen (Vorbeugehaft, Stipendienentzug, technokratische Hochschulreform) absprechen müssen,

hat das internationale Kapital seine Putsch-Planungen längst konzentiert, in die Safes der NATO-Hauptquartiere und CIA-Nester eingelagert und in der Praxis erprobt, wie das griechische und persische Beispiel zeigen.
Angesichts der Komplizenschaft von Berliner Senat und profitträchtigen Militärdiktaturen werden wir uns nicht wie Sickert mit scheinradikalem Schmollmund in die Ecke stellen, sondern systematische Ausfälle aus der belagerten FU in Richtung Grüne Woche unternehmen, um uns an Ort und Stelle von diesem Tatbestand zu überzeugen und Teilen der Berliner Bevölkerung plausibel zu machen, daß "ihre" Grüne Woche nichts anderes darstellt, als die polizeilich geschützte Konsumeinübung des internationalen Kapitals. (Auf den Stand der südafrikanischen Union und die mit der Landesbezeichnung "Honduras" kaschierte Präsenz der US-amerikanischen United Fruit Company - Chiquita-Bananen - sei hier nur am Rande verwiesen).
Das teach-in im Audi-Max der TU soll nicht nur dazu dienen, uns über den internationalen Zusammenhang der FU-Relegationen aufzuklären, sondern auch erste organisatorische Schritte zu skizzieren, die unseren Widerstand gegen die herrschende Ordnung auf die Operationsebene der supra-nationalen Konterrevolution heben. Zu dem Zeitpunkt, da die ministeriellen Handlanger des persischen und BRD-Kapitals die erfolgreiche Solidarität des antiautoritären Lagers in West-Berlin mit der persischen Oppositionsbewegung auf dem Altar ihrer Profitinteressen verräuchern wollen, haben wir uns zu fragen, wie wir die Erfahrungen dieser Zusammenarbeit mit den persischen Genossen für die praktische Solidarität mit der antifaschistischen Opposition spanischer und griechischer Arbeiter, Studenten und Gastarbeiter nutzen können und welche Aktionen wir noch vor Semesterende unternehmen müssen, um dieser Solidarität konkreten Ausdruck zu verleihen.

AStA-FU, Studentenvertretung TUx, SDS, ad-hock-Gruppe Grüne Woche

---

4.2.69 AStA-FU REVOLUTION IN AFRIKA

Seit 8 Jahren kämpfen die Völker Angolas, Guineas (B) und Mozambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus. Portugal, selbst ein unterentwickeltes Land und Halbkolonie der westlichen Monopole, kann seine Kolonialherrschaft nur mit wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung seiner konterrevolutionären NATO-Partner behaupten.
Die Bundesrepublik, Partner der Diktaturen in Spanien, Persien und Griechenland, läßt auch den portugiesischen Kolonialismus nicht verkommen.
"Die Bundesrepublik hat auch südlich des Sambesi berechtigte Wirtschaftsinteressen. Vorwürfe dagegen muß die Bundesrepublik als Industrie- und Exportland eben einstecken" -- kommentierte Willy Brandt (siehe FAZ 3.4.68).
Zur Durchsetzung dieser Interessen lieferte die Bundesrepublik an Portugal:
16 Aufklärungsflugzeuge Typ Dornier 21
4o Düsenjäger Typ FIAT G 91 (incl. techn. Personal)
6o Sabre-Jets F 86 (gegen den Protest der kanadischen Regierung)
1 Munitionsfabrik
Minen für 1 Mio DM
gepanzerte Mercedes-Benz-Lastwagen
1o ooo israelische Maschinenpistolen

Lissabon honorierte diese Leistungen mit Vorzugskonzessionen für bundesrepublikanische Monopole.
Schürfrechte für Krupp in den Eisenerzlagern von Cassinga (Angola) - jährliche Förderung 5 Mio Tonnen.
Bauaufträge an Siemens, AEG, BBC, Voith, HOCHTIEF für das Großstau-

Lissabon honorierte diese Leistungen mit Vorzugskonzessionen für bundesrepublikanische Monopole.
Schürfrechte für Krupp in den Eisenerzlagern von Cassinga (Angola) - jährliche Förderung 5 Mio Tonnen.
Bauaufträge an Siemens, AEG, BBC, Voith, HOCHTIEF für das Großstaudammprojekt Cabora Bassa (Mozambique) - deutscher Lieferanteil für erste Baustufe: 250 Mio DM.
Aufträge und Lizenzen für BRD-Großunternehmen, die ihre Investitionen in Portugal allein von 1966 bis 1967 verdoppeln konnten.
Gegen dieses Komplott führen die Befreiungsbewegungen in:
Angola - MPLA
Guinea (B) - PAIGC
Mozambique - FRELIMO
den revolutionären Volkskrieg.
Trotz Steigerung des portugiesischen Kriegsetats auf 45 % der Staatsausgaben, trotz Unterstützung durch seine NATO-Verbündeten hat Protugal den Sieg der revolutionären Befreiungsfronten nicht aufhalten können.
Angolas MPLA kämpft in 8 von 15 Provinzen und hat etwa 1/3 des Landes befreit. Guineas PAIGC hat den portugiesischen Machtbereich auf isolierte Städte und Militärstützpunkte verringert. Mozambiques FRELIMO kontrolliert 1/5 des Landes und eröffente den Kampf in der strategisch entscheidenden TeT -Provinz, wo der Cabora-Bassa-Staudamm entsteht.

Die politischen Machthaber in der BRD haben eingesehen, daß unser Kampf zum politischen Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus geworden ist.
In der militärischen Unterstützung des portugiesischen Kolonialkrieges tritt der aggressive Charakter der westdeutschen Politik am deutlichsten zutage.
Wir müssen der brüchigen Internationale der Monopole die solidarische Internationale der Revolution entgegensetzen.

Projektgruppe Afrika im SDS (INFI)

==========

B E R L I N : AUS DEN INSTITUTEN AN DER F U

==========

Die VV der Soziologie-Studenten vom 31.1.69 beschließt folgende Resolution:
1. Die Streikforderungen der Studentenschaft der FU: Abschaffung der Inquisitions (Haus-)Ordnung, Aussetzung der laufenden Ordnungsverfahren, Rücknahme der ausgesprochenen Relegationen sind nicht erfüllt worden. Der Streik wird deshalb solange (zunächst bis zum Ende des Semesters) fortgesetzt, bis unsere Forderungen erfüllt werden.
2. Der Aufforderung an die Ordinarien und die Assistentenschaft, sich kollektiv zu den ausgeführten und anstehenden Ordnun sverfahren zu äußeren, sind die Ordinarien nicht nachgekommen. Wir fordern die Ordinarien auf, sich bis zum Ende des Semsters inhaltlich an die Resolution der Assistenten anzuschließen, da sonst die "ordnungsgemäße" Aufnahme des Sommersemesters nicht gewährleistet ist und wir nicht bereit sind, eine neue Satzung mit einer Gruppe zu praktizieren, die zu für die Studentenschaft so essentiellen politischen Fragen schweigt und direkt mit den Herrschenden kollaboriert.

3. Politisch völlig unverständlich bleibt uns die Unterschrift von Herrn Claessens unter die Erklärung der WiSo-Deozenten. Wenn unsere Dozenten zu Denunzianten und Uni-Polizisten werden, ist keinem Studenten die Zusammenarbeit mit ihnen mehr zuzumuten. Wir werden daher die Veranstaltungen von Herrn Claessens im SS bis zur Änderung seiner Haltung boykottieren.
4. Da Herr Lieber nach eigener Aussage 2 Studenten des Phil.Seminars denunziert hat, werden wir dafür sorgen, daß Herr Lieber im SS keine Veranstaltung durchführen kann.
5. Die VV erklärt sich solidarisch mit ihrem Kommilitonen Rolf Schwiedrzik, der sich im November 67 gegen die Senatsjustiz, die Fritz Teufel nachweislich unrechtmäßig eingesperrt hatte, zur wehr setzte. Seine Verurteilung durch dieselbe Justiz macht uns nunmehr klarer, daß unser Handeln richtig ist.
6. Die VV der Soziologen schließt sich darüberhinaus der Resolution der Streikvollversammlung aller Fakultäten vom 30.1.69 an und verpflichtet sich, für ihre Durchsetzung geeignete gesamtuniversitäre und institutsspezifische Schritte zu unternehmen.

ad-hoc-Gruppe Soziologie

WISO VOLLVERSAMMLUNG

Wir dürfen uns nicht an Phrasen gewöhnen. Wenn wir sagen: Die Relegationsmaschinerie läuft, so ist dies nicht einfach ein Ausdruck aus irgendeiner Agitprop-Sprache:
Die Relegationsmaschinerie läuft.
Herr Blaesing verschickt seit Ende vergangener Woche maschinell vervielfältigte Briefe mit der Einleitung von Verfahren: an alle jene, die sich an der Jur Fak mit den drei betroffenen Studentenvertretern solidarisiert hatten, anm alle jene, die durch Selbstbezichtigungen gezeigt haben, daß sie den Beschluß der Jur-Fak-Vollversammlung vom 9. Januar, nach dem die Studenten die gegen die gewählten Vertreter eingeleiteten Verfahren als gegen sich selbst eingeleitet betrachten, ernst genommen haben.
Während die Unhaltbarkeit des Verfahrens mittlerweile sogar von konservativen Juristen bestätigt wird, hat Herr Blaesing offenbar die Absicht, beiläufig einige hundert Studenten zu relegieren, und dann noch einige tausend. Mittlerweile wird dies sogar einigen Herren der in dieser Stadt herrschenden Partei unheimlich, möglicherweise wird sogar einer von ihnen auf unsere Vollversammlung am Dienstag, den 4.2.69 kommen und uns erklären, wie er aus diesem Schlamassel herauszukommen gedenkt. Warten wir ab.
Was haben aber bisher unsere Dozenten getan? In einer Erklärung vom 28.1. haben sie eine Stellungnahme abgegeben: Das in großer Auflage verbreitete Flugblatt ist ein kaum mehr zu übe treffendes Beispiel an Desinformiertheit, Naivität und gefährlichem Vorbeisehen an den Fakten oder Bösiwlligkeit.
Nicht ein einziges Wort wird verloren über die Bedenken gegen die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens, nicht ein einziges Wort über die damit versuchte politische Disziplinierung, nicht ein einziges Wort über die von der Vollversammlung verschiedentlich geforderte Hausordnung auf der Grundlage des VDS/AStA-Entwurfs.
Stattdessen: ein Blumenstrauß vollkommen unhaltbarer Vorwürfe gegen die Studentenvertretung, die die Beschlüsse der letzten Vollversammlung an die Dozenten weitergab, unhaltbar, wie sich jedermann anhand

der im Fakultätsgebäude ausgehängten Kopien überzeugen kann; denn
- der Brief enthalt keine über die Vollversammlungsbeschlüsse hinausgehenden Punkte der von den Dozenten geforderten Erklärung, nicht hat also der Sprecher versucht, den Inhalt der Erklärung vorzuschreiben, er hat vielmehr den Willen der Vollversammlung übermittelt.
- niemand hat mit dem Abbruch der Studienreformbemühungen "gedroht". Auf jeder Vollversammlung und in jedem Streik-info konnte man sich davon überzeugen, daß wir die ja schließlich von den Studenten, keineswegs aber von den "bedrohten" Ordinarien initiierten Studienreformbemühungen auf jeden Fall fortsetzen werden, weil wir sicher sein können, durch unseren Streik diese Hausordnung aus der Welt schaffen zu können und dadurch unseren Studienreformbemühungen ihren Sinn, nämlich die Befreiung von unsinnigen Zwängen, erhalten zu können. Die Bezeichnung "drohen" ist gerade deswegen so grotesk, weil die meisten Ordinarien bisher unsere Reformbemühungen als Bedrohung aufgefaßt und danach gehandelt haben, indem sie sich nicht einmal der Diskussion stellten.
- Der ~~Exx~~ Brief"befristet" in keiner Weise "die Zeit für die Abgabe der Solidaritätserklärung" in ultimativer Form". Wiewohl ein solches Ultimatum möglicherweise legitim gewesen wäre, enthält er lediglich die dringende Bitte an die Dozenten, sich rechtzeitig vor der nächsten Vollversammlung zu erklären, damit wir dann wissen, ob wir unseren Kampf mit oder ohne die Lehrenden führen müssen, ob die Universität wie in den dreißiger Jahren wieder die Augen vor der Entwicklung hin zum Unrechtsstaat verschließt, ob unsere Dozenten gewillt sind, sich eines Mittels zu bedienen, von dem sie genau wissen, daß es mit der von ihnen immer so liebevoll apostrophierten "freiheitlich-demokratischen Grundordnung' unvereinbar ist.

Alsdann kommen unsere ach so rechtsstaatlichen Dozenten, die beim Anblick von einigen (sicherlich unsinnigerweise) zerschlagenen Fensterscheiben gleich den Bestand unserer abendländischen Rechtsordnung gefährdet sehen, mit einer Direktheit zur Sache, die uns nur noch Schaudern machen kann; dort nämlich, wo sie die Delikte aufzählen, die die neue Hausordnung regeln soll: Sachbeschädigung, Diebstahl, Beleidigung, Nötigung, Körperverletzung... Sicherlich ist es ihnen garnicht aufgefallen, woher diese Vokabeln stammen: aus dem Strafgesetzbuch, wo für alle diese Delikte auch die zugehörigen Strafen aufgeführt werden; unseren Dozenten aber genügt das StGB selbst in seiner heute Studenten gegenüber extensiven Auslegung nicht oder die Strafverfahren sind ihnen zu umständlich (mit Verteidiger, StPO, Zeugenvernehmung, Berufungsinstanz und so) oder einfach zu lasch.

Dann aber sollen sie bitte auch das ewige Gerede vom Rechtsstaat unterlassen, und klar sagen, daß sie für Schnellgerichte, Abschaffung einiger verfassungsmäßiger Grundrechte und dergleichen sind, sich aber nicht hinter dieser Hausordnung verstecken, wobei sie offenbar gegen besseres Wissen behaupten, wir wollten gar keine Hausordnung und übersehen, daß wir uns nur gegen diese Hausordnung wenden.

Sollten die Dozenten auch nach den Urteilen gegen die Philosophie-Studenten, denen nicht einmal mehr Teilnahme an den "Störaktionen" vorgeworfen wird, immer noch dieser Meinung sein, dann allerdings geht die permanente Bedrohung nicht nur vom politischen und adademischen Senat und ihrem Büttel Blaesing aus, dann allerdings bedrohen uns auch unsere Dozenten - vorläufig nur uns, und erkennen nicht, daß sich derartige politische Disziplinierung schnell gegen sie selbst wenden kann. Es steht zu hoffen, daß unsere Dozenten dazu nochmals Stellung nehmen werden, auf der WiSo-Vollversammlung, Di, 4.2.69, 14.oo Hs.1o1.

B E R L I N : INFI-GRUPPE LATEINAMERIKA

Kampagne: ZERSCHLAGT DIE ENTWICKLUNGSHILFE

Aus der Kritik an bisherigen willkürlich gesetzten Lehrinhalten und autoritär bestimmten Lehrformen sind im OSI eine Reihe von Arbeitsgruppen entstanden.
Die Reaktion auf den etablierten Lehrbetrieb war seine Änderung gemäß dem, was die Studenten als ihre eigenen Bedürfnisse verstanden. Daraus folgte eine weitgehend praxislose Theorie. Um aber Theorie in Praxis einmünden zu lassen, muß an die Stelle von eigenen Bedürfnissen eine politische Perspektive als bestimmendes Element der theoretischen Arbeit treten. Denn die politische Perspektive ist nichts als die kollektiv begriffenen synthetisch diskutierten individuellen Bedürfnisse.

Wir lehnen also nicht Theorie ab, sondern fordern praxisbestimmte Theorie.
Der Studienablauf am OSI erweist: Alles darf diskutiert werden, auch sozialistische Theorien, solange sie folgenlos bleiben, solange die Theorie nicht in die Praxis umschlägt.
Am OSI arbeiten seit längerer Zeit zwei Imperialismus-Gruppen. Die eine versucht, eine Analyse der Motivationen des Imperialismus (Widersprüche in und zwischen den imperialistischen Mächten) anzufertigen. Die andere beschäftigt sich mit Fallstudien (Indien und Mexiko) die die Konzeption eines "Dritten Weges" ideologiekritisch analysieren soll.
Diese Arbeit kann in dieser Form nicht weitergeführt werden.
Die gegenwärtig betriebene praxisfremde Theorie wird möglich durch das Mißverständnis, in den Metropolen sei der anti-imperialistische Kampf nicht zu führen. Unsere Aufgabe ist es nicht, eine Imperialismustheorie "an sich" zu entwerfen, sondern eine Theorie, deren Praxis der Angriff auf den Imperialismus in den Metropolen ist. In der BRD und Westberlin kann anti-imperialistischer Kampf geführt werden durch Entlarvung und Behinderung der westdeutschen Beteiligung an Ausbeutung und Unterdrückung der unterentwickelt gehaltenen Länder - durch die Kampagne ZERSCHLAGT DIE ENTWICKLUNGSHILFE.
Die Kampagne richtet sich gegen Universitätsinstitute, private Stiftungen, Kirchen, Konzerne, die Administration etc. Primäre Zielgruppen der Agitation sind die Werkzeuge solcher Institutionen, d.h. a. vom Entwicklungshelfergesetz betroffene Schüler, Lehrlinge, und Studenten, b. auf Jobs im Entwicklungsinstitutionen Hoffende. Der Widerspruch zwischen "Verweigerung" und "Weg in die Institutionen", der sich den Agitierten stellt, läßt sich nur im langfristigen Verlauf der Kampagne und nur kollektiv lösen.
Ferner kann die Kampagne unter der Parole "Mißbrauch der Wissenschaft" auf die gesamte Universität ausgedehnt werden. Durch Anprangerung der konterrevolutionären Tätigkeit einzelner Professoren und ganzer Institute wird die Abhängigkeit der Universität vom Verwertungszwang des Kapitals gzezeigt und werden die aktuellen Universitätskonflikte in einen Argumentationszusammenhang mit der Ausbeutung der unterentwickelten Länder gebracht. Die Diskussion mit den Basisgruppen wird ergeben, ob die Kampagne über die oben angegebenen Zielgruppen hinaus auf Lohnabhängige auszudehenen ist.
Weitere Konsequenz wird sein, durch direkte Aktion die konterrevolutionäre Tätigkeit - besonders an Uni-Instituten - materiell zu sabotieren.

B E R L INN : STREIKRAT DES OEI AN DER FU; SLAVISCHES SEMINAR

Einrichtung eines studentischen Sektors im Slavischen Seminar für das Sommersemester 1969

Von seiten der Professoren und Dozenten ist in letzter Zeit wiederholt der Vorwurf gegen uns erhoben worden, wir meinsten es nicht ernst mit der Studienreform, bzw. das Gerede von Reformen diene den Studenten nur als Vorwand, um die Revolutionierung der Gesellschaft voranzutreiben, d.h. in der Sprache der Ordinarien, Unruhe zu stiften. Um den Ordinarien klarzumachen, daß Veränderung der Universität und Veränderung der Gesellschaft für uns keine einander ausschließenden Alternativen sind, sondern daß eins ohne das andere nicht möglich ist, haben wir, die Studenten des Slavischen Seminars, uns Gedanken gemacht über die Einrichtung eines studentischen Sektors für das Sommersemester 1969. Wir kommen damit der Aufforderung der Ordinarien nach, doch endlich einmal "konstruktive Reformvorschläge" zu machen, gleichzeitig wollen wir testen, wie weit sie, die Ordinarien, es eigentlich ernst meinen mit der immer wieder von ihnen beschworenen Reform.
Bei dem geplanten Projekt handelt es sich um die Veranstaltung eines Seminars in eigener Regie von Studenten und für Studenten, mit dem unsere Kritik an dem hergebrachten akademischen Lehrbetrieb aus dem Stadium des bloß verbalen Protestes in das Stadium praktischer Arbeit überführt, d.h. ein konkretes Gegenmodell geschaffen werden soll. Thema des geplanten Seminars ist eine Analyse des gegenwärtigen sowjetischen Gesellschaftssystems, im weiteren Sinn des Stalinismus überhaupt, ausgehend von Beispielen zeitgenössischer russischer Lyrik; Schwerpunkte der Untersuchung sollen historische Komplexe wie der Darstellung des Krieges in der russischen Gegenwartsliteratur einerseits, sozialpsychologische Fragen wie die nach der Stellung der Frau in der sowjetischen Gesellschaft andererseits, sein.
Von hier aus ergeben sich historische Perspektiven in die Revolutionszeit und die zwanziger Jahre, aber auch in die Literatur des 19. Jahrhunderts und, weiter zurück, zu den Traditionen der orthodoxen Kirche. Das Seminar, dessen vorläufiger Titel: "Literatur und Gesellschaft in der Sowjetunion" lautet, soll alternierend auf russisch und deutsch geführt werden und Hörern aller Fakultäten offenstehen. Ziel des Seminars ist es, die bornierten Fachgrenzen zwischen slavischer Literatur- und Sprachwissenschaft einerseits, zwischen Literatur und benachbarten Gebieten wie Soziologie und Geschichte andererseits niederzureißen. Gleichzeitig soll damit der von Prof.Bräuer formulierten Forderung entsprochen werden, die Slavistik habe der Vermittlung von Informationen über unsere Nachbarvölker im Osten Europas zu dienen.
Aus der Organisation des Seminars ergeben sich folgende Forderungen der Studenten an den Lehrkörper:

1. Das Seminar muß als vollgültige Lehrveranstaltung anerkannt werden durch Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel und Ausgabe von Seminarscheinen für erfolgreiche Teilnahme.
2. Auf Grund ihrer bisherigen Tätigkeit haben die Studenten Frau Horlemann gebeten, die fachliche Leitung des Seminars zu übernehmen.

Die konstituierende Sitzung wird an einem noch zu bestimmenden Termin, noch vor Ende des Semesters, stattfinden. Die Vorbereitungsarbeit soll von den Teilnehmern in den Semesterferien gleistet werden.

Die Lehrplankommission

REPUBLIKANISCHE HILFE -46

(6)Frankfurt/Main
W.-Hauff-Str.5
tel.77 6o 68
Konto Dresdner Bank
Ffm 282880

Schmiedel sitzt-Freiheit für Schmiedel-Schmiedel sitzt-Freiheit für Schmiedel

Pressemitteilung der Anwälte Borger,Groenewold,Hamburg

Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat des Arbeiter Günter Schmiedel, APO-Mitglied,dem Generalbundesanwalt in Karlsuhe übergeben.Amtsgerichtsrat Vogt hatte gegen ihn am 4.Februar 1969 Haftbefehl erlassen. Schmiedel wird vorgeworfen,die Demonstration,die nach der Kundgebung gegen Vorbeugehaft im Audimax am 31.1.69,auf der Beate Klarsfeld, Horst Mahler und Karl Heinz Roth sprachen,spontan entstanden war,angeführt zu haben.Nach Meinung von Staatsanwalt Wehrmann hat er die Befehle erteilt,wohin sich der Zug wenden und welche Scheiben eingeschlagen werden sollten.Die Vorwürfe stützen sich auf Aussagen von zivilen Polizeibeamten und stehen im Gegensatz zu Bekundungen von Teilnehmern der Demonstration,die keine besondere Aktivität von Schmiedel feststellen konnten.
Weder von der Staatsanwaltschaft Hamburg noch vom Generalbundesanwalt konnte die Verteidigung bisher erfahren,warum das Strafverfahren gegen Schmiedel nach Karlsruhe übernommen wurde.Akteneinsicht wurde verweigert.Möglicherweise wird § 94 StGB herangezogen.Danach können auch typische Demonstrationsdelikte wegen Nötigung,Sachbeschädigung oder Widerstand gegen die Staatsgewalt nach Karlsuhe gezogen und verschärft bestraft werden,wenn sie in staatsgefährdender Absicht erfolgen.Über die von der Verteidigung bereits am 7.2.69 eingelegten Haftbeschwerde muß nach der jetzigen Situation der Bundesgerichtshof entscheiden.

Die Verfolgung von Demonstrarten durch die westdeutsche Klassenjustiz wird weiter eskaliert.Die Auslieferung des Genossen Schmiedel an die Bundesanwaltschaft zeigt,daß den Herrschenden die Zerschlagung der APO durch regionale Justizbehörden nicht mehr hinreichend gesichert erscheint.Die Verfolgung politischer "Straftaten" durch den Generalbundesanwalt führt automatisch zur Zuständigkeit des Bundesgerichtshofes (BGH) im anschließenden Hauptverfahren.Der Vorwurf des staatsgefährdenden Verhaltens,Voraussetzung für eine Aburteilung durch den BGH,führt über die Anwendung der Staatsschutzvorschriften (zB Widerstand gegen die Staatsgewalt in staatsgefährdender Absicht) zu weitaus höheren Strafen als sonst.Zudem hat das Verfahren ~~den~~

für den Justizapparat den Vorteil,daß weitere Rechtsmittelinstanzen nicht vorgesehen sind.Im Falle der Anklage vor dem BGH haben die Beschuldigten zudem mit einer meist langdauernden Untersuchungshaft zu rechnen.

Der Versuch der Herrschenden,die Zerschlagung der APO durch die Justiz mittels der zentralen justizellen Staatsschutzorgane wirksamer zu gestalten,muß entsprechend beantwortet werden.Offentsichtlich macht sich hier die Justiz ihre reichhaltigen Erfahrungen bei der Zerschlagung der KP zunutze.Damals war es praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit gelungen tausende von KP Mitgliedern durch Terrorurteile in die Zuchhäuser zu schicken,wobei die defensive Strategie der KP der Justiz die reibungslose Liquidierung zahlreicher Genossen und Kader erleichterte.

Aus den Fehlern der KP müssen wir lernen,daß nur eine offensive Strategie die Möglichkeit bietet,die Zerschlagung sozialistischer Organisationen auf kaltem Wege zu verhindern.Bisher ist es der Justizkampagne des SDS nur in Ausnahmefällen gelungen,den vor Amts- und Landgerichten gegen einzelne Genossen durchgeführten Prozessen massenhaften politischen Druck entgegenzusetzen.Zur Zeit sind wir dieser neuen Qualität der Verfolgung weitgehend hilflos ausgeliefert,wenn es uns nicht gelingt den Widerstand massenhafter und politischer zu organisieren

---

Das Ergebnis des Tübinger Justizseminars war entsprechend seiner Vorbereitung äußerst dürftig(ausführlicher Bericht folgt).Als konstruktives Ergebnis wurde ua beschlossen,einen Genossen zwecks Koordinierung der notwendigen Arbeit und um eine gewisse Kontinuität zu gewährleisten, zu bestimmen.Selbiges ist geschehen,es handelt sich um den Genossen Barabas aus Frankfurt.Das Büro ist zukünftig ständig nachmittags besetzt, erteilt Rechtsauskünfte,hilft bei Prozeßvorbereitung,schickt Referenten zu Themen im Rahmen der Justizkampagne usw usw.
Um überhaupt zu einer vernünftigen politischen Arbeit zu kommen ist es unbedingt notwendig,daß ihr anfangt Euer Material und Informationen zu schicken.So:1.URTEILE,Anklageschriften,Gutachten,formulierte Beweisanträge,Adressen von linken Anwältem,Flugblätter,statistischer Überblick über die bisher gelaufenen Verfahren,Prozeßanalysen,Verteidigungsreden usw Wir haben vor in den Semesterferien 2 Infos herauszugeben.Das ist nur dann möglich,wenn wir genügend Unterlagen haben,die wir politisch auswerten können.SCHICKT DIE SACHEN SOFORT!!In zahlreichen Städten laufen erst jetzt Verfahren an.Es ist nicht nötig,daß dort die gleichen Fehler,die wir bisher gemacht haben nochmals wiederholt werden.

Aus dem Urteil gegen Manfred Fischer-Lübke-Pfeifer Prozeß.Der Angeklagte hatte bei einem Empfang den Bundespräsidenten mit einem Bhu bedacht,und war bei der Gelegenheit von dem Politisten Wedel geschlagen worden:Es ist unglaubhaft,daß der Zeuge Wendel den Angeklagten in den Magen boxte,denn hierfür war kein Grund gegeben.

REPUBIKANISCHE HILFE

6 Frankfurt, Main
W. Hauff Str. 5
Tel. o611/776o68
Konto Dresdner Bank
Ffm 28288o

-48

VERHALTEN bei DEMONSTRATIONEN, FESTNAHMEN, PROZESSEN und in der HAFT.

Die Konfrontation mit Polizei und Justiz als Folge der wachsenden Unterdrückungsmaßnahmen gegen die außerparlamentarische Opposition und Ausdruck des Notstandsstaates, versetzt die Betroffenen häufig in Panik und sie verhalten sich dann so, daß sie die weitere Verfolgung gegen sich unterstützen, z.B. indem sie unreflektiert sich und andere belastende Aussagen machen.
Darum sollte sich jeder die folgenden Punkte merken, der bei Demonstrationen, Festnahmen und Prozessen nicht hilflos der staatlichen Gewalt ausgesetzt sein will,

NATÜRLICH NIE – WIR SIND DOCH KEINE PUTSCHISTEN

WAS IST EIGENTLICH INDIVIDUELLER TERROR?

WANN BRENNEN DIE GERICHTE IN DER BRD?

I. Ausrüstung bei Demonstrationen

1. Entsprechende Kleidung: wasserdicht, gegen Schläge gepolstert, feste Schuhe, Kopfschutz (Helme, besond. Motorradhelme),dicke Handschuhe (z.B. um Tränengaspatronen zurückwerfen zu können, Hamburger Reiter wegziehen zu können, die Bullen schlagen dann meistens auf die Finger), zitronengetränkte Tücher gegen Tränengas, adäquate Verteidigungsmittel.
2. Ausweis, am besten Personalausweis. Darauf achten, daß man ordnungsgemäß polizeilich gemeldet ist. W i c h t i g, der fehlende Nachweis eines festen Wohnsitzes am Studienort ist U-Haftgrund und kann ein gesondertes Verfahren ergeben.! Meldet Euch massenhaft an!
3. Geld, viele Groschen mitnehmen,um bei einer Festnahme Rechtshilfe, Republikanische Hilfe, SDS u.U. auch ASta benachrichtigen zu können. Schreibzeug, Zigaretten, Lebensmittel, Lektüre und Antibabypillen nicht vergessen! Man kann auch ohne Haftbefehl 36 Stunden festgehalten werden!
4. Wichtige Telefonnummern auswendiglernen, auswendiglernen,
5. Hausschlüssel irgendwo deponieren. Die Polizei durchsucht die Festgenommenen , nimmt manchmal die Schlüssel weg und durchsucht die Wohnung. Darum macht jeden Monat selbst eine Hauss durchsuchung!

II. Verhalten während der Demonstration

1. Vor und während der Aktion Aktionskader bilden. Dadurch kann u.a. kontrolliert werden, wer verhaftet oder verletzt wurde.
2. Wichtige Vorgänge genau beobachten, insbesondere Übergriffe der Polizei; wenn möglich fotographieren, Sachverhalt mit Orts- und Zeitangabe und möglichen anderen Zeugen notieren und nachder Aktion bei der Rechtshilfe o. a. Gedächtnisprotokoll anfertigen.
4. Jede Aktion während der Demonstration mit den Genossen diskutieren und dann geschlossen - nicht im Alleingang - vollziehen.
5. Festnahmen sind zu vermeiden. Laßt die Genossen nicht im Stich! Festnahmen ohne Haftbefehl sind nur gerechtfertigt bei dringendem Tatverdacht einer strafbaren Handlung, zur Feststellung der Personalien, wenn dies am Ort nicht möglich ist oder wenn es die sogenannte öffentliche Sicherheit und Ordnung erfordert. Vorbeugende Festnahmen zur Vermeidung einer strafbaren Handlung sind eigentlich noch rechtswidrig. Daher protestieren, aber keinen Widerstand leisten, später möglichst Anzeige erstatten.

6. Sollte doch einer geschnappt werden, Namen desjenigen feststellen und diesen sofort an Rechtshilfe o. dgl. weitergeben. Nur dann sind Besuche, Geschenke und anwaltliche Hilfe möglich.

III. Verhalten nach der Festnahme

1. Sofort mit den anderen Festgenommenen Verbindung aufnehmen, Name, Adresse notieren oder merken.
   Rechtshilfe anrufen! Du hast ein Recht zu telefonieren
2. Keine Aussage zur Sache machen, nur zur Person! Name , Adresse Beruf, Stand!
3. Unter kein beweiserhebliches Schriftstück oder eine polizeiliche Auflage eine Unterschrift setzen.
4. Im Polizeigewahrsam keinen Widerstand leisten!
5. Erkennungsdienstliche Behandlung (Fingerabdrücke, Fotos) dürfen nur zur Aufdeckung einer Straftat abgenommen werden. Daher sich weigern, aber keinen physischen Widerstand leisten.
6. Bei Verletzungen einen Art verlangen. Vom Art ein Attest verlangen! Sofort nach Freilassung einen Hausarzt aufsuchen und sic sich Verletzungen attestieren lassen.
7. Gedächtnisprotokoll anfertigen!
8. Namen und dienstnummern der Polizisten notier n.
9. Haftzellen verschönern! Filzstift u.s. nutzen!

IV. Vorbereitung der Prozesse

1. Vorladungen der Polizei oder der Staatsanwaltschaft braucht man nicht zu befolgen.
   Zur Fütterung des Papierwolfes empfiehlt es sich allerdings, sich erst ein bis zwei Mal zu entschuldigen, um dann unentschuldigt fernzubleiben.
2. Man kann dann von einem Richter vernommen werden.
   Vor diesem muß man nur zur Person aussagen, d.h. Name, Adresse, Geburtstag, Beruf, Wohnung, Staatsangehörigkeit, Stand.
   Zur Sache darf man immer schweigen, ohne daß dies als Geständnis " gewertet werden darf.
   Es empfiehlt sich dringend,nichts auszusagen. Wir argumentieren nur in der Hauptverhandlung,d.h. in der Öffentlichkeit.
3. Verhalten bei Zustellung von Strafbefehlen oder -verfügungen
   Dagegen ist innerhalb einer Woche nach Zustellung Einspruch einzulegen. Nach Ablauf der Frist werden Strafbescheide rechtskräftig. Die Zustellung des Bescheids erfolgt durch den Briefträger mittels einer Postzustellungsurkunde. Wird der Empfänger

nicht persönlich angetroffen und ist auch kein Familienmitglied da, so legt der Postbeamte den Strafbescheid bei dem Postamt nieder. Damit beginnt die Frist zu laufen, und nicht etwa mit Abholung von der Post!!! Wer längere Zeit verreist, muß unbedingt dafür sorgen, daß ihm die Post nachgesandt wird oder jemand durch Postvollmacht zum Empfang berechtigt wird, damit rechtzeitig Einspruch eingelegt werden kann.

Ein Einspruch sieht so aus:

Name, Adresse Datum

An das
Amtsgericht
in .....
Straße

betr.: Strafbescheid Geschäftszeichen

Gegen den mir am .... zugestellten Strafbefehl (Strafbescheid) lege ich hiermit Einspruch ein.

Unterschrift

Eine Begründung ist nicht erforderlich.

Wichtig: Wer die Einspruchsfrist versäumt hat, kann u.U. "Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" beantragen, wenn er durch unabwendbare Zufälle an der Einhaltung der Frist verhindert war. In diesem Falle möglichst einen Anwalt beauftragen (Adressen bei der lokalen Rechtshilfe!).

4. Ist der Einspruch fristgerecht erfolgt, kommt es zu einer Gerichtsverhandlung.
Dafür rechtzeitig nach Zeugen und Beweismaterial Umschau halten. Oft findet sich so etwas bei der lokalen Rechtshilfe, wenn die Genossen nach Aktionen dort sofort Bilder, Gedächtnisprotokolle usw. mit Namen Adresse und Datum abgeliefert haben.
5. Jedes Verfahren ist mit der lokalen Rechtshilfe - möglichst nicht erst einen Tag vor dem Prozeß - zu besprechen! Unterlagen mitbringen!
6. Auch andere Fragen, wie Anzeigen gegen Bullen, Disziplinarverfahren und Arbeitsgerichtsverfahren usw. mit der lokalen Rechtshilfe besprechen.
7. Bereite den Prozeß inhaltlich vor, d.h.
a) Vorbereitung von Argumentationsketten über die jeweilige Problematik des Prozeßanlasses (wie Vietnam, Springer usw)

Gutachten darüber bei der Rep.Hilfe anfordern.

b) Vorbereitung der Argumentationsketten über die Problmatik der revolutionären Gegengewalt (Nach dem neusten Urteil des BayOLG ist ein sit in auf der Straße bereits Gewalt-d.h.Verurteilung wegen Landfriedensbruch.

c) Kritische Aufarbeitung der Methodik richterlicher Urteilsfindung-Dazu:Hubert Hubert Rottleuthner:Ansätze zur Rechtstheorie,zu erhalten bei Rep.Hilfe 1,-

8. Sachverständige zu verschiedenen politischen Problemen bestellen! Möglichst über einen Anwalt durch den Gerichtsvollzieher laden lassen,er ist dann präsentes Beweismittel und die Chance,daß er auch gehört wird,ist um vieles größer.

9. Wird ein Sachverständiger dennoch abgelehnt,weil ein Gericht angeblich selbst die nötige Sachkenntnis besitzt (§244 Abs.IV StPO) dann beweise ihnen in der Verhandlung das Gegenteil.

V. Verhalten des Angeklagten im Prozeß

1. Du mußt deinen Prozeß führen und nicht der Vorsitzende
2. Du mußt den Prozeß inhaltlich als Aktion vorbereiten-durch Flugblätter,Wandzeitungen,Diskussionen auf Veranstaltungen-Gutachten bei der Rep.Hilfe anfordern usw

Mit dem Anwalt die Strategie absprechen

4. Bei Befragung zur Persohn politischen Lebenslauf formulieren
5. Du mußt dich über alle Prozeßbeteiligte informieren,um entsprechende Fragen und Ablehnungsanträge stellen zu können-NS Vergangenheit Verhalten und Aussprüche bei anderen Prozessen...
6. In jedem Prozeß sind Bullen die Hauptbelastungszeugen.Frag sie nach ihrer Ausbildung,lies vorher das Ausbildungsbuch Kadamu (Kann,darf ich muß ich,Handbuch für Polizisten.
7. Im Prozess ist Zeitgewinn das wichtigste; Du mußt wenigstens einen Tag zum Üben haben.
   a) Du kannst jederzeit reden (§24o StPO)
   b) Du kannst Dir über jeden prozessualen Schritt Rechtsbelehrungen geben lassen, ihn zu Protokoll geben lassen und Beschlüsse herstellen lassen. Tu' es oft.
   c) Gib möglichst viel zu Protokoll!
   d) Du kannst jeden Beteiligten aus Besorgnis der Befangenheit ablehnen.
   Frage deshalb auch die Schöffen nach ihrer Vergangenheit!
8. Laß Dich nicht durch scheinliberales Gehabe des Richters von Deiner politischen Argumentation abbringen.
9. Vergiß nicht, in der Regel hast Du 3 Instanzen!

VI. Was das Publikum so alles machen kann

1. Möglichst vorher mit dem Angeklagten die Aktionen besprechen.
2. Die Verhandlung muß auf Tonband aufgenommen werden.
   VERSTECKT DAS GERÄT GUT!
3. Man kann sitzen bleiben, wenn alle anderen aufstehen.
4. Es gibt Sprechchöre und Lieder (Texte liefert im Bedarfsfalle die Republikanische Hilfe).
5. Man kann einen Sitzstreik machen, wenn einer abgeführt werden soll.
6. Die Wandelgänge und Wartegänge sind manchmal zu weiß, sie bedürfen einer Schönheitsreparatur.

7. Man kann einen Molotowcocktail finden und den Fund dem Vorsitzenden laut melden.
8. Wenn der Saal geräumt wird,kann man singen oder auch mal wieder Flugblätter werfen.

VII! Was tun,wenn es ~~ei~~ne Ordnungsstrafe gibt

1. Du hast ein Recht auf Anhörung
2. Erläutere dann politisch deine sogenannte "Ungebühr".
3. Wenn du sitzt,verlange sofort die Verordnung über den Vollzug der Zivilhaft.Rechtsprechung dazu bei Rep.Hilfe anfordern.
4. Du darfst ein möglichst neues Buch behalten.
5. Du kannst Zigaretten und Lebensmittel kaufen.
6. Suche Kontakt zu den Mithäftlingen.
7. Geh in den Gottesdienst,dort triffst du viele an und hast viele Gelegenheiten zur Aktion.

Die Justizkampagne ist vorläufig die Kampagne der Justiz und nicht des SDS.Die Offensive der Justiz muß offensiv bekämpft werden, d.h.wir müssen den Konflikt nicht in den Gerichtssaal tragen und so die Isolation der Richter zu unserer eigenen machen,sondern wir müssen den Konflikt dort weitertreiben,wo er gefährlich ist und deshalb bestraft wird:in den Universitäten,im Betrieb und auf der Straße.

"NIXON - CHARAKTERMASKE - NIXON"

SOZIALISTEN WÜRDEN CHARAKTERMASKEN NIE ERSCHIEßEN, ABER SIE SIND NEUGIERIG - SCHAUT EUCH DAS ARME SCHWEIN GENAU AN!

NIXON → BERLIN: 27. FEBRUAR 69

BUNDESPRÄSIDENTEN-WAHL in BERLIN, findet hinter Stacheldraht, Hundeschnauzen, Uniformen in BERLIN am 5. MÄRZ wie eine Stadt im BELAGERUNGSZUSTAND aussieht!

BERLIN IST EINE REISE WERT!!!

Psychologisches Institut besetzt

Gestern abend beschloß die Vollversammlung der philosophischen Fakultät mit überwältigender Mehrheit die Besetzung des psychologischen Instituts. Von den etwa 80 anwesenden Studenten stimmten nur wenige gegen die von der Basisgruppe Psychologie eingebrachte Resolution, in der es als Schlußsatz heißt:

> "Um den aktiven Streik sinnvoll verwirklichen zu können, ist es notwendig, den Wissenschaftsbetrieb selbst zu organisieren. Die versammelten Studenten der philosophischen Fakultät beschließen daher, das psychologische Institut exemplarisch zu besetzen."

Zuvor hatten Kommilitonen aus Hannover die Situation am dortigen psychologischen Institut erläutert:

Der Seminarrat besteht dort zur einen Hälfte aus Mitgliedern qua Amt (Lehrstuhlinhaber, Assistenten, wissenschaftliche Hilfskräfte Sekretärin), zur anderen Hälfte aus gewählten Studierenden. Der Seminarrat entscheidet über die Auswahl studentischer Hilfskräfte ebenso wie über Fragen des Etats. - Unter Anerkennung der Tatsache, daß der Lehrstuhlinhaber Entscheidungen nach außen hin aus rechtlichen Gründen vertreten muß.

Am Seminar werden neue hochschuldidaktische Modelle erprobt: Angehörige unterschiedlicher Hochschulstatusgruppen und verschiedener Fachdisziplinen übernehmen bestimmte Vorlesungsstunden ("Integrierte Vorlesungen"); Seminare werden nach Möglichkeit kollektiv vorbereitet und nach dem Prinzip des jeweils zu wählenden Diskussionsleiters organisiert.

Fachschaftssprecher Günter Schierholz ging nach dieser Darstellung auf die Misere am Hamburger Psychologischen Institut ein (Fall Pawlok, Falschinformation über Anträge auf Zulassung der Assistenten Tack und Wendt als Prüfer im Fach Methodenlehre, usw.) und berichtete über bestehende Arbeitskreise, die während des Streiks und der Besetzng zu folgenden Themen Referate halten bzw. Diskussionen durchführen werden:

Hochschultherapie
Prüfung als Repression
Positivismuskritik
Angewandte und Betriebspsychologie
Pädagogische Psychologie
Sexualität und Herrschaft
Werbepsychologie

Erstsemesterberatung ohne Tröstung
Berufsbild des Psychologen

Nach Sondierung des noch vorhandenen Aktenmaterials wurde heute nacht von den besetzenden Studenten die Arbeit für den morgigen Tag vorbereitet.

Das psychologische Institut der Universität Hamburg wurde am 28.1. 1969 in Wilhelm-Reich-Institut umbenannt.

Wer war Wilhelm Reich?
Die Kenntnis XXXXXX der Ideen Reichs sein wissenschaftliches Werk als auch seine Sexualpolitik gewinnen immer mehr an Bedeutung für eine neu zu entwickelnde Gesellschaftsanalyse und Praxis.
So ist vor allem die Idee der Verknüpfung politischen Engagements mit sexueller Rebellion in der studentischen Jugend virulent. Sozialistische Studenten praktizieren sie. Herbert Marcuse hat in seiner Kritik einer leistungsorientierten Gesellschaft dem Kernstück seiner Kulturphilosophie, die gleichen Ausgangspunkte wie Reich. Auch er kritisiert Freuds unhistorisches Konzept des "Realitätsprinzips".
Wilhelm Reich hat im Alter nicht das gehalten, was er als junger Wissenschaftler versprach. In den letzten Jahren seines Lebens betrieb Reich einen schwunghaften Handel mit "Orgone"-Akkumulatoren, einer Art gespeicherter "kosmischer Energie" zur Krebsbekämpfung. So ging einer der hoffnungsvollsten Revolutionäre der Forschung den Weg von der brotlosen Wissenschaft zur einträglichen Scharlatanerie.
Was Reich jedoch in den Dreißiger Jahren an produktiven Ansätzen schuf, rechtfertigt das Interesse der heutigen studentischen Jugend an seinen Ideen. Reich war in Wien einer der begabtesten Schüler Sigmunds Freuds, hatte mit ihm aber schon in den Zwanziger Jahren Differenzen. Mit seinem bedeutesten Werk " Charakteranalyse" (1933) vollzog Reich endgültig den Bruch mit der "Internationalen Psychoanalytischen Gesellschaft", den er theoretisch und therapeutisch lange vorbereitet hatte. An dieser Wegmarke begann sein entscheidender Durchbruch zur Begründung einer materialistisch orientierten Psychotherapie.
Die Weltwirtschaftskrise und der Sieg des deutschen Faschismus bewirkten bei Reich nicht wie bei vielen anderen Wissenschaftlern die Flucht in die reine Forschung. Im Gegenteil, er suchte

seine wissenschaftlichen Erkenntnisse politisch nutzbar zu machen. Der brillante Versammlungsredner befaßte sich in zahlreichen Vorträgen mit der gesellschaftlichen Funktion der Sexualunterdrückung. Aus dieser Verelendung - so führte er aus - müsse die sexuelle Revolution der Jugend erwachsen und sich gegen den repressiven Kapitalismus richten. Eine solche Bewegung könne zu einem mächtigen Hebel auch der sozialen Bewegung werden, wenn sie Anschluß an den Kampf des Proletariats findet.

Bedeutend sind die Beiträge Reichs zur Theorie des historischen Materialismus. In den ersten Monaten seiner Emigration in Skandinavien faszinierte ihn die Frage, wie es beim deutschen Proletariat anno 1933 zu der "Schere" zwischen zugespitzter Klassenkampfsituation und Kampf oder Kapitulation kommen konnte. In "Massenpsychologie des Faschismus" zeigt Reich die "Zwischenglieder" der menschlichen Psyche auf, die der Prozeß der politischen Bewußtseinsbildung im Wechselspiel zwischen "Basis" und "Überbau" durchläuft. Er bereicherte die Marxsche Erkenntnistheorie, wonach das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein der Menschen bestimmt, durch die Konkretisierung der Vorgänge "im Menschenkopf". Reich war durch Freud in die Lage versetzt worden, die Familie als "Ideologiefabrik d. Kapitals" zu erkennen.

Im Frismarder Familie brechen sich die Reflexe der gesellschaftlichen Verhältnisse, Die durch die patriachalische Familienstruktur geförderte Autoritätsbindung der Massen ist ein wichtiges Zwischenglied der sado- masochistischen Charakterstruktur - die durch Schule, Kirche und Militär aktivierte "Radfahrermentalität" breiter Massen in Deutschland - diente Reich zur Erklärung der "Schere".

Reichs therapeutisches Ziel ist der "genitale Charakter". Dieses Ziel impliziert die Befreiung des Patienten vom Ballast sexualaskетischer Hemmungen einschließlich der Autoritätsgläubigkeit und macht ihn damit frei zu revolutionärer Aktion.

FUNKTION DES ORGASMUS, TRIEBHAFTER CHARAKTER, CHARAKTERANALYSE

Titel, vor denen man zurückschreckt, Wörter, über die man verklemmt lachen kann. Wer über Reichs Bücher lacht, steckt mit den Sexualfeinsden unter einer Decke, die verdrängen müssen, daß die meisten Studenten onanieren. Wo nur der Phantasie des Untermieters keine Grenzen gesetzt sind, liest sich Kinsey wie eine Bibel: sagt er doch, daß nicht nur das eigene sexuelle Verhalten nicht den Normen entspricht.

Und alle, die daraufhin mit der Norm gebrochen haben?

Unsere Generation ergreift Besitz von Sexualobjekten, erhöht die Lust durch Selbstbestätigung im Konsum und zielt auf Sexualprestige. Bewußtseinsindustrie, Mode und Werbung passen sich diesem

falsche Sexualverhalten an. Sie darf nichts darüber erfahren, weshalb ihre Sehnsucht nach befriedigender Sexualität unerfüllt bleibt; ebenso wie die Gründe für ihr Unbehagen an den politischen Verhältnissenx im Dunkeln gehalten werden. Unkenntnis und Mangel an Einsicht machen das Individuum ohnmächtig und diese Ohnmacht wird ständig von ihm erfahren, selbst wenn es sich mit allen möglichen Illusionen dagegen wehrt, sie zu registrieren. Voraussetzung zum aktiven Handeln und Beeinflußung des eigenen Schicksals ist die Einsicht in die entscheidenden psychischen Kräfte und Konstellationen. Man braucht eine der Wirklichkeit entsprechend komplizierte kritische Theorie, um die Unterdrückung und Manipulation der Gesellschaft zu verstehen, eine kritische Psychoanalyse, um die Struktur und Entwicklungsmöglichkeit der individuellen Persönlichkeit- sich selbst - zu begreifen.

Die Sexualfeindlichkeit hat entscheidende Bedeutung für das bestehende repressive System. Deshalb ist es nicht zufällig, daß in der antiautoritären Bewegung der "Neuen Linken" in den Vereinigten Staaten (Love-ins usw.) und bei uns die politische Rebellion durch Vereinigung von sexuell- moralischen und politischen Protestformen eine"neue Dimension" erreicht (so Herbert Marcuse bei einer Diskussion mit Studenten der FU). Hierhin gehören die neuen völlig unakademischen Formen öffentlicher Zärtlichkeit an den Universitätenx ten bei den außerparlamentarischen Fraktionssitzungen im Audi Max z.B.

Über diese zaghaften Ansätze hinaus muß die sexuelle Rebellion bei uns theoretisch und praktisch beginnen, um einen neuen aktiven Menschen zu schaffen, der zu einer Veränderung der bestehenden Verhältnisse fähig ist.

Psychologisches Institut wieder besetzt

Letzte Meldung:

Nachdem im Morgengrauen etwa 4oo Polizisten im Kampfanzug, mit Helm und Schlagxstöcken 5o besetzende Studenten aus dem Psychologischen Institut vertrieben hatten, ist um etwa 1o Uhr ein Trakt wieder besetzt worden. Über eine installierte Lautsprecheranlage werden neueste Nachrichten auf den Kampus gestrahl.

Der kritische Seminarbetrieb ist in Selbstorganisation von den Studenten übernommen worden.

Gestern abendx war von der Vollversammlung der Phil.-Fak. mit überwältigender Mehrheit die Besetzung des psychologischen Instituts beschlossen worden.

In einer verabschiedeten Resolution heißt es:

"[illegible] den aktiven Streik sinnvoll verwirklichen zu können, ist es notwendig, den Wissenschaftsbetrieb selbst zu organisieren. Die versammelten Studenten der Phil.-Fak. beschließen daher, das Psychologische Institut exemplarisch zu besetzen."

Eine genauere Darstellung erfolgt auf der gesamtuniversitären VOLLVERSAMMLUNG um 13.30Uhr im Audi Max I und II

3.000

Beinahe 3.000 Studenten waren gestern im Audi-Max versammelt, um über den Streik, seine Durchführung und über die Besetzng des Psycho Instituts zu diskutieren.

Meinungen prallten hart aufeinander; das Auditorium engagierte sich - w -wenn auch weitgehend emotional-.

Ein Novum in der Bundesrepublik allerdings dürfte sein, daß es gelang, eine Resolution mit knapp 3.000 Studenten im Hammelsprung-verfahren" zu verabschieden. Die Notwendigkeit eines solch zeitraubenden Verfahrens ergab sich, als Präsident König trotz einiger Helfer die Mehrheitsverhältnisse im überfüllten Audi Max nicht mehr feststellen konnte.

Ergebnis der Abstimmung: Die Vollversammlung nahm die folgende Resolution mit 1.634 gegen 1167 Stimmen an.

"Die Vollversammlung der Universität Hamburg b i l l i g t die Besetzung des psychologischen Instituts durch die Studenten.

Die Zeit der Appelle, Petitionen und Resolutionen ist endgültig vorbei. Die Studenten müssen die Neustrukturierung der Institute und die Neubestimmung der Studieninhalte mitorganisieren.

Die Besetzung des Psychologischen Instituts wird als exemplarische Aktion zur Verhinderung der Durchsetzung jeglicher technokratischer Reformen an der Universität aufrechterhalten.

Das Psycho-Institut steht als Streikzentrale den Arbeitsgruppen der verschiedenen Fakultäten und Institute zur Organisation ihres Streiks zur Verfügung."

---

1 Streik Zeitung

Am Dienstag, den 28. 1. wurde an der Philosophischen Fakultät eine Vollversammlung zur Organisation des aktiven Streiks einberufen. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Hochschulreform, insbesondere der Staatsexamensentwurf sowie die Situation am Psychologischen Institut. Die Diskussion spitzte sich schnell auf die in der Psychologie zu initiierenden Widerstandsmaßnahmen zu. Kommilitonen vom Psychologischen Institut Hannover berichteten über die dort bereits praktizierte Selbstorganisation des Wissenschaftsbetriebs.

Der Direktor des Instituts, Prof. Brückner, übertrug alle ihm als Ordinarius zustehenden Rechte dem Institutsrat, der paritätisch von allen am Wissenschaftsprozeß beteigten besetzt ist. Aus Einsicht in die Notwendigkeit, einen in ähnlicher Weise demokratisch organisierten Studienbetrieb zu organisieren, wurde eine Besetzung des Psychologischen Instituts diskutiert. Auf die Meldung eines Kommilitonen, daß bei Betreten des Seminars die Ausweise kontrolliert würden, wurde die Vollversammlung spontan in das Seminar selbst verlegt. In einer Resolution wurde dort mit einer überwältigenden Mehrheit beschlossen, die Besetzng ab sofort durchzuführen.

-59-

Resolution der Vollversammlung der Philosophischen Fakultät:

Die Zeit der Appelle, Petitionen und Resolutionen ist endgültig vorbei. Die Studenten müssen die Neustrukturierung der Institute und die Neubestimmung der Studieninhalte selbst organisieren.

Lange Zeit haben die Studenten gegelaubt, die Hochschulreform durch Gespräche mit den Professoren hinter verschlossenen Türen in akademischen Gremien und paritätisch besetzten Kommissionen vorantreiben zu können.... Die Hinhaltetaktik der Ordinarien des Psychologischen Instituts in der kompetenzlosen Mitarbeiterbesprechung (MAB) über die Einrichtung einer Institutskommission hat das erwiesen. Die Notwendigkeit der Demokratisierung des Wissenschaftsbetriebs und das Einbauen wirksamer Kontrollen haben die Vorkommnisse am psychologischen Institut gezeigt.

Die fatalen Folgen einer positivistischen Wissenschaft, die ihre Grundlagen nicht reflektiert und sich mit einem objektivistischen Schein umgibt, um die Fremdbestimmung ihrer Forschung durch partikulare Herrschaftsinteressen zu verschleiern, manifestieren sich in eklatanter Weise gerade in der Psychologie.

Überblickt man die Bereiche, in denen psychologische Forschung verwertet wird, so muß man feststellen:

- sie steht unmittelbar im Dienste des Imperialismus: Wehrpsychologie, psychologische Kriegsführung,
- sie arbeitet im Dienste der kapitalistischen Wissenschaft: Marktforschung, Werbung
- Sie wirkt indirekt an der Stabilisierung der bürgerlichen Ideologie: Meinungs- Kommunikationsforschung,
- sie betreibt die effektive Leistungseinordnung des Einzelnen in das herrschende System: alle Arten Auslese, Betriebspsychologie, Berufsberatung
- sie wirkt in Richtung sozialer Anpassung: Erziehungsberatung, Psychotherapie.

UM DEN AKTIVEN STREIK SINNVOLL VERWIRKLICHEN ZU KÖNNEN? IST ES NOTWENDIG? DEN WISSENSCHAFTSBETRIEB SELBST ZU ORGANISIEREN! DIE VERSAMMELTEN STUDENTEN DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT BESCHLIEßEN DAHER? DAS PSYCHOLOGISCHE INSTITUT EXEMPLARISCH ZU BESETZEN!

Die "Besetzer" begannen sofort die Organisation des aktiven Streiks: die Psychologen diskutierten die inhaltliche Arbeit: Seminare zur Kritik der herrschenden Psychologie, die "Technika" sicherten die Besetzung symbolisch nach außen, die "Strategen" entwarfen Richtlinien zur Vorbereitung des allgemeinen Streiks, während die Gruppe "Agitation" die Wandzeitungen und Plakate entwarf. Die Maßnahmen der "Techniker", sich der Arbeitsräume der Ordinarien zu bemächtigen, löste eine Diskussion über die Notwendigkeit der Akteneinsicht aus. Nach vierstündiger Auseinandersetzung wurde ein Entschluß gefaßt: eine Besetzung beschränke sich nicht auf einen Schonraum, wie Flure, Fachschaftszimmer und Seminarräume, auf und in denen "frei" diskutiert werden könne über die notwendige Veränderung der Hochschule, ohne diese Veränderung in der Praxis vorzunehmen. Alle zum Institut gehörenden Räume mit den darin befindlichen Akten, d.h. Professorenzimmer und Bibliothek, Lehr-und Forschungspläne sind einer studentischen Kontrolle zu öffnen.

Die daraufhin gebildeten Gruppen, die unter Kontrolle Einsicht in die noch vorhandenen Akten nahmen, arbeiteten bis zum Morgen.(Zutage kam unter anderem der Hofstätter-Brief, s. letzte Seite).

Um 7Uhr wurde die ohnehin schon recht karg bemessene Nachtruhe der Besatzer von Amts wegen aufgehoben. Etwa 3oo Polizisten im Astronautenlook (Kampfanzug, Stiefel, Knüppel in der Hand, Berlinerhelm, und materialistischer Miene) hatten den Phil-Turm umstellt; etwa 15o Mann stürmten durch das Foyer, stapften die Treppen in den 2. Stock hinauf, und standen dort ziemlich ratlos, verwirrt darüber, daß sich ihnen kein Widerstand entgegenstellte. Die (wahrscheinlich asthmatischen) Schreibtischtäter von K4 folgten ihnen keuchend auf dem Fuße, auch sie hatten zum Schutz ihrer geschorenen Schädel Helme aufgesetzt. Nachdem man allgemein die Sprache wiedergefunden hatte, und im Flüsterton seinen Unmut über den "Vandalismus" der "Besatzer" Luft gemacht hatte, forderte schließlich einer aus den Reihen der Uniformierten das Häuflein der Studenten auf, das Gebäude zu verlassen. Man ging.

Anschlag der Schulbehörde

- 60

Besetzung des Philosophenturmes

Am Dienstag, dem 18.1, 69 , spätabends besetzte eine Gruppe von mehr als 1oo Personen das psychologische Institut im 2. Stockwerk des Philosophenturmes. Unter ihnen befanden sich Nichtstudenten und Fremde Einige der Eindringlinge brachen Türen zu Diensträumen auf. Gegen

RESOLUTION DES 'ASTA 6.2.69

Die Innenbehörde hat den aktiven Streik und die studentische Selbstorganisation der Wissenschaft als die einzig wirksame Widerstandsmöglichkeit der Universität gegen die staatliche und privatwirtschaftliche Dienstverpflichtung der Wissenschaft, die durch das Hochschulgesetz institutionalisiert werden soll, erkannt. Sie hat deshalb den Focus des aktiven Streiks, den Phil.-Turm, mit Polizeitruppen besetzt, um diese letzte Widerstandsmöglichkeit der Studenten schon im Ansatz zu zerschlagen.

Forderungen:

1. Die versammelten Studenten fordern den Rektor der Universität Hamburg und den Dekan der Phil.-Fak. auf, von der Hamburger Innenbehörde den sofortigen Abzug der Polizeikräfte aus dem Philosophenturm und vom Campus zu erwirken.
2. Sie fordern die Einstellung sämtlicher Strafverfahren und sofortige Freilassung für alle im Verlauf der letzten Polizeiaktion an der Universität (vom Montag, dem 3.2. bis Donnerstag, den 6.2.) festgenommenen oder inhaftierten Personen. Zugleich wird Schadenersatz für die Zeit der U-Haft verlangt.
3. Sie fordern alle Fakultäten der Universität auf, sich mit der Phil-Fak und der Theol. -Fak. zu solidarisieren und bis zur Freigabe des Phil.-Turms den aktiven Streik effektiv an ihren Arbeitsplätzen zu organisieren.

Über diese Resolution stimmten ca. 3ooo Studenten ab. 14.35 wurde sie mit überwältigender Mehrehit angenommen.

— 62

Teach-in Audimax (6.2.69) ASTA-Info, 7.2.69

Nachdem der Phil.-Turm ohne vorherige Konsultation des Dekans der Theologischen Fakultät von der Schulbehörde "bis auf weiteres" geschlossen wurde, fand gestern im Audimax ein zeitweise von 3ooo Studenten besuchtes 6-stündiges Teach-in statt.

Dekan Aubenque (Phil.-Fak.) nahm zum Polizeieinsatz und zur Schließung Stellung:

Gegen einen "theoretischen" Polizeieinsatz" hatte er keine grundsätzlichen Bedenken. Die Absperrung des Audimax nach der Mittwoch-Demonstration, die auf Veranlsassung Drexelius' erfolgte, fand Aubenque allerdings bedenklich. Die Schließung des Phil.-Turms war seiner Meinung nach lediglich "eine rein technische Angelegenheit", die mit Zustimmung der Universität erfolgte.

Auf die Frage eines Kommilitonen, ob er (Aubenque) aus Protest gegen die terroristischen Polizeieinsätze zurücktreten werde, Aubenque: "Ich gedenke in dieser Situation nicht zurückzutreten."

Um sich wirklich von der Polizeiaktion zu distanzieren, hätte es Aubenque gut angestanden, seinen Rücktritt anzubieten. Aubenque: "Ich halte diesen Zeitpunkt nicht für günstig, grundsätzliche Fragen zu diskutieren."

Die Kooperation zwischen Staatsadministration und ihren Herfershelfern hatte funktioniert, daran änderte auch die Tatsache nichts, daß der Dekan der Theologischen Fakultät, Lohse, schon am Morgen des 6.2.69 die Öffnung des Phil.-Turms gefordert hatte.

Das verschleierte Ultimatum Ehrlichers, sich für die Öffnung des Phil.-Turms einzusetzen, wenn der"allgemeine Lehrbetrieb" gewährleistet wird, konnte vom ASTA nur abgelehnt werden. Sah man darin doch den Versuch, den status quo wiederherzustellen, die Ansätze der Selbstorganisation der Wissenschaft zu zerschlagen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion berichtete der ASTA-Vorsitzende Hopfenmüller übereine Pressekonferenz des Senats und wies auf den

Finden wir auch keine Arbeitsmöglichkeit am Psych. Institut, werden wir die technischen Voraussetzungen zur Weiterführung unserer Arbeit innerhalb der Universität suchen U N D S I E A U C H F I N D E N !

Heute:
Dienstag, den 4.2.1969, 15 h

Vollversammlung im Auditorium Maximum

— 63

RESOLUTION 5.Feb.1969

Der Versuch des Hamburger Senats, der Studentenschaft eine technokratische Hochschulreform als das modernste Hochschulgesetz weiszumachen und die Kritik mit dem Knüppel der Polizei und Schnellverfahren der Justiz auszuschalten, ist heute entschleiert worden. In der Befragung des Bürgerschaftsabgeordneten Dr.Tormin erwies sich die Mitbestimmung der Studenten in der neuen Hochschulverfassunf zunehmend als Farce: in sämtlichen Gremien erwartet uns eine absolute Mehrheit von Professoren und Dozenten. Der Griff des Staates nach der Universität wird durch die Rechte der Bürgerschaft gegenüber Entscheidungen des Konzils instutionalisiert. Die im Hochschulgesetz zugesicherte Autonomie der Universität und das politische Mandat sind angesichts der heutigen Ereignisse noch nicht einmal mehr Alibi eines untragbaren Hochschulgesetzes.

Das Verbot der Demonstration der Studenten für ihre hochschulpolitischen Forderungen ist bezeichnend für den Stellenwert der grundgesetzlich garantierten Rechtein diesem Staat. Das Demonstationsverbot wird nur noch übertroffen durch die Verletzung der Autonomie dieser Universität durch die Innenbehörde, die trotz eines disziplinierten Ablaufs der Demonstration und gegen den Protest des Rektors und desDekaas der Phil.-Fak. das Audimax mit Polizei sperrte.

Unter dem Vorwand, die das Psycho-Institut besetzenden Beamten der zivilen Polizei zu schützen, drang die Polizei bhelmt und mit Knüppeln in das Foyer der Phil.-Fak. ein und schlug wahllos auf die dort versammelten Studenten ein. Die angeblich bedrohten politischen Polizisten im zweiten Stock zerschlugen die Eingangstüren des Psycho-Instituts und gingen mit Feuerwehrschläuchen gegen die Studenten vor.

Die bei dem Polizeieinsatz verletzten, geschlagenen und verhafteten Studenten zeigen uns die Notwendigkeit, die Autonomie der Universität selbst in die Hand zu nehmen.

Wir müssen durch solidarischen Widerstand verhindern, daß die Ansätze von Selbstorganisation des Wissenschaftsbetriebs durch Polizei und Gericht zerschlagen werden können.

Diese Resolution wurde an dem Teach-in am 5.Feb. 1969, das nach der Demonstration in der Innenstadt im Audimax stattfand, verabschiedet. Anwesend waren bei der Abstimmung dieser Resolution etwa noch 1500 Studenten. Bei 2 bis 3 Gegenstimmen wurde die Resolution mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Verantwortlich: AStA Hamburg

zunehmenden faschistischen Stil hin, der sich im Rathaus durchsetzt.

Journalisten, die unliebsame Fragen stellten, wurden von Ruhnau und Drexelius abgekanzelt, Hopfenmüller wurde gar nicht gestattet zu fragen.

Auf die Erkundigung eines dpa-Journalisten, warum der Phil.-Turm geschlossen wurde, antwortete Drexelius: "Warum denn nicht?" Schließlich erfuhr das Auditorium, daß der "Schutz"-Polizei vor der Demonstration am Mittwoch ~~dix~~ von Seiten der Staatsadministration die Darstellung gegeben wurde, daß die Vollversammlung mit Mehrheit eine militante Kampfdemonstration beschlossen habe, obwohl das Gegenteil der Fall war.

Mit großer Mehrheit wurde danach folgender Antrag verabschiedet:

"Wir fordern die bedingungslose Räumung des Phil.-Turms bis 16.3o Uhr. Falls dies nicht geschieht, arbeiten wir in den uns zur Verfügung stehenden Räumen des PI." Prof. Roeder hatte schon gegen Mittag seine Bereitschaft erklärt, einige Räume für kritische Arbeitsgruppen bereitzustellen.

Etwa um 18.oo Uhr beschlossen 12oo Kommilitonen mit großer Mehrheit, aus Protest gegen Polizeiterror und Ordinarienuniversität das Rektorat zu besetzen. Während dieser Aktion wurde eine Tür aus den Angeln gehoben. Ein gewähltes Komitee nahm Akteneinsicht, um der Öffentlichkeitsforderung Nachdruck zu verleihen.

ERFOLGSKRITERIEN FÜR UNSERE AUSEINANDERSETZUNG AN DER HOCHSCHULE.

Die technokratische Hochschulreform ist nur eine Formierungstendenz des autoritaren Staates. Entsprechend kann unser Kampf gegen die technokratische Hochschulreform nicht von der Illusion bestimmt sein, wir könnten in der Hochschule "befreite Gebiete" schaffen, in denen wir dann ungestört Luxuswissenschaft betreiben können. Unser Ziel muß vielmehr sein, gegen einreglementiertes Studium unsere Wissenschaft so umzuorganisieren, daß alle politisch bewußten Studenten die Möglichkeit zu kontinuierlicher politischer Arbeit gibt. Entsprechend der Wirksamkeit dieser Arbeit werden wir dem zunehmenden Druck von Seiten der Bürokratien ausgesetzt sein. Wir können die Auseinandersetzung dann jedoch in qualitativ und quantitativ höher organisierter Form führen, in dem wir dem Druck nicht als vereinzelte Individuen begegnen müssen, sondern als kollektiv arbeitende Gruppen oder , wo es möglich ist, ,die Neuorganisation eines Instituts durchzusetzen, als Institution dieser Universitat. In diesen "Widerstandsraumen" müssen wir eine wirksame politische Arbeit aller bewußten Studenten organisieren, um nicht stets darauf angewiesen zu sein, die Studenten, die durch Leistungsdruck permanent zu rigider Studienarbeit gezwungen werden, stets neu kurzfristig für die Teilnahme an Aktionen zu mobilisieren.

Auf Grund materieller Abhanigkeiten kann die Mehrheit der Studenten diese Arbeit dadurch nicht langfristig leisten, daß sie sich diesem Studium verweigert. Den nötigen Freiraum müssen wir uns vielmehr durch Umorganisation unseres Studiums schaffen. Dazu gilt es zunachst bestimmte Forderungen durchzusetzen, die eine langerfristige Auseinandersetzung ermöglichen. - 65

Die Arbeit in Kollektiven muß für die, die darauf angewiesen sind, mit Scheinen honoriert werden.
Die bisherigen Prüfungen, die zu sinnloser Wissensakkumulation zwangen und so kontinuierliche politische Tätigkeit verhinderten, müssen abgeschafft werden. An anderen Stellen müssen Formen der Selbstkontrolle bzw. Konrolle ohne Disziplinierungsfunktion treten. Darum muß über diesen Konrollen von einem Gremium entschieden werden, in dem die Studenten nicht majorisiert werden können.

Die finanzielle Sicherstellung von studentischen Projekten muß gewährleistet sein. Den Studenten ist eine effektive Kontrolle über alle Forschungsprojekte einzuraumen.

Zur Durchsetzung dieser Forderungen müssen wir alle uns gegebenen Druckmittel konsequent einsetzen (Lahmlegung des Lehr- und Forschungsbetriebs, Organisation unsere eigenen Arbeit mit den entsprechenden Produktionsmittlen, Bestzungen, Verhinderung von Prüfungen etc.). In der gegenwärtigen Phase der Auseinandersetzung an der Hochschule kann kann eine Satzungsmäßige Neuorganisation von Instituten und Seminaren nur im Bezug auf einen Konsensus die ebengenannten Intentionen zum tragen kommen, das im Konfliktfall, in dem die externen Bedingungen der Ordinarienuniversität wieder in Kraft sind, die Mobilisierung gegen die Ordinarien und die Hochschuadministration auf neuer Stufe möglich ist. (D.h. z.B., daß der Konflikt im Bezug auf studentische Projekte nicht bei der Zustimmungsverweigerung der Ordinarien in irgendwelchen Gremien manifest wird, sondern die Ordinarien gegen die autonom arbeitenden Kollektive vorgehen müssen). In der gegenwärtigen Situation, die durch Schutzhaftentwürfe, den verstärkten Druck der politischen Justitz, die Relegatin von Berliner Kommilitonen gekennzeichnet ist, kann uns nicht mehr daran gelegen sein, mit liberalen Ordinarien unverbindlich über Hochschulreform zu diskutieren: Dazu ist es zu spät!

Wir müssen permanent Entscheidung zwingen

Wir müssen sie permanent zur politischen Entscheidung zwingen: Entweder sie nehmen mit uns den Kamf gegen die technokratischen Hochschulreform und die Faschisierungstendenzen des NS-Staates auf und dann müssen sie auch den Erfordernissen der Organisation des studentischen Widerstandes tragen - oder sie entscheiden sich für technokratische Hochschulreform, vor der sie noch einen Rest ihrer Privilegien und Inseln, freilich ohnmächtiger kritischer Reflexion glauben retten zu können. Allediese Formen unserer Selbstorganisation, bzw. Umorganisation unserer Studienarbeit sind in der Lage politische und organisatorische Tatsachen zu schaffen, die durch das Inkrafttreten von Hochschulgesetzen etc. nur gegen den massiven Widerstand der Massen der Studenten beseitigt werden können.

Unsere politische Arbeit in den verschiedenen Fächern muß nach der spezifischen Funktion der jeweiligen Wissenschaft im Spätkapitalistischen Verwertungszusammenhang bestimmt werden. Für kritische Luxuswissenschaften würden das bedeuten, daß sich die Studenten als aktives Potential für die Verbreiterung des Widerstandes über die gesamte Hochsule verstehen.
Dazu müssen die organisatorischen und institutionellen Bedingungen für interfakultative Arbeitskreise geschafen werden.

Jeweils fachspezifisch müssen die Bedingungen für den Widerstand in der jeweiligen Berufspraxis untersucht werden und zusammen mit den bereits berufstätigen Aufklärungs- und Widerstandsaktionen organisiert werden,

Die langfristige Planung und wissenschaftliche Auswertung von Aktionen zusammmen mit bereits mobilisierten Schülern und Jungarbeitern sowie die Erarbeitung möglicher Organisationsformen muß in Angriff genommen werden.

DIEBSTAHL IST KONTERREVOLUTIONÄR !!!!!

Sämtliche Produktionsmittel (Mobilar, Maschinen, Bücher usw. auch der Professoren) werden im besetzten Psychologischen Institut als vergesellschaftet betrachtet. Diebstähle, d.h. Reprivatisierungen, müssen als konterrevolutionäre Handlungweise schärfstens verurteilt werden.

HAUT DEN KONTERREVOLUTIONÄREN AUF DIE FINGER, WOIHR SIE TREFFT!

Abschrift aus dem FU-spiegel

Was lehrt uns der Streik ?

Die entscheidende Belastung, der die vergangenen Streikwochen ausgesetzt waren, bestand wohl in der Tatsache, daß der Streik auf seiten der Senatsstrategen keine wie immer geartete Reaktion hervorrief. Angesichts dessen mußten Zweifel darüber aufkommen, ob der Streik an der Universität als ein wirkungsvolles Druckmittel gelten kann.

Im Unterschied zum Streik in der Industrie ist der Streik in der Universität nicht identisch mit der Bedrohung der unmittelbaren Interessen eines oder mehrerer Kapitalisten. Entsprechend fehlt ihm eine vergleichbare unmittelbare Pressionskraft. Jedoch hat der Streik an der Universität einen p o l i t i s c h e n Pressionscharakter, der zur Analogie mit dem Arbeiter-streik berechtigt. Beobachtet man z.B. den Rückgang des französischen Außenhandels seit der Mai/Juni-Krise 1968 und insbesondere die französische Währungskrise Ende 1968, so ist augenfällig, daß diese wirtschaftlichen Einbußen in keinem Verhältnis zu den unmittelbaren ökonomischen Beeinträchtigungen des französischen Kapitals durch die Streik- und Besetzungsbewegung stehen. Offenbar haben französische Kapitalisten wie ihre Handelspartner die Streikkrise in ihrer politischen Bedeutung vor Augen, wenn sie in ihren Geschäften in bzw. mit Frankreich größte Zurückhaltung beachten; sie begreifen die Streikkrise als Ausdruck eines politischen Kräftewandels, der die Kapitalverwertungschancen in Frankreich langfristig verunsichert.

Es ist keine Frage, daß unser kleiner Streik an der FU sich keinerlei Vergleich mit den französischen Generalstreikwochen anmaßen kann . Vielmehr geht es mit der Analogie um die Einsicht in den strukturellen Zusammenhang unseres Kampfes an der Hochschule.

Es wurde des öftren von Studenten analysiert, und wir brauchen es deshalb hier nur zu resümieren, daß die technokratische Hochschulreform nicht der deformierten Charakterstruktur oder der individuellen Dummheit der Staatsbürokraten, sondern der gegenwärtigen Schwierigkeiten der Kapitalverwertung entspringt. Von der Zeit an, als die Vollbeschäftigung in der BRD erreicht war, mußte die Profitstrategie der Kapitalisten ihren Schwerpunkt von der ext ensiven auf die intensive Ausbeutung verlagern, waren also technologische Erneuerungsprozesse erforderlich, die nicht nur den einzelnen Betrieb, sondern die gesamte Infrastruktur betrafen, war indessen für die angemessene Zahl wissenschaftlich qualifizierter Arbeitskräfte, insbesondere für die wissenschaftlich ausgebildeten mittlere Kader in Produktion, Verwaltungs und Ausbildungssektor schnellstens zu sorgen.

Angesichts dessen haben die gegenwärtigen Unruhen an den Universitäten politisch eine weitaus bedrohlichere Bedeutung für die reibungslose Aufrechterhaltung kapitalistischer Ausbeutung als allein aus der unmittelbaren Wirkung dieser Unruhen auf Staat und Kapital zu folgern wäre.

Beginnt doch die auch nur radikal-demokratische Protestbewegung eines relevanten Teils der Studentenschaft nicht allein die Zeitpläne der kapitalistischen Hochschulreformer durcheinanderzubringen, sondern darüber hinaus die Erfolgschancen dieser Reformversuche im Namen des Kapitals fundamental in Frage zu stellen.

Es kommt hinzu, daß Kapitalisten und Staatsbürokraten keineswegs die Studentenunruhen als garantiert isoliert bleibende Erscheinungen in einer prinzipiell befriegeten Gesellschaft ansehen können. Nicht zuletzt die Notstandsgesetzgebung zeigte, daß zumindest bei den Herren an der Spitze keine Illusion darüber besteht, daß die Gewichtung der Profitstrategie auf intensive Ausbeutung mitsamt den dazu erforderlichen Konzentrations- und Rationalisierungsprozessen mit der Gefahr verbunden ist, daß der Klassenkampf der Arbeiter und Angestellten erneut aufflammt. Die Streikstatistik der letzten drei Jahre hat diese Befürchtung konkretisiert.

Für diese Entfaltung des Klassenkampfs könnte - wie Frankreich inzwischen praktisch bewiesen hat - eine Studentenrevolte, die die Staatsbürokratie weder durch die Polizei noch durch Scheinzugeständnisse unter Kontrolle zu bringen vermag, eine überaus wichtige Initiative wie auch radikalisierende Funktion haben.

MITTELFRISTIGER KONKURS

Für West-Berlin kommt hinzu, daß der Senat einer Wirtschaftslage ratlos gegenübersteht, die den mittelfristigen Konkurs zur Grundlage der gegenwärtigen Geschäfte hat. Dieser Senat ist also nicht einmal wie der sonstige Imperialismus langfristig gesehen ein Papiertiger; er ist es schon auf mittelfristige Sicht. Dies sagt jedoch, wie Vorsitzender Mao lehrt, wenig über seine augenblickliche Gefährlichkeit aus. Immerhin vermag es uns nach dem Gesagten nicht zu verwundern, daß sich der Senat von der studentischen Solidarisierung während der zurückliegenden Streikwochen in seiner Hochschulstrategie nicht beirren ließ wie sehr auch immer diese Solidarisierung seiner propagierten Behauptung widersprach, daß ein kleiner harter Kern von Terroristen heillos von der Masse reformwilliger Studenten isoliert sei.

S
Die "Masse der vernünftigen Studenten" von denen im Abgeordnetenhaus so rührend die Rede ist, ist nichts, worauf sich die Löffler-Stobbe-Steins heute stützen könnten, sondern diese "Masse der vernünftigen Studenten" als für Staat und Wirtschaft verlässlich Akademiker soll durch die technokratische Hochschulreform erst geschaffen werden. Didaktische Reformen, Mitbestimmung etwa in Form der Drittelparität, Auflösung der Fakultäten zugunsten von Abteilungen dienen diesem Erschaffungsprozess "vernünftiger Studenten" gleichermaßen wie Gummiknüppel zur rechten Zeit und in der rechten Dosis Relegationen, Kampf gegen das politische Mandat der Studentenschaft, Abschaffung einer Studentischen Zentralvertretung etc. - so kann man es in diesen Tagen fast jeden Morgen in den Zeitungen lesen. Disziplinierungs- und Abschreckungsmaßnahmen wie die Relegation läßt sich dementsprechend eine solche Staatsbürokratie nicht einfach durch radikaldemokratische Proteste aus der Hand schlagen; und zwar nicht einmal deswegen, weil es dieser Staatsbürokratie ums Relegieren um jeden Preis ginge; sondern vielmehr deswegen, weil von einer "Masse vernünftiger Studenten" solange nicht die Rede sein kann, solange eine studentische Masse noch glaubt

sich gegen staatliche Maßnahmen mit Erfolg auflehnen zu können.

Das Konzept der "Differenzierung" der "Isolierung des harten Kerns" verweist deutlich genug auf den wirklichen Sachverhalt: Unnachgibigkeit des Staates soll zu jener "Frustration" der Studentenbewegung führen, die hoffen läßt, daß der größere Teil der jetzt engagierten Studenten resigniert und also "reformwillig" und "vernünftig" wird,während dem kleinen Teil, der hartnäckig an den Forderungen auf Änderung festhält, nur noch putschistische Auswege verbleiben, er also "um so schöner ins Messer laufen" soll.

LANGFRISTIGER WIDERSTAND

Inwieweit der Streik der Studenten diese Hochschulstrategie des Senats tatsächlich anzugreifen vermochte, und inweiweit nicht, ist vor diesem umrissenen Hintergrund zu diskutieren. Dabei ist vor allem eine Schwäche der Streikwochen nicht zu übersehen, nämlich, daß der Streik zwar vom größten Teil der Studenten passiv unterstützt, jedoch nur von einem kleinen Teil aktiv durchgeführt wurde. Diese Schwäche scheint eine Interpretation zuzulassen, die auf zwei nur scheinbar widersprüchlicheGründe zurückgreift: nämlich darauf, daß die den Streik nur passiv unterstützenden Studanten auf Grund einer nur radikaldemokratischen Interpretation der Relegationsverfahren einerseits ihre demonstrativen Solidarisierung Wirkung auf den Senat zutrauen und andererseits zugleich einer konsequenten Streikdurchführung keine besondere Bedeutung beilegten, weilIhnen der Streik in seiner konkreten Ausführung kein Mittel gegen die Relegationen zu sein scheint. In dem Maße, wie in den Relegationen weniger ein Stück systematischer Strategie eines Staatsapparates gesehen wurde, der den Interessen und Schwierigkeiten des Kapitals verpflichtet ist, und stattdessen fast ausschließlich in den Relegationen ein antidemokratischer Willkürakt der Administration kritisiert wurde, in dem Maße wurde viel Hoffnung indie Wirkung demonstrativer Solidarisierung gelegt und herrscht zugleich an Resignation grenzende Ratlosigkeit hinsichtlich der studentischen Wirkungsmöglichkeiten, wenn jene Demonstration von Solidarität den Senat kalt lassen würde.

Genau die Erzeugung dieser Ratlosigkeit müssen wohl die Herren der Bredtschneider Straße im Auge gehabt haben, als sie sich entschlossen, die Ergebnisse der ersten Ordnungsverfahren härter als während der Weihnachtsferien geplant ausfallen zu lassen

Wir haben daraus den Schluß zu ziehen, daß die beschriebene Schwäche des Streiks auf eine prinzipielle Schwierigkeit und Gefahr der Studentenbewegung hinweist. Radikaldemokratische Hoffnung auf dieWirkung demonstrativen Protests und Ratlosigkeit hinsichtlich langfristiger Widerstandsmöglichkeiten der Studentenbewegung zeigen ja nicht allein eine falsche Einschätzung des tatsächlichen, nämlich kapitalistisch-systemnotwendigen Charakters der technokratischen Hochschulreform. Vielmehr müssen wir erkennen, daß diese falsche Einschätzung für den einzelnen Studenten offenbar soviel subjektive Notwendigkeit für sich hat, wie die Studentenbewegung insgesamt es nicht vermag, Persoektiven für eine langfristige Widerstands- oder gar Revolutionspraxis des einzelnen, vor allem in seiner späteren Berufssituation, auszuarbeiten und zu organisieren. Unsere Frage nach dem

Erfolg des Streiks wird also den Blick auf diese prinzipielle Schwierigkeit nicht unterlassen dürfen, wird also zuerst untersuchen müssen inwiefern der Streik hinsichtlich dieser Perspektive inhaltlicheund organisatorische Fortschritte gebracht hat.

STREIK-RESULTATE

Es kann niemanden überraschen, daß nicht für alle fachrichtungen der Universität eine gleichermaßen geltende Antwort auf diese Frage gegeben werden kann. Wenn jedoch,mit wie unterschiedlichem Erfolg auch immer, fast gbichzeitig in den großen philologischen Disziplinen, bei den Soziologen, Politologen und Juristen vereinzelt sogar bei den Medizinern in diesen Wochen erstmals ernsthaft die Diskussion über Möglichkeiten revolutionärer Berufspraxis geführt wurde, so zeigt dies deutlich genug, daß aus der Hochschulrevolte dielangfristige und organisierte Revolte der Produktivkraft Wissenschaft gegen ihre kapitalistische Verwendung hervorzugehen beginnt. Damit ist zugleich prinzipiell der Boden gewonnen, auf dem der zweideutige, zwischen radikaldemokratischen und sozialistischen Zielsetzungen schwankende Charakter der bisherigen Bewegung und damit ihre Unsicherheit in Einzelfragen wie Satzungen, Prüfungsornungen etc. überwunden werden kann. Denn ihr Bezugspunkt wird nicht länger der notwendig vergebliche Versuch sein, die eigenen wissenschaftlichen Arbeitswünsche zugleich mit den Interessen des Kapitals und mit den Interessen der Opfer des Kapitals in Einklang zu bringen. Beachtend, daß lediglich der universitäre Wirtschaftsbetrieb den Anschein einer Wahlmöglichkeit vortäuscht, in wessen Dienst man seine wissenschaftliche Praxis stellen will, während die Praxis der Wissenschaft in der Gesellschaft unzweideutig zu Bedingungen des Kapitals geschieht - dies beachtend, wird die Hochschulrevolte sich daran zu orientieren wissen, die Verfügung des Kapitals über die Wissenschaft dort zu bekämpfen, wo diese Verfügung realiter stattfindet: in der Berufspraxis der akademisch qualifizierten Arbeitskräfte. Soweit dabei diese Revolte der wissenschaftlichen Produktivkräfte der Gefahr zu entgehen vermag, ein ständisch-korporatives Revöltchen zu werden, stellt sie die wirkliche, nämlich praktische Antwort auf die Strategie der kapitalistischen Hochschulreform dar. Jener Gefahr entgeht jedoch diese Revolte durch ihre praktische Verbindung zu den einzelnen Etappen des Klassenkampfs der Arbeiter und Angestellten.
Es ist zweifellos ein Resultät des Streiks, daß diese Perspektive fast gleichzeitig in mehreren Fachrichtungen Gegenstand inhaltlicher und organisatorischer Diskussionen wurde.
Darin deutet sich der zweite wichtige Fortschritt an, der in den Streikanstrengungen gemacht werden konnte: der Fortschritt in der Organisation der Studentenrevolte. Sosehr die adhoc-Gruppen gegenüber der alleinigen Vertretung studentischer Interessen durch AStA und Konvent in früheren Zeiten einen Fortschritt darstellten, so wenig war doch im vergangenen Halbjahr die Gefahr zu übersehen, daß die ad-hoc.Gruppen einen Institutspartikularismus repräsentierten und dadurch die Zersplitterung der studentischen Bewegung herbeizuführen drohten.

Diese Gefahr der Zersplitterung hatt inzwischen einen überaus aktuellen Aspekt gewonnen. Bekanntlich beabsichtigen SPD-Leute wie Löffler, durch das Hochschulgesetz mit dem Zwangsverband Studentenschaft die zentralen studentischen Selbstverwaltungs-

gremien wie AStA und Konvent aufzulösen und die studentische Interessenvertretung auf die Institutsebene zu beschränken. Welche Schwächung der studentischen Interessenvertretung dies bewirken würde, falls bis dahin die ad-hoc-Gruppen an den einzelnen Instituten ihre Kooperation nicht organisatorisch weiterentwickelt haben, liegt auf der Hand.

ORGANISATORISCHE PERSPEKTIVE

Die trotz vieler Mängel und Pleiten erfolgreiche Arbeit des zentralen Streikrats in den letzten Wochen zeigt jedoch die organisatorische Persoektive, mit der wir die Absichten der Löfflers durchkreuzen können.
Freilich bleibt anzumerken, daß es den ad-hoc-Gruppen in den letzten Wochen nur sehr unzureichend gelungen ist, über eine abstrekt-strategische und konkretistisch-technische Kooperation hinaus zu gelangen. Vor allem der unterschiedliche Entwicklungsgrad der inhaltlich wie organisatorischen Diskussionen über revolutionäre Berufspraxis in den einzelnen ad-hoc-Gruppen wurde nicht genügend dafür ausgenutzt, die fortgeschrittensten Projekte für die Vorbereitung revolutionärer Berufspraxis (vor allem die Projekte der Germanisten) zum exemplarischen Gegenstand der entsprechenden Diskussionen in den anderen ad-hoc-Gruppen zu nehmen. Durch ihr zukünftiges Koordinierungsgremium werden die ad-hoc-Gruppen aber dafür sorgen müssen, daß gerade im Hinblick auf die inhaltliche Revolutionsperspektive der einzelnen Fächer wie im Hinblick auf die daraus folgenden Forderungen gegenüber Satzungen und Prüfungsordnungen die einzelnen ad-hoc-Gruppen voneinander lernen.

Können wir den Streik der letzten Wochen also als einen Erfolg ansehen, weil durch ihn wichtige Schritte für die strategisch richtige Weiterentwicklung der Hochschulrevolte unternommen wurden, so ist er doch auch in seinem engeren Zweck, seinem Widerstandscharakter gegen die gegenwärtigen Repressionen des Senats, nicht als ein Fehlschlag zu bezeichnen. Denn seine Wirkung, die faktische Funktionsunfähigkeit der Universität, die auch Polizeihorden nicht wieder aufheben konnten, verdeutlichte zu genüge, den punkt, wo die gegenwärtige Taktik des Senats zusammenbrechen wird. Wie die Reaktion der Professoren der Jur. Fak., des Romanischen Seminars, des Friedrich-Meinecke-Instituts und anderer Institute zeigte, haben Meubauer-Stein-Löffler ihre taktische Rechnung ohne die Rechtsradikalität, die schwachen Nerven, den Dünkel, kurz: ohne die deformations professionelles der Ordinarien gemacht. Zwar können die studentischen Maßnahmen in der bisherigen Form nicht unmittelbarden Senat vor die Alternative zwingen, auf die studentischen Forderungen hinsichtlich der Hausordnung und hinsichtlich der eingeleiteten bzw. Durchgeführten Relegationsverfahren einzugehen oder mit der Schließung der Universität seine hochschulpolitische Kapitulation zu demonstrieren; jedoch die Wirkung der studentischen Maßnahmen auf die Professoren kann offenbar den Senat genau vor diese unangenehme Entscheidung stellen, dann nämlich wenn sich die Professoren weigern, die Misere für den Senat auszubaden. Bis zum 15 Februar wird sich der Senat noch durchleppern können. Aber es liegt in unserer Hand, daß er dies Im Sommersemester nicht mehr kann. Dies bedeutet jedoch, daß das Sommersemester von uns

j e t z t vorbereitet werden muß. Die Streikvollversammlung am vergangenen Donnerstag hat für diese Vorbereitung die entscheidenden Parolen ausgegeben:

Trefft jetzt Vorbereitungen, daß
ab Sommersemester die Denunzianten-Professoren nicht mehr an der FU arbeiten können.

ab Sommersemester an eurem Institut oder eurer Fakultät relegierte Studenten ordentlich studieren können,

für das Sommersemester in eurem Fach von euch ein Studienprogramm organisiert ist, das der inhaltlichen und organisatorischen Erarbeitung revolutionärer Berufspraxis dient-

BEREITET JETZT DAS SOMMERSEMESTER VOR !

LERNT IM STUDIUM EURE REVOLUTIONÄRE BERUFSPRAXIS !

ERLERNT EUREN BERUF IM KLASSENKAMPF !

Wolfgang Lefèvre